



DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Ringstraße des Proletariats?

Zum Wandel der Sozialstruktur der BewohnerInnen fünf
ausgewählter Gemeindebauten im Kontext der Wiener
Stadtentwicklung des 20. Jahrhunderts

Verfasser

Stefan Kalnoky

angestrebter akademischer Grad

Magister der Soziologie (Mag. rer. soc. oec.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt.
Studienblatt:

A 121 000

Studienrichtung lt.
Studienblatt:

Soziologie

Betreuerin / Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Christoph Reinprecht

*Gewidmet den ArbeiterInnen von Wien,
die 1934 gegen Faschismus und für ein besseres Morgen kämpften*

Danksagungen

Mein Dank gilt zu allererst meinem Betreuer Ao. Univ.-Prof. Dr. Christoph Reinprecht für die Anregung, dieses Thema zu wählen sowie die inhaltliche und organisatorische Betreuung.

Besonders danken möchte ich auch Teresa Lukas, die mich nicht nur als Soziologin, etwa bei der Erstellung des Konzepts oder der Struktur der Arbeit, sondern auch als meine Freundin immer emotional unterstützt hat.

Zur Entstehung dieser Arbeit beigetragen haben weiters die MitarbeiterInnen der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 12. Bezirk und der Gebietsbetreuung Städtische Wohnhausanlagen für den 5, 6, 7 und 12. Bezirk sowie die Mitarbeiter des Bezirksmuseum Margareten. Ihnen möchte ich für ihre Hilfe bei der Recherche, für sachdienliche Hinweise und Materialien danken. Für wichtige Informationen zum Reumannhof danke ich dem Team des Mieterbeirats, besonders Frau B., für das aufschlussreiche Interview mit ihr.

Danken möchte außerdem meinen Eltern, Thomas und Martina Kalnoky, die mich mein Studium machen ließen, ohne ständig zu fragen, wann ich denn fertig sei und mich dabei nach Kräften finanziell unterstützt haben. Meinem Vater danke ich darüber hinaus noch für das sorgfältige Korrekturlesen der vorliegenden Arbeit.

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einleitung.....	7
1.1	Aktueller Forschungsstand und Motivation hinter der Arbeit.....	7
1.2	Theoretischer und methodologischer Zugang.....	8
1.3	Auswahl des Forschungsgegenstands.....	11
1.4	Thesen und Forschungsfragen.....	13
1.5	Konzeptspezifikationen.....	14
1.5.1	Perioden und historische Brüche.....	14
1.5.2	Zum Begriff des „Proletariats“.....	16
2.	Historischer Rahmen.....	18
2.1	Exkurs als Einleitung: Wiener Stadtentwicklung im 18. und 19. Jahrhundert.....	18
2.1.1.	Ökonomische Hintergründe.....	18
2.1.2	Wien vom Barock bis zum Vormärz.....	19
2.1.3	Stadtentwicklung in der Gründerzeit.....	21
2.1.4	Wien zur Jahrhundertwende.....	26
2.1.5	Margareten zur Jahrhundertwende.....	27
2.2	Ausgangssituation und Vorbedingungen des Roten Wien.....	29
2.2.1	Luegers Kommunalpolitik.....	29
2.2.2	Wohnungsnot am Vorabend des Roten Wien.....	31
2.3	Das Rote Wien.....	33
2.3.1	Allgemeines.....	33
2.4	Wohnbau im Roten Wien.....	36
2.4.1	Voraussetzungen und Finanzierung.....	36
2.4.2	Quantität und Qualität.....	38
2.4.3	Infrastruktur und Gemeinschaftsrichtungen.....	39
2.4.4	Architektur.....	41
2.4.5	Nachfrage und Vergabepolitik.....	43
2.4.6	Images und Projektionen.....	45
2.5	Exkurs: Margareten und das Rote Wien.....	47
3.	Sozialer Wandel in fünf Gemeindebauten im Kontext der Wiener Stadtentwicklung	48
3.1	Beschreibung des Untersuchungsgebietes.....	48
3.1.1	Lage im Stadtgebiet und Grundsätzliches zu Architektur und Ausstattung der einzelnen Bauten.....	48
3.1.2	„Die Ringstraße des Proletariats“.....	54
3.2	Beschreibung des Datensatzes für 1932.....	55
3.3	Erste Republik (1918-1934).....	60
3.3.1	Politik und Ökonomie.....	60
3.3.2	Stadtentwicklung.....	62
3.3.3	Sozialstruktur.....	63
3.3.4	Ergebnisse der Untersuchung für 1932.....	65
3.3.5	Zusammenfassung – Erste Republik.....	71
3.4	Austrofaschismus und Nationalsozialismus (1934-1945).....	72
3.4.1	Politik und Ökonomie.....	72
3.4.2	Wohnpolitik und Stadtentwicklung.....	75
3.4.3	Sozialstruktur.....	77
3.4.4	Zusammenfassung – Austrofaschismus und Nationalsozialismus.....	79
3.5	Fordismus (1945 - 70er).....	80
3.5.1	Politik und Ökonomie.....	80
3.5.2	Wohnpolitik und Stadtentwicklung.....	81

3.5.3	Sozialstruktur.....	91
3.5.4	Zusammenfassung - Fordismus.....	94
3.6	Postfordismus (70er Jahre bis heute).....	95
3.6.1	Politik und Ökonomie.....	95
3.6.2	Wohnpolitik und Stadtentwicklung.....	97
3.6.3	Sozialstruktur.....	103
3.6.4	Beschreibung des Datensatzes für 1971 bis 2001	104
3.6.5	Ergebnisse der Untersuchung.....	107
3.6.5.1	Altersgruppen und Haushaltsgröße	107
3.6.5.2	StaatsbürgerInnen	109
3.6.5.3	Lebensunterhalt	111
3.6.5.4	Erwerbspersonen	114
3.6.5.5	Bildung	117
4.	Conclusio.....	119
4.1	Kontrastvergleich 1932 - 2001	119
4.2	Vom avantgardistischen Quartier zum Wohngebiet der Deklassierten? Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	121
5.	Verzeichnis der verwendeten Literatur.....	124
6.	Anhang	130
	Abstract in deutscher Sprache	130
	Abstract in English	131
	Lebenslauf	132
	Anmerkungen zum Interview	133
	Schicksale jüdischer MieterInnen in den fünf Gemeindebauten.....	133
	Beispiel der Vercodung des Datensatzes für 1932.....	135

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der EinwohnerInnenzahl Margaretens im späten 19. Jahrhundert.....	24
Tabelle 2: Punktesystem zur Vergabe von Gemeindewohnungen im Roten Wien.....	43
Tabelle 3: Erwerbstätige in ausgewählten Bezirken 1934 in % aller Erwerbstätigen.....	65
Tabelle 4: Wirtschaftliche Zugehörigkeit der Haushalte in Wien und Margareten 1934	65
Tabelle 5: HauptmieterInnen des Untersuchungsgebiets nach Berufsstatus, 1932.....	65
Tabelle 6: HauptmieterInnen des Untersuchungsgebiets nach Berufsgruppe, 1932.....	67
Tabelle 7: HauptmieterInnen des Untersuchungsgebiets nach Bildungstitel, 1932	70
Tabelle 8: Wohnungen nach Ausstattungskategorie und ausgewählten Bezirken 1961 und 1971	87
Tabelle 9: Beschäftigung in Betrieben und Arbeitsstätten nach ausgewählten Bezirken 1959 – 1981	92
Tabelle 10: Deindustrialisierung in Wien 1972 bis 1984.....	96
Tabelle 11: Wohnungsbestand in Wien nach Eigentumsform 1971, 1991, 2001	97
Tabelle 12: Bevölkerungszahl	106
Tabelle 13: Durchschnittliche Haushaltsgröße im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	109
Tabelle 14: BewohnerInnen des Untersuchungsgebiets nach Berufsgruppe, 1932 & 2001	120

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Sozialräumliche Gliederung Wiens 1914	28
Abbildung 2: Sozialräumliches Modell Wiens der 60er Jahre.....	82
Abbildung 3: Zählgebiete des Untersuchungsgebiets	105
Abbildung 4: Altersgruppen im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	108
Abbildung 5: Haushaltsgröße im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	109
Abbildung 6: Anteil ausländischer StaatsbürgerInnen an der Wohnbevölkerung in % im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	110
Abbildung 7: Anteil der Personen mit nicht-deutscher Umgangssprache an der Wohnbevölkerung mit österreichischer Staatsbürgerschaft im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	111
Abbildung 8: Erwerbstätige in % der Wohnbevölkerung im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	112
Abbildung 9: PensionistInnen in % der Wohnbevölkerung im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	112
Abbildung 10: Hausfrauen/-männer in % der Wohnbevölkerung im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	113
Abbildung 11: Arbeitslosenquote im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	114
Abbildung 12: Selbstständige in % der Erwerbspersonen im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	115
Abbildung 13: Angestellte und Beamte in % der Erwerbspersonen im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001.....	116
Abbildung 14: FacharbeiterInnen in % der Erwerbspersonen im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	116
Abbildung 15: Sonstige ArbeiterInnen in % der Erwerbspersonen im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	117
Abbildung 16: Personen mit Hochschulabschluss in % der Wohnbevölkerung über 15 Jahren im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001.....	118
Abbildung 17: Personen mit Matura in % der Wohnbevölkerung über 15 Jahren im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001	118

1. Einleitung

1.1 Aktueller Forschungsstand und Motivation hinter der Arbeit

Literatur und wissenschaftliche Studien zum Wiener Gemeindebau gibt es mittlerweile en masse. Noch besser ist der Forschungsstand zum Roten Wien im Allgemeinen. Warum also schon wieder eine Arbeit über den kommunalen Wohnbau des Roten Wien? Gibt es überhaupt noch neue Aspekte, die beleuchtet werden können?

Nun, die erwähnten Arbeiten lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen: Zum einen existieren ein ganze Reihe an historischen Arbeiten zum Roten Wien und speziell zu dessen Wohnbaupolitik. Besonders seit den späten 70er Jahren rückte die sozialdemokratische Kommunalpolitik Wiens auch ins Interesse der Politikwissenschaft. So etwa bei Pelinka (1977), Frei (1984) oder Weihsmann (2002, ursprünglich 1985). Seitdem hat, auch einhergehend mit der zunehmenden Abkehr vom „städtebaulichen Funktionalismus“ der 50er, 60er und 70er Jahre (Häußermann et. al. 2000: 141), der Infragestellung von stetiger Stadterweiterung, peripheren Großwohnanlagen und Montagebauweise, die Auseinandersetzung mit der Architektur und Stadtplanung des Roten Wien zugenommen. Siehe etwa Weihsmann (2002, ursprünglich 1985) oder Bramhas (1987), eine gute Darstellung findet sich auch bei Machart (1984). Arbeiten wie jene von Weihsmann oder Hautmann und Hautmann (1980) behandeln sowohl politische als auch architektonische/städtebauliche Aspekte. Einen breiten Raum nehmen auch die Arbeiten zur (ArbeiterInnen-)Kultur im Roten Wien ein (siehe z.B. Konferenz Arbeiterkultur in Österreich 1981, Ritter 1979), auch wenn dieser Forschungsstrang in den letzten zwei Jahrzehnten, einhergehend mit dem Niedergang der traditionellen ArbeiterInnenbewegung, kaum weiter verfolgt wurde. Explizit soziologische Arbeiten zum Roten Wien gibt es eher wenige, ein Beispiel hierfür wäre etwa die – ausgezeichnete – qualitativ-soziologische Studie von Sieder (1988) zur „alltäglichen Praxis der Wiener Arbeiterschaft im ersten Drittel des 20 Jahrhunderts“. Ein Mangel herrscht hingegen an Studien zur Sozialstruktur des Roten Wien.

Die aktuelle Situation der Wiener Gemeindebauten ist immer wieder Inhalt zahlreicher wissenschaftlicher, aber auch breiterer öffentlicher Debatten. Konflikte im Gemeindebau, insbesondere tatsächlich oder vermeintlich ethnische Auseinandersetzungen zwischen „autochthonen“ ÖsterreicherInnen und eingebürgerten StaatsbürgerInnen, sind ein von den Medien

gerne bearbeitetes Thema. Der Gemeindebau ist ferner ein Projektionsfeld von Wünschen, Ängsten und Ideologien unterschiedlicher politischer Parteien geworden. Zahlreiche Studien thematisieren die Sozialstruktur, die Lebenszufriedenheit oder die generellen Einstellungen der BewohnerInnen. Beispielhaft genannt seien hier die Studie von Trendcom aus dem Jahr 2008 zum „Lebensgefühl im Wiener Gemeindebau“¹, die Studie zum Zusammenleben im Gemeindebau des Instituts für Soziologie der Universität Wien (2006) oder auch interessante Abschlussarbeiten wie jene soziodemographische Untersuchung ausgewählter Gemeindebauten von Mayer (1997) oder die Untersuchung über die Integration von ZuwanderInnen und Nachbarschaft in Wiener Gemeindebauten von Nigg (2006).

Woran es allerdings mangelt, sind Arbeiten, die eine Verbindung schaffen zwischen der historischen und der aktuellen Forschung, die versuchen, eine *Sozialgeschichte des Gemeindebaus*, die über ereignishistorisch fokussierte Beschreibungen besonderer Vorfälle (Februar-kämpfe 1934, Delogierungen im Nationalsozialismus etc) oder die Untersuchung aktueller Konfliktfelder hinausgeht. Die vorliegende Arbeit soll einen Versuch in diese Richtung darstellen.

1.2 Theoretischer und methodologischer Zugang

Der inhaltlich-theoretische sowie disziplinäre Bogen dieser Arbeit spannt sich von der Sozialgeschichte über die Stadt- und Wohnsoziologie bis zur Sozialstrukturanalyse.

Der Zusammenhang von Stadtentwicklung, Wohnen und Sozialstruktur wurde in der soziologischen Literatur vielfach beschrieben und analysiert. Schließlich steht auch die Stadtsoziologie – wie jede Soziologie – vor dem Problem, dass der ihr zu Grunde liegende Untersuchungsgegenstand, die Stadt, die vor allem in ihrer Entwicklung und Veränderung betrachtet wird, nicht isoliert von anderen Bereichen der Gesellschaft betrachtet werden kann. Prozesse des Wandels der städtebaulichen Struktur, der Architektur oder der städtischen Sozialstruktur sind beeinflusst durch und verschränkt mit allgemeinen und speziellen politischen und vor allem ökonomischen Entwicklungen.

¹ Verfügbar unter: http://www.wohnbauforschung.at/Downloads/Praesentation_Tomaschitz.pdf

Soziale Segregation etwa, also die ungleiche Verteilung sozialer Gruppen über das Stadtgebiet, wurde erstmals in den Pionierstudien der Chicagoer School sozialwissenschaftlich behandelt. Hier wurden zwei Forschungsmethoden – einerseits die Untersuchung einer Stadt bzw. eines Stadtteils und andererseits die Untersuchung einer Bevölkerungsgruppe – kombiniert. Später nahmen sich Sozialraumanalysen dieser Thematik an. Grundannahme dieser Forschungen ist die „soziale Relevanz des Raums“. Es wird davon ausgegangen, dass Verhaltensweisen und Wahrnehmungen von Menschen nicht ausschließlich durch Merkmale wie Alter, Geschlecht, Berufsstellung etc., sondern auch durch räumliche Variablen beeinflusst werden (Gestring et. al. 2005: 159). Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang das soziologische Raumverständnis, welches sich in den letzten Jahren in den Sozialwissenschaften immer mehr durchgesetzt hat und vom Konzept der sozialen Produktion und Reproduktion des Raums ausgeht (ebd. 161, Bourdieu 1991, Löw 2001).

Will eine Soziologie der Sozialstruktur der Stadt oder des Wohnens also nicht nur rein deskriptiv arbeiten, nicht nur beschreiben, sondern, wie bei Weber definiert, auch ursächlich erklären, so müssen auch Theorie, Methode und Erkenntnisse aus Forschungsdisziplinen, wie der Geschichte und der Ökonomie, in die Analyse miteinbezogen werden. Die vorliegende Arbeit steht daher in der Tradition einer Sozialwissenschaft, die, begründet durch die Verschränkung der Bereiche des Politischen, des Sozialen, der Wirtschaft, der Kultur (im engeren Sinne) methodologisch eine kombinierte Forschung der Geschichtswissenschaften mit der Soziologie, der Politologie, den Wirtschaftswissenschaften und anderer verwandter Disziplinen fordert. Für diese Herangehensweise steht etwa die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins, der eine „unidisziplinäre historischen Sozialwissenschaft“ (Wallerstein 1995) fordert, die französische Annales-Schule mit ihrer „nouvelle histoire“, die Prozesssoziologie von Norbert Elias oder die Bielefelder Schule in Deutschland, die den Anspruch gestellt hat, die neuere deutsche Geschichte von der Sozialökonomie her aufzuschlüsseln (vgl. Wehler 1980).

Historische Sozialwissenschaft meint in diesem Sinn

„eine Form von Geschichtswissenschaft, die nicht primär Ereignisse, Personen, Intentionen und Handlungen erforscht, sondern vor allem Strukturen und Prozesse als Bedingungen und Folgen von Ereignissen, Entscheidungen und Handlungen, die den Entscheidenden und Handelnden nicht voll bewusst sind, von ihnen nicht ganz oder anders beabsichtigt wurden und die die Ereignisse zwar bestimmen, aber nicht in ihnen aufgehen“ (Kocka 1986: 163).

Von einer ernst zu nehmenden Soziologie unterscheidet sie sich, da ist Wehler (1980: 44) zuzustimmen, im Prinzip nicht. Genauso wie die Geschichtswissenschaft immer mit Gesell-

schaft(en) zu tun hat, so hat es die Soziologie stets mit Geschichte zu tun. Längerfristig wirkende gesellschaftliche Trends könnten, so Wehler, nur von einer historisch denkenden Soziologie verstanden werden.

„Ohne diese historische Dimension sozialen Wandels, ohne die Berücksichtigung langlebiger sozioökonomischer, kultureller und politischer Transformationsprozesse lassen sich in diesem Bereich (...) die entscheidenden Fragen gar nicht beantworten, ja vielleicht nicht einmal stellen (Wehler 1980: 42)

Die eben beschriebene kombinierte Analyse der Faktoren Politik, Wirtschaft, Kultur (im engeren Sinn) etc. ist natürlich leichter gesagt als getan. Schließlich stellt sich zuallererst einmal die Frage, wie und in welcher Kausalität die genannten Faktoren aufeinander einwirken. Obwohl dieser Ansatz heute zumeist explizit abgelehnt wird, so spielen doch bei etlichen sozialgeschichtlichen bzw. historisch-soziologischen Forschungen implizit, etwa was Problemdefinition oder Begriffsbildung betrifft, ökonomische Faktoren eine maßgebliche Rolle bei der Erklärung der Herausbildung und Entwicklung gesellschaftlicher Phänomene. Und so ist auch Kocka (1986: 150) zuzustimmen, der „die analytische Fruchtbarkeit historisch-materialistische Ansätze, undogmatisch und mit Bereitschaft zur Selbstkritik verwendet (...) weder [für] überholt, noch [für] hinreichend ausgeschöpft“ hält.

Die vorliegende Arbeit folgt also einem solchen, undogmatisch verstandenen historisch-materialistischen Ansatz, der Faktoren der Ökonomie (die sehr weit gefasst wird und sich keinesfalls auf das beschränkt, was gemeinhin als „Wirtschaft“ verstanden wird) eine maßgebliche Rolle einräumt, aber gleichzeitig versucht, Determinismus und Geschichtsphilosophie zu vermeiden.²

Eine besondere Schwierigkeit dieser Arbeit liegt darin, dass die eben beschriebene historisch-soziologische Analysemethode auf der Mesoebene angewandt wird. Untersucht wird die Sozialstruktur einer kleinen räumlichen Einheit im zeitlichen Längsschnitt. Folgt man den vorangegangenen Überlegungen, so darf diese Analyse nicht in der Luft hängen, sondern muss in eine Betrachtung sozialen Wandels einer viel größeren Einheit eingebettet sein. In diesem Fall in die Analyse der Stadtentwicklung Wiens, die ihrerseits wiederum von allgemeineren, längerfristigen gesellschaftlichen Trends beeinflusst ist. Ein angemessenes Verhältnis zwischen deren Darstellung auf der Makroebene und der Analyse auf der Mesoebene zu finden, stellte eine besondere Herausforderung dar. Dabei wurde – auch wenn das nicht

² Dies war auch der Ansatz von Marx, der einen „Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein“ entschieden ablehnte (MEW 19/112)

immer gelungen ist, für jede historische Periode (näheres zur Kategorisierung weiter unten) versucht, deduktiv vorzugehen, das heißt jeweils im ersten Schritt Ökonomie, Politik, Wohnpolitik, Stadtentwicklung und Sozialstruktur im Allgemeinen darzustellen und dies im zweiten Schritt auf den Gemeindebau „herunterzuberechnen“.

1.3 Auswahl des Forschungsgegenstands

Aus den theoretischen Überlegungen ergeben sich einerseits die Auswahl des Forschungsobjekts, andererseits auch die Gliederung der Arbeit. Aufgrund der besseren Verarbeitbarkeit sollten nicht Gemeindebauten des Roten Wien an sich, sondern speziell ausgewählte Wohnhausanlagen bzw. ihre BewohnerInnen im Rahmen einer Fallstudie untersucht werden. Zwar können die daraus gewonnenen Schlüsse nicht auf die Gesamtheit des kommunalen Wohnbaus in Wien umgelegt werden, allerdings ist es dadurch möglich, spezifischere Kontexte zu analysieren.

Für die Fallstudie wurden fünf unmittelbar angrenzende und auch in anderen Aspekten städtebaulich zusammenhängende Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien ausgewählt, die allesamt in den Jahren 1920 bis 1927 errichtet und bezogen wurden. Es handelt sich dabei um den Reumannhof, den Metzleinstaler Hof, den Matteottihof, den Herweghhof und den Julius-Popp-Hof. Diese fünf Gemeindebauten spannen ein Gebiet auf (im Folgenden häufig als „Untersuchungsgebiet“ bezeichnet), in dem über 2500 Menschen leben.

Die genannten Wohnhausanlagen wurden aus inhaltlichen wie pragmatischen Gründen ausgewählt. Erstens kommt ihnen auch innerhalb des sozialdemokratischen Wohnbauprogramms im Roten Wien eine besondere Bedeutung zu. Schließlich gab die Sozialdemokratie das Projekt vor, nichts weniger als eine „Ringstraße des Proletariats“ schaffen zu wollen. Alle fünf Wohnhausanlagen waren Teil dieses Projekts. Gerade in diesen Bauten ist die soziale Zusammensetzung der BewohnerInnenschaft also von besonderem Interesse.

Zweitens wurden die genannten Gemeindebauten in einen sozialräumlich besonders spannenden Stadtteil platziert. Margareten, der 5. Wiener Gemeindebezirk, ist einer der wenigen Stadtteile innerhalb der Gürtelstraße, die nicht überproportional von Mittel- und Oberschichten bewohnt werden. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hat er sich vom klassischen HandwerkerInnenbezirk zum ArbeiterInnenbezirk gewandelt. In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts

wurde er zu jenen Bezirken mit hohem Durchschnittsalter gerechnet, heute hingegen ist sein Altersdurchschnitt relativ niedrig und er gilt als „MigrantInnenbezirk“. Während Margaretens lange Zeit nicht als besonders attraktives Wohngebiet galt, werden Teile davon heute in Zuge von Gentrifizierungsprozessen für besser verdienende Schichten interessant. Mein Forschungsinteresse gilt also auch dem Vergleich eines speziellen Untersuchungsgebiets innerhalb eines Stadtteils, der in seiner Geschichte ständig von sozialem Wandel geprägt war und in dem sich die verschiedenen Perioden des Wiener sozialen Wohnbaus jeweils baulich manifestiert haben.

Nicht zuletzt spielten drittens auch pragmatische Gründe eine Rolle. Wie ich weiter unten zeigen werde, stellte die Bereitstellung von Daten für eine so kleine geographische Einheit ein beträchtliches Problem dar. Datensätze für einzelne Häuser waren weder über die Statistik Austria noch über das Magistrat oder Wiener Wohnen zu bekommen. Dies war nur für Zählgebiete (die kleinste geographische Einheit der österreichischen Statistik) möglich. Da die entsprechenden Gemeindebauten ziemlich genau zwei Zählgebiete umfassen, lag es auf der Hand, genau diese fünf für die Fallstudie zu verwenden. Diesbezüglich standen sozialstrukturelle Daten aus den Volkszählungen 1971, 1981, 1991 und 2001 zur Verfügung. Noch schwieriger gestaltete sich die Recherche nach Daten für die Anfangszeit der Wohnhausanlagen. Hier existieren kaum Aufzeichnungen der staatlichen oder städtischen Statistik. Deshalb musste auf prozess-produzierte Daten aus dem Wiener Adressverzeichnis von 1932 zurückgegriffen werden (die Herangehensweise wird weiter unten detaillierter beschrieben). Als Referenzen wurden jeweils Daten für Wien und, wenn möglich, auch für den Bezirk herangezogen.

Zwischen 1932 und 1971 klafft ein Loch von rund 40 Jahren. Eine durchgehende Darstellung der Entwicklung der BewohnerInnenstruktur ist daher nicht möglich, wohl aber Kontrastvergleiche.

Abseits der wenigen Literatur und sonstigen Materialien, die direkt von den fünf ausgewählten Gemeindebauten handeln, wurde zur Validierung und Ergänzung der objektiven Daten auch ein qualitatives Interview mit Frau B. geführt, einer Bewohnerin des Reumannhofs, die seit 1926 durchgehend in diesem Gemeindebau lebt. Leider konnten keine weiteren Personen gefunden werden, die auch nur annähernd so lange in einem der fünf Gemeindebauten gelebt

haben und ebenfalls noch aus der „Anfangszeit“ berichten könnten. Methodische Anmerkungen zum Interview finden sich im Anhang zu dieser Arbeit.

1.4 Thesen und Forschungsfragen

Die zentralen Forschungsfragen der vorliegenden Untersuchung drehen sich um die Entwicklung der Sozialstruktur der BewohnerInnen der fünf ausgewählten Gemeindebauten im Zeitverlauf – von der Eröffnung in den 20er Jahren bis in die Gegenwart. Zu behandelnde Fragen sind dabei unter anderem:

- Wer wohnte damals im Gemeindebau, wer wohnt heute dort?
- War die BewohnerInnenschaft damals sozial homogener als heute?

Diese Fragen soll weiters speziell im Kontext des Projekts der „Ringstraße des Proletariats“ beleuchtet werden. War die Ansammlung von Gemeindebauten am Margaretengürtel damals tatsächlich eine Ringstraße des Proletariats? Ist sie es heute (noch)? Dabei wird natürlich zu klären sein, was überhaupt unter dem Begriff „Proletariat“ zu verstehen ist und in welchem Sinn der Vergleich mit der Ringstraße der großbürgerlich-spätfeudalen Ära Wiens zu sehen ist.

Obwohl die Vorgehensweise auch explorativ motiviert war, wurden natürlich Annahmen über die Ergebnisse der Untersuchung gemacht. Eine aufgestellte These lautet: In den Gemeindebauten wohnten stets – damals wie heute – überproportional viele Personen aus unteren sozialen Schichten. Des Weiteren wurde die These einer kombinierten aber ungleichen Entwicklung der Sozialstruktur der Gemeindebauten einerseits sowie Wiens im Gesamten andererseits aufgestellt. Damit ist gemeint, dass bei den Gemeindebau-BewohnerInnen generellen Tendenzen gesellschaftlicher Entwicklung im 20. Jahrhundert (vor allem spezielle Wiener Trends) zu beobachten wären. Gleichzeitig aber wurde angenommen, dass sich diese Entwicklung im Gemeindebau nicht in derselben Geschwindigkeit bzw. Intensität vollzieht.

Langfristige Trends wären vor allem (vgl. Eigner/Resch 2003: 70-122):

- Ein rückläufiger Selbstständigenanteil
- Ein stark steigender Angestelltenanteil (so hat sich etwa das Verhältnis Arbeiter - Angestellte/Beamte von 5:1 im Jahr 1910 bis 1948 auf 2:1 reduziert und bis 1994 auf 1:2 umgekehrt)
- Das fast völlige Verschwinden der Heimarbeit
- Eine Zunahme der Frauenerwerbsquote

- Der Rückgang industrieller Arbeit bei gleichzeitigem Anstieg der Jobs im Dienstleistungssektor
- Die Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung von der „klassischen Pyramidenform“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts über die „Überalterung“ in den 70er Jahren (Weigl 2003: 146) hin zur Anpassung an urbane Gesellschaften in anderen europäischen Metropolen

Ab 60er und 70er Jahren wären weiters zu nennen:

- Die zunehmende Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte
- Die „Bildungsexpansion“, also der ab dieser Zeit stark steigende Anteil an Personen mit sekundärem oder tertiärem Bildungsabschluss.

Ab den 80er Jahren sind weiters folgende Trends auszumachen:

- Der Anstieg geringfügiger und Teilzeitbeschäftigung
- Tendenziell steigende Arbeitslosigkeit

Da, wie oben beschrieben, Politik, Ökonomie, Stadtentwicklung und Stadtplanung sowie Sozialstruktur zusammenhängen, war es mir ein besonderes Anliegen, genannte Gemeindebauten nicht im luftleeren Raum zu analysieren. Sozialer Wandel im Gemeindebau vollzieht sich im Kontext gesamtgesellschaftlichen Wandels und die Veränderungen der Wohnhausanlagen an sich müssen im Zusammenhang mit den Veränderungen des Wiener kommunalen Wohnbaus insgesamt, der Stadtplanung und der Wiener Stadtentwicklung (besonders jener des 5. Bezirks) insgesamt gesehen werden. In diesem Zusammenhang sollte also weiters folgenden Forschungsfragen nachgegangen werden:

- Inwiefern gab es einen Wandel der institutionellen Rahmenbedingungen und wie hat sich dieser auf den Gemeindebau ausgewirkt?
- Beeinflussten umgekehrt auch die Gemeindebauten ihr sozialräumliches Umfeld?

1.5 Konzeptspezifikationen

1.5.1 Perioden und historische Brüche

Nicht nur in Hinblick auf die beiden letztgenannten Forschungsfragen soll besonderes Augenmerk auf die verschiedenen historischen Brüche gelegt werden. Zu diesem Zweck wurde der Untersuchungszeitraum, der im Prinzip die gesamte Zeitspanne seit der Errichtung

der fünf Gemeindebauten bis zum heutigen Datum umfasst, in vier Perioden unterteilt. Die Periodisierung erfolgte teils politischen, teils sozialökonomischen Kriterien, was einem gewissen Pragmatismus geschuldet ist:

1. *Erste Republik*: Die Periode des Roten Wien, jene Jahre von 1918 bis 1934, die ich auch als *präfordistische Periode* bezeichnen möchte. Unter austromarxistisch-sozialdemokratischer Verwaltung erlebte Wien in diesem, historisch betrachtet sehr kurzen Zeitraum, nicht nur die Etablierung eines für damalige Verhältnisse neuartigen sozialstaatlichen Modells auf kommunaler Ebene, sondern auch insgesamt einen deutlichen Modernisierungsschub.
2. *Austrofaschismus und Nationalsozialismus*: Die „Periode der Diktaturen“ von 1934 bis 1945 kennzeichnet einen tiefgehenden Bruch in der politischen, ökonomischen, sozialen und städtebaulichen Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. Durch die Etablierung des austrofaschistischen Regimes wurde der konservative Backlash der 30er Jahre institutionalisiert und etliche soziale Errungenschaften des Roten Wien zerstört, die NS-Diktatur ab 1938 trieb die Entwicklungen an die Spitze.
3. *Fordismus*: Als die fordistische Periode Wiens möchte ich, in Anlehnung an die Regulationstheorie (siehe etwa Jessop 1986), den Zeitraum vom Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 bis in die Mitte der 70er Jahre bezeichnen. Die in Wien wieder an die Macht gekommene, aber inhaltlich stark gewandelte, Sozialdemokratie setzte den sozialpartnerschaftlichen Konsens, jene spezifisch österreichische Form des Kooperatismus, auf der kommunalen Ebene um. Die fordistische Periode war von stark steigendem gesellschaftlichem Wohlstand geprägt, der sich auch in einer Veränderung der Wiener Sozialstruktur niederschlug.
4. *Postfordismus*: Die, in dieser Titulierung umstrittene, postfordistische Periode möchte ich für Wien ab Mitte der 70er Jahre bis in die Gegenwart umreißen. Durch die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft reduzierten sich die Spielräume für kommunale sozialstaatliche Institutionen, gleichzeitig war die Stadt in diesem Zeitraum durch Phänomene, wie wirtschaftliche Umstrukturierungen oder verstärkte Immigration, einem starken sozialen Wandel unterworfen.

1.5.2 Zum Begriff des „Proletariats“

Der heute in den Sozialwissenschaften nur mehr selten verwendete Begriff des „Proletariats“ wird gemeinhin dem Marxismus zugeschrieben, wo er häufig gleichbedeutend mit dem Terminus der „Arbeiterklasse“ verwendet wird. In der marxistischen Theorie fungiert die ArbeiterInnenklasse als Begriff der politischen Ökonomie, der sich auf die Form kapitalistischer Lohnarbeit bezieht. Dieser wiederum setzt ein bestimmtes gesellschaftliches Produktionsverhältnis voraus, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Die Teilung der Gesellschaft in Klassen bezieht sich auf die Stellung innerhalb des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, im Kapitalismus auf EigentümerInnen von Produktionsmitteln einerseits und Menschen, die von diesem Eigentum ausgeschlossen sind und vom Verkauf ihrer „Ware Arbeitskraft“ leben andererseits. Auf dieser Ebene der Darstellung ist Klasse „zunächst eine rein strukturelle Kategorie“ (Heinrich 2005: 89) und hat weder etwas mit dem Bewusstsein noch mit den konkreten und logischerweise sehr unterschiedlichen Tätigkeiten, Einkommen oder Lebensstilen der Angehörigen einer Klasse zu tun – auch Marx spricht immerhin von der „unendliche[n] Zersplitterung der Interessen und Stellungen, worin die Teilung der gesellschaftlichen Arbeit die Arbeiter wie die Kapitalisten und Grundeigentümer (...) spaltet“ (MEW 25: 893). Allerdings wird die Darstellung der Klassen bei Marx in der Soziologie für gewöhnlich als Beitrag zur konkreten Sozialstrukturanalyse gelesen, und nicht als systematische Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem „idealen Durchschnitt“ (MEW 25: 839). Dies liegt allerdings auch daran, dass Marx und Engels nicht explizierten, dass sie eigentlich mit zwei verschiedenen Klassenbegriffen operierten, einem formanalytischen und somit abstrakt-strukturellen bzw. funktionalen Begriff – welcher im „Kapital“ dominiert – und einem konkreten empirischen Klassenbegriff – der in Werken wie dem „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“ (MEW 8: 111-207) verwendet wird (Dorau 2005, Ellmers 2009). Aus dieser Vermischung resultierte auch das problematische und natürlich historisch begrenzte Bild des pauperisierten und komplett außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stehenden Proletariats, das bereits Ende des 19. Jahrhunderts in Frage gestellt wurde.

Fortan galt der Begriff Proletariat außerhalb der marxistischen Theorie gewissermaßen als Synonym für Unterschicht. Bahrtdt (1962) etwa definiert „*Proletarität*“ als einen „Zirkel negativer Bestimmungen“, welcher auf diejenigen zutrifft, die „von der Hand in den Mund leben“ müssen und daher „weder für sich noch für ihre Nachkommen Vermögensreserven

oder einen Ausstieg schaffen“ können (Bahrtdt 1962 zit. n. Vester 1998: 173). Er kommt zum Schluss, dass die westdeutschen ArbeiterInnen bereits in den 60er Jahren „tatsächlich in ihrer Mehrheit weder in ihrer ökonomischen Lage noch auch in ihrem Bewusstsein Proletarier“ waren (ebd.). Solche Feststellungen berühren, auch wenn das ihre Intention ist, den marxistischen Klassenbegriff überhaupt nicht, allerdings lässt sich mit den ihnen zu Grunde liegenden Definitionen soziologisch zumeist besser arbeiten.

Für diese Arbeit scheint mir daher eine recht pragmatische Definition, angelehnt an die Gleichsetzung von Proletariat und Unterschicht, adäquat zu sein. Diese soll aber nicht zu konkret sein, um dem sozialen Wandel im Untersuchungszeitraum gerecht zu werden. Würden zum Beispiel Angestellte pauschal nicht zum Proletariat gezählt werden, so wäre dieser Begriff für das Wien der 30er Jahre vielleicht zutreffend, durch die ökonomischen und arbeitsrechtlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte besitzt die Kategorie der Angestellten aber nur mehr wenig soziale Trennschärfe. Auch eine Festlegung auf Beschäftigten im sekundären Sektor wäre – gerade im Dienstleistungszentrum Wien – nicht angebracht. Dadurch wären etwa Beschäftigte in den Bereichen Reinigung, Gastronomie, Tourismus oder Transport ausgeschlossen.

Als Nominaldefinition sei in dieser Arbeit Proletariat verstanden als die Menge jener Personen, die den unteren sozialen Schichten der Gesellschaft angehören. Schwieriger ist es natürlich, diese Bestimmung zu operationalisieren, was nicht zuletzt mit der eingeschränkten Datenlage zu tun hat. Als Angehörige unterer Schichten sollen also jene gelten, die in Bezug auf zentrale Merkmale wie Berufsstatus, Berufsgruppe oder Bildungsstand deutlich unter dem gesellschaftlichen (konkreter: dem Wiener) Durchschnitt der jeweiligen Zeitperiode liegen. Daraus ergibt sich auch, dass das Proletariat in jeder Periode neu bestimmt werden muss, d.h. einen formationsspezifischen und keinen formationsübergreifenden Begriff darstellt.

2. Historischer Rahmen

2.1 Exkurs als Einleitung: Wiener Stadtentwicklung im 18. und 19. Jahrhundert

2.1.1. Ökonomische Hintergründe

Spezifika der Stadtentwicklung Wiens, welche sowohl die bauliche wie auch die Sozialstruktur der Stadt teilweise bis heute prägen, haben ihren Ursprung in der eigentümlichen Entwicklung der Wirtschaft des Habsburgerreiches. In der Literatur wird für gewöhnlich die These von der relativen Rückständigkeit der österreichischen Ökonomie (gegenüber England und Frankreich, später den USA und Deutschland) vertreten (vgl. Scharinger 1995). Als Gründe hierfür lassen sich einerseits Faktoren, die aus der geographischen Lage Österreichs resultieren, anführen, wie der Mangel an bestimmten natürlichen Ressourcen oder der nicht vorhandene Zugang zum Atlantik, in dessen Richtung sich das wirtschaftlichen Schwergewicht seit dem 16. Jahrhundert verschoben hatte (ebd). Andererseits aber fielen politische Gründe ins Gewicht, die in Österreich bedeutender als in Westeuropa waren. So schuf die Habsburgermonarchie, im Gegensatz zu England oder Frankreich, erst sehr spät, 1851 mit dem Ende der österreichisch-ungarischen Zoll-Linie und der Einführung eines gemeinsamen Außenzolls, einen gemeinsamen Binnenmarkt (ebd). Überhaupt wurden verschiedene feudale Relikte, anders als beispielsweise in Frankreich, bis 1918 nur sehr unvollständig beseitigt. Zwar brachte die Reformperiode unter Maria Theresia und besonders unter Joseph II einige Modernisierungen mit sich (Aufhebung der Leibeigenschaft, Beseitigung des Zunftzwanges, Reformierung der Bodensteuer), nichtsdestotrotz stellte sich die Habsburger-Monarchie als Bremse des kapitalistischen Modernisierungsprozesses in Österreich heraus (ebd).

Verstärkt wurde die Verspätung des Industrialisierungsprozesses in Wien noch durch seinen Status als kaiserliche Residenzstadt. Schließlich verlangsamte besonders hier, im Zentrum des österreichisch-ungarischen Millionenreiches, die Angst der Habsburger vor einer revoltierenden ArbeiterInnenschaft die Einführung der modernen Industrie bzw. des Fabriksystems (Eigner 1991: 627 n. Garstenauer 2007: 19). Erst im Zeitraum ab den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur Wirtschaftskrise von 1873 fand hier, einhergehend mit Einführung industrieller Produktionsmethoden, der Übergang von der spätfeudalen, merkantilistischen zu einer klassisch-liberalen Marktwirtschaft statt (Ehmer 1980: 58 n. Garstenauer 2007: 18f.).

2.1.2 Wien vom Barock bis zum Vormärz

Nach der erfolglosen Belagerung durch Truppen des Osmanischen Reiches im Jahr 1683 war das bauliche Gefüge der Stadt und ihres näheren Umlandes schwer getroffen. Während die Stadtmauern und einzelne Gebäude der heutigen Innenstadt gravierende Beschädigungen aufwiesen, waren die Vorstädte fast völlig zerstört worden. Im Zuge des Wiederaufbaus setzte ein regelrechter Bauboom ein, außerdem wurde Wien weitgehend barockisiert (Oppl 2009).

Nach den letzten beiden großen Pestepidemien 1679 und 1713 wuchs die Wiener Bevölkerung kontinuierlich an. Im Jahr 1770 war die Stadt bereits auf 180.000 EinwohnerInnen angewachsen und war damit hinter Paris und Neapel die drittgrößte Stadt Europas (Lichtenberger 1993: 24). Zu dieser Zeit – der Periode des aufgeklärten Absolutismus – war Wien ökonomisch und sozial klar in drei Teile gespalten: die eigentliche Stadt, die rund 34 Vorstädte und unzählige Vororte. Durch die beiden Verteidigungsmauern, die Stadtmauer auf dem Areal der heutigen Ringstraße sowie der 1704 als Reaktion auf die zweite „Türkenbelagerung“ errichtete Linienwall auf dem Gebiet des heutigen „Gürtels“, stellten sich die sozioökonomischen Trennlinien auch als architektonische Grenzen dar (ebd. 1993: 24f.). Allerdings unterschieden sich die einzelnen Vorstädte sehr stark im Grad der Verbauung, in der Bevölkerungsstruktur sowie in ökonomischer Hinsicht (ebd.: 25). Generell war die Wohndichte in Wien extrem hoch: 1780 kamen 500 Menschen auf einen Hektar. Die allgemein für die Gründerzeit konstatierte Wohnungsnot hatte seine Wurzeln also bereits im Barock (ebd.: 30).

Eine dichtere Verbauung gab es damals bereits insbesondere in den westlichen Vorstädten (Josefstadt, Neubau, Mariahilf), in der Leopoldstadt und in den Stadtteilen Rossau und Lichtenthal im heutigen neunten Wiener Gemeindebezirk. Andererseits aber waren weite Teile des heutigen dritten und vierten oder des zweiten/zwanzigsten Bezirkes für Sommerpaläste und Parkanlagen des Adels reserviert (Lichtenberger 2002: 248). In Margareten wurde um 1770 noch großteils Gemüse angebaut, in Richtung Wieden und entlang des Wienflusses hatten sich bereits Wohnviertel von TagelöhnerInnen herausgebildet. Außerdem existierten einige Ziegeleien (ebd.).

Für die weitere städtebauliche Entwicklung Wiens war besonders die Existenz einer zweiten Verteidigungsmauer, des Linienwalls, von Bedeutung. Durch seine Funktion als Zollgrenze

strukturierte er das Stadtgebiet nicht nur architektonisch, sondern vor allem auch ökonomisch. Schließlich ergaben sich aus dieser Zollbarriere große Unterschiede in den Lebenshaltungskosten zwischen den innerhalb des Linienwalls gelegenen Vorstädten und den außerhalb gelegenen Vororten. Man kann davon ausgehen, dass die Preise für lebensnotwendige Güter im 19. Jahrhundert in den Vororten rund 10% niedriger als in den Vorstädten waren (Petrovic 1998: 19). Und so florierten außerhalb des Walls nicht nur bloß die Wirtshäuser und Märkte, vielmehr führte der insgesamt deutlich niedrigere Level der Lebenshaltungskosten in den Vororten zu einer dort sichtbar anderen Sozialstruktur als in den Vorstädten (ebd.: 18).

Weiters ist anzunehmen, dass ohne die, durch den Linienwall als Zollgrenze entstandene, höhere Attraktivität der zentrumsnahen Vorstädte als Wohngebiete höherer Einkommenschichten, die heutigen Innenbezirke keine derart hohe Verbauungsdichte aufweisen würden (ebd.).³ Andererseits hat dieser Umstand auch eine stärkere Ansiedlung arbeits- und rohstoffintensiver Industrien in den Vorstädten verhindert und damit eine ausgewogenere Verteilung solcher Betriebe über das Stadtgebiet erwirkt (ebd.: 18). Nichtsdestotrotz waren, jedenfalls vor der Entwicklung des öffentlichen Massenverkehrs, die Vorteile der zentrumsnahen Gebiete (bessere Anbindung an Altstadt, bessere kommunale Versorgung) entscheidend (ebd.: 24).

Im Hinblick auf die Stadtverwaltung ist für josephinische Periode die Errichtung zahlreicher sozialer Einrichtungen (Waisenhäuser, Spitäler) und vieler Wohngebäude festzustellen (Lichtenberger 1993: 30), gleichzeitig stieg durch das Anwachsen des staatlichen Apparates die Zahl der Behördenbediensteten bzw. Beamten – sowie die soziale Differenzierung innerhalb dieser Gruppe – stark an (was wiederum eine erhöhte Bautätigkeit von Wohnungen für dies Gesellschaftsschicht zur Folge hatte) (ebd.: 31). Es ist der Beginn des kapitalistischen Wohnungsmarktes in Wien, der schließlich in der Gründerzeit zur Hochblüte gelangen sollte. Gebaut wurden standardisierte Mietwohnungen für die Mittelschichten, insbesondere für das Beamtentum (ebd.).

³ An diesem Beispiel zeigt sich sehr gut, wie sehr einzelne (politische, städtebauliche...) Maßnahmen die bauliche und damit auch die soziale Struktur einer Stadt über Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte beeinflussen können. Auch andere Auswirkungen der Trennfunktion des Linienwalls sind heute noch im Stadtbild zu erkennen. So wurden die im 19. Jahrhundert angelegten Zugstrecken der Südbahn (1842), der „österreich-ungarischen Staatseisenbahn (heute Ostbahn, 1846) und der „Kaiserin-Elisabeth-Bahn“ (heute Westbahn, 1858) nur bis zum Linienwall geführt, wo Kopfbahnhöfe errichtet wurden (Petrovic 1998: 33).

In der Zeit des Vormärz erlebte Wien einen regelrechten Bevölkerungsboom. In den 1840er-Jahren hatte die Stadt bereits 400.000 EinwohnerInnen, womit die Bevölkerungszahl allerdings deutlich hinter London (um 1800: 959.000 EinwohnerInnen) und Paris (um 1800: 584.000 EinwohnerInnen) zurückblieb. Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Wien durch die Einengung der Stadtmauern die bisher höchste Bevölkerungsdichte erreicht, auch das Territorium innerhalb des Linienwalls war schon zu großen Teilen verbaut worden (ebd.: 32f.). Das rapide Bevölkerungswachstum führte zu erheblichen sozioökologischen Problemen, die aus dem mangelhaften Ausbau der städtischen Infrastruktur resultierten. Die Choleraepidemie von 1830/31 war beispielhaft für die in hohem Maße unzulängliche Versorgung mit Trinkwasser in einer werdenden Metropole (Opll 2009).

Jene Gebiete, die ihre landwirtschaftliche Funktion schrittweise verloren, wie etwa Margareten oder Gaudenzdorf, wurden zu Wohnvierteln vorwiegend für pauperisierte Schichten wie TagelöhnerInnen (Lichtenberger 1993: 33). So waren die landwirtschaftlichen Nutzflächen im heutigen 5. Bezirk 1850 bereits ein wenig zusammengeschrumpft, entlang der Wien, des Linienwalles, der Wiedner Hauptstraße und an der Grenze zum heutigen 4. Bezirk breiteten sich Viertel, in denen hauptsächlich Tagelöhner und Handwerker aus der Unterschicht wohnten und arbeiteten, immer mehr aus (ebd.: 26). Nichtsdestotrotz wies der 5. Bezirk zur Zeit seiner Gründung im Jahr 1862 noch überwiegend ländlichen Charakter auf (Mayer 2009). Vor allem der südwestliche Teil des Bezirkes war geprägt von Grünanlagen, Gärten, Wiesen, Äckern und Gemüsefeldern. Das Gebiet zwischen der Nikolsdorfer Gasse, der Wiedner Hauptstraße, der Reinprechtsdorfer Straße und der Siebenbrunnengasse, mit Ausnahme der Zeilenverbauung im Bereich der Nikolsdorfer Gasse und entlang der heutigen Wiedner Hauptstraße, war noch fast völlig unverbaut. Gleichermäßen stellte sich die Situation im Raum zwischen der heutigen Margaretenstraße und der Siebenbrunnengasse dar. Die Reinprechtsdorfer Straße war nur in ihrem unteren Verlauf verbaut und die meisten bestehenden Gassen endeten noch als Sackgassen (ebd.).

2.1.3 Stadtentwicklung in der Gründerzeit

„During the seven decades of the Founder’s Period Vienna succeeded in attaining the status of a world city.” (Lichtenberger 1993: 37).

Zweifelsohne war die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in Wien eine Zeit beschleunigter Industrialisierung. Dabei entstanden zwei unterschiedliche Typen von Industriegebieten.

Einerseits wurden, so wie in vielen anderen europäischen Großstädten auch, zahlreiche neue Fabriken am Stadtrand errichtet. Die in Wien vorherrschenden Branchen waren die Lebensmittelherstellung und die Tabakindustrie, später dann auch die Metallindustrie, der Maschinenbau und der Fahrzeugbau. Ab 1890 kamen auch die Bereiche Leder, Chemie und elektrische Industrie hinzu.

Andererseits aber datiert in dieser Zeit auch die Entstehung der für Wien spezifischen „Hinterhofindustrie“. Dabei handelte es sich um kleinere Fabriken, Manufakturen und Werkstätten in den Hinterhöfen von Wohnhäusern. Oft wohnten der Eigentümer des Hauses im Vordertrakt und einige ArbeiterInnen im hinteren Teil, wo diese dann auch arbeiteten. (Lichtenberger 1993: 51). Während größere Fabriken in der Hochgründerzeit entlang von Schienenwegen gebaut wurden, konzentrierte sich die Hinterhofindustrie in den westlichen Vorstädten, vor allem in den Bezirken Neubau und Mariahilf (ebd.). Der Stadtentwicklungsplan von 1893 stoppte schließlich den Fabrikenbau im Westen Wiens, die Industrie sollte künftig in den Süden, Südosten und Osten der Stadt verlagert werden (ebd.: 52).

Die „Hinterhofindustrie“, deren Existenz auch für die Entwicklung der Sozialstruktur insbesondere der Wiener ArbeiterInnenschaft von entscheidender Bedeutung sein sollte, war Teil jener in der Literatur häufig erwähnten klein- und mittelbetrieblichen Struktur der Wiener Wirtschaft (vgl. etwa Eigner/Resch 2003: 70, Lichtenberger 1993). Diese resultiert aus der bereits erwähnten Verspätung bzw. relativen Rückständigkeit des österreichischen Kapitalismus und erhielt durch politische Ereignisse in den 1870er Jahren noch einmal zusätzliche Rückendeckung. So kamen nämlich durch die Tiefe der Depression in Folge der Wirtschaftskrise von 1873 im Jahr 1879 die Feudalkonservativen an die Regierung, die somit die Liberalen von der Spitze des Staates verdrängten. Dies bedeutete eine „Rückkehr zu staatlicher Reglementierung, protektionistischer Förderung von Kleinbetrieben und Anklängen an zünftlerisches Denken“, womit der Konzentrationsprozess in der Industrie nicht aufgehalten, aber doch nachhaltig abgebremst wurde (Scharinger 1995).

Dennoch zog der Wirtschaftsboom ab 1869 besonders viele Menschen nach Wien und die bislang nahezu ausschließlich privatwirtschaftlich organisierte Wohnungsproduktion konnte mit dem Bevölkerungszuwachs nicht Schritt halten (John 1984: 51). Es war jene Zeit, als sowohl SozialdemokratInnen, als auch reformbürgerliche Strömungen anfangen, Konzepte für die Linderung des entstandenen Wohnungselends zu entwickeln. Auch in Wien, wo sich

später die sozialdemokratische Konzeption durchsetzen sollte, entstanden wohlthätige bürgerliche Vereine, so etwa 1855 der Verein „Maria Elisabeth“, benannt nach der Tochter von Kaiser Leopold I. Durch Spenden finanzierte der Verein 1871 in Margarten – unweit des Gebiets wo später die großen Gemeindebauten entstehen sollten – fünf „Arbeiterhäuser“ mit insgesamt 110 Wohnungen die ausschließlich, zu unterdurchschnittlich hohen Mieten, an ArbeiterInnenfamilien vermietet wurden. Die Straße wurde in Anlehnung daran „Arbeitergasse“ benannt und existiert heute noch unter diesem Namen (Klusacek et. al. 2002: 114).

Verwaltungstechnisch war die wohl wichtigste Entwicklung zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert die, durch die Eingemeindung von 34 innerhalb des Linienwalls gelegenen Vorstädten und deren Unterteilung in die Bezirke 2 bis 8 bzw. 9 (die bisherige Stadt wurde zum 1. Bezirk, 1862 erfolgte dann die Teilung des 4. Bezirks in Wieden und Margareten) stattfindende, massive politische Stadterweiterung.⁴

Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert mehrten sich auch die Proteste von Politikern und Wirtschaftstreibenden gegen die anachronistisch gewordene Steuergrenze in Form des Linienwalles. Dieser sei zum Handelshemmnis und zur Bremse der Stadtentwicklung geworden. Das Magistrat hingegen wollte die Verzehrungssteuer jedoch nicht abschaffen, sondern vielmehr ihren Wirkungsbereich auch auf die Vororte ausdehnen. Diese protestierten aber aus Angst, ihre teils beträchtlichen ökonomischen Standortvorteile zu verlieren (Petrovic 1998: 20).

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts fand ein Prozess statt, in dem sich verstärkt nach ethnischen Kriterien und solchen der Klassen- und Branchenzugehörigkeit gegliederte Wohnviertel herausbildeten. Besonders um die peripheren Ansiedelungen mittlerer und großer Industriebetriebe entstanden dabei sozial homogene Viertel. Daneben gab es aber auch weiterhin sozial gemischte Quartiere, vor allem in innerstädtischen Bereichen (Sieder 1988: 236).

Der Stadtteil Margareten etwa präsentierte sich in seiner sozialen Struktur damals einigermaßen differenziert. Der ursprüngliche Handwerkerbezirk (im Sinn von *selbstständigen* Handwerkern) wandelte sich – einhergehend mit der Industrialisierung Wiens – im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker zu einem ArbeiterInnen- bzw. Industriebezirk (Mayer 2009).

⁴ Dies war nur aufgrund einer der wenigen bleibenden Errungenschaften der gescheiterten Revolution von 1848 möglich gewesen: Durch die Abschaffung der Grunduntertänigkeit konnte 1849 eine Neuordnung der Verwaltung mit der modernen politischen und autonomen Gemeinde als unterster Verwaltungseinheit erfolgen.

Im östlichen Teil des Bezirks wohnten Kleingewerbetreibende, kleine Angestellte, HeimarbeiterInnen oder GeschäftsdienstlerInnen. Westlich der Reinprechtsdorferstraße hatten sich ArbeiterInnen in der Nähe neu entstandener Fabriken angesiedelt (Mayer/Pittler 1993: 19). Heute kaum mehr vorstellbar, verfügte der 5. Bezirk damals über eine Reihe größerer produzierender Betriebe. So beschäftigte etwa die Firma Gridl am Bacherplatz, die große Eisenkonstruktionen herstellte, bis zu 700 ArbeiterInnen. 500 ArbeiterInnen waren bei einer ähnlichen Firma in der Margaretenstraße angestellt. Die Großtischlerei J.W. Müller am Einsiedlerplatz beschäftigte ebenfalls 500 ArbeiterInnen, und die beiden Schriftgießereien in der Margaretenstraße und der Grüngasse hatten jeweils mehr als 100 ArbeiterInnen unter Vertrag (Klusacek et. al. 2002: 115f.).

Allerdings begann die Abwanderung industrieller Großbetriebe in Außenbezirke und ins Umland schon Ende des 19. Jahrhunderts. Ab 1900 wandelte sich Margareten dann von einem Bezirk der Fabriken zu einem Bezirk der Gewerbebetriebe (ebd.: 116). Gleichzeitig war bis zur Jahrhundertwende ein Wandel von einer Ansammlung ländlicher Vorstädte zu einem immer dichter verbauten Großstadtbezirk zu bemerken. Die Bevölkerungszahl Margaretens stieg in zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts „geradezu explosionsartig an“ (ebd.: 110). 1869 waren in den 921 Häusern des 5. Bezirkes rund 54.000 Einwohner wohnhaft. Das rapide Wachstum ließ die EinwohnerInnenzahl bis 1890 um 55% auf rund 84.000 hochschnellen, wobei die Anzahl der Wohnhäuser um nur 51% auf 1393 anstieg und das, obwohl sich die Gesamtfläche Margaretens durch Gebietsabtretung des außerhalb des Linienwalles gelegenen, zur Vorstadt Matzleinsdorf gehörenden, Teiles an den 1874 neu geschaffenen 10. Bezirk reduziert hatte (Mayer 2009).

Tabelle 1: Entwicklung der EinwohnerInnenzahl Margaretens im späten 19. Jahrhundert

Jahr	EinwohnerInnenzahl
1869	54.010
1880	66.977
1890	84.031
1900	106.647

(Klusacek et. al. 2002: 110)

1890 erfolgte dann die zweite große verwaltungstechnische Stadterweiterung. Die bisherigen Vororte wurden mit Wirkung vom 1. Jänner 1892 als Bezirke 11 bis 19 organisiert. Zehn Jahre später, im Jahr 1900, wurde die Leopoldstadt (2. Bezirk) geteilt und der 20. Bezirk (Brigittenau) gegründet. 1904 wurde schließlich die junge Großgemeinde Floridsdorf als 21. Bezirk eingemeindet und das Stadtgebiet damit über die Donau erweitert. In derselben Zeit erweiterten die Kommunalpolitiker auch die Wirkung der Verzehrungssteuer auf die Vororte (1891), gleichzeitig aber wurden die versteuerungspflichtigen Güter von 220 auf 34 reduziert.⁵ Damit war die damalige einstige Hauptfunktion des Linienwalls weggefallen (Petrovic 1998: 20).

Bereits 1873 hatte man entlang des Befestigungswalls eine Straße angelegt, die man als „Gürtel“ bezeichnet hatte. Nach der Eingemeindung der Vororte wurde der Linienwall ab März 1894 abgetragen, die Straße ausgebaut und 1895 mit dem Bau der Stadtbahn begonnen.⁶ Durch die Demolierung des Walls ergaben sich neue städtebauliche Möglichkeiten. Staat und Kommunalverwaltung beschränkten sich – anders als bei der Schleifung der Ringstraße – aber hauptsächlich auf die Errichtung der Straße an sich sowie der Stadtbahn und auf die Regulierung des Wienflusses (ebd.: 49).⁷

Die Eingemeindung der zahlreichen Vororte im Zusammenhang mit der Schleifung des Linienwalles führte zu einem neuen Aufschwung in der Stadtentwicklung. Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs der Hochgründerzeit entstand in den ehemaligen Vororten ein wahrhafter Bauboom. Die rasche Errichtung immer neuer Wohnviertel im Rasterverfahren ließ aber auch die Grundstückspreise drastisch ansteigen – mitunter um bis zu 20% pro Jahr (ebd.: 40).

Für das späte 19. Jahrhundert lässt sich eine Abnahme der Wohnbevölkerung der Innenstadt zugunsten der Geschäftsentwicklung (*Citybildung*) feststellen (Banik-Schweitzer 1982: 17ff.). Gleichzeitig entwickelte sich der 4. Bezirk zu einem Quartier der Oberschichten und verlor dadurch ebenfalls EinwohnerInnen. Während die EinwohnerInnenzahl des 6., 7. und 8. Bezirkes als Wohnort der Mittel- und Oberschichten stagnierte, nahm die Bevölkerungszahl

⁵ Diese Regelung wurde bis 1922 beibehalten, hatte zu diesem Zeitpunkt durch den massiven Währungsverfall in der Folge des Ersten Weltkrieges aber bereits ihre Wirkung verloren.

⁶ Reste des Linienwalls blieben bis ins 20. Jahrhundert bestehen. Heute gibt nur mehr einzelne Bruchstücke am Rand des Schweizer Gartens im 3. und im Hinterhof eines Hauses im 4. Bezirk (Petrovic 1998: 49)

⁷ Abseits dieser Vorhaben dominierten private InvestorInnen die Gestaltung der Gürtelstraße z.B. wurde Volksofer von privatem Verein errichtet (Petrovic 1998: 50)

in solchen inneren Bezirken, in denen es auch große ArbeiterInnenviertel gab, das heißt im 3. und 9. Bezirk, stark zu. Auch in der Leopoldstadt und Margareten sowie in allen ehemaligen, hauptsächlich von unteren Schichten bewohnten, Vororten war ein starkes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen (Garstenauer 2007: 96). Vorangetrieben wurde die Segregation ab den 1890ern vor allem durch die Errichtung von Quartieren, die entweder nur für die Unterbringung von Unterschichten oder für höhere Schichten geeignet waren. 1910 betrug der Anteil an ArbeiterInnen, Lehrlingen und TagelöhnerInnen in den Außenbezirken von Favoriten bis Floridsdorf zwischen 62 bis 76% (John 1996: 238 zit. n. ebd.: 96).

Durch die Verdrängung unterer Schichten aus den Vorstädten entstand ein Gürtel von ArbeiterInnenbezirken mit Kleinwohnungen rund um den innerstädtischen Bereich (John 1984: 64). Von dieser Entwicklung ausgenommen waren die ehemaligen Weinorte Währing und Döbling, sowie die bei Schönbrunn gelegenen Vororte Hietzing und Ober St. Veit, die überwiegend aus Nobelvierteln bestanden. Unter den Mittelschichtsquartieren innerhalb der heutigen Gürtelstraße bildeten der im Zuge der Donauregulierung proletarisierte Teil der Leopoldstadt sowie der Stadtteil Erdberg im 3. Bezirk, die beiden Unterschichtsviertel des 9. Bezirkes, Lichtenthal und Roßau, sowie der Bezirk Margareten die Ausnahmen (Garstenauer 2007: 96f.). Insgesamt hatte sich diese, in den Jahren zwischen 1870 und 1890 vollzogene Umschichtung der sozialräumlichen Gliederung Wiens in der Folgezeit weitgehend stabilisiert (Banik-Schweitzer 1982: 71).

2.1.4 Wien zur Jahrhundertwende

Wiens soziale Geographie stellte sich um die Jahrhundertwende folgendermaßen dar: Die Metropole war auf 2,2 Millionen EinwohnerInnen angewachsen und damit hinter New York, Paris und London die viertgrößte Stadt der Welt. Im Laufe des 19. Jahrhunderts waren City, Vorstädte und Vororte zusammengewachsen, ältere Stadtteile waren in einem „Meer an gründerzeitlichen Häusern“ (Lichtenberger 1993: 53) verschwunden – nur einige wenige ältere Viertel haben den Bauboom der Gründerzeit überlebt (ebd.).

Ein wenig modellhaft kann man von einer deutlich sichtbaren *trichotomen sozialen wie baulichen Strukturierung* der Stadt sprechen. Durch die Ansiedelung von Finanzinstitutionen und Konzernzentralen entwickelte sich die City langsam zum Central Business Distrikt (CBD). Durch diesen Prozess kam es auch zu einer Homogenisierung der Sozialstruktur des 1.

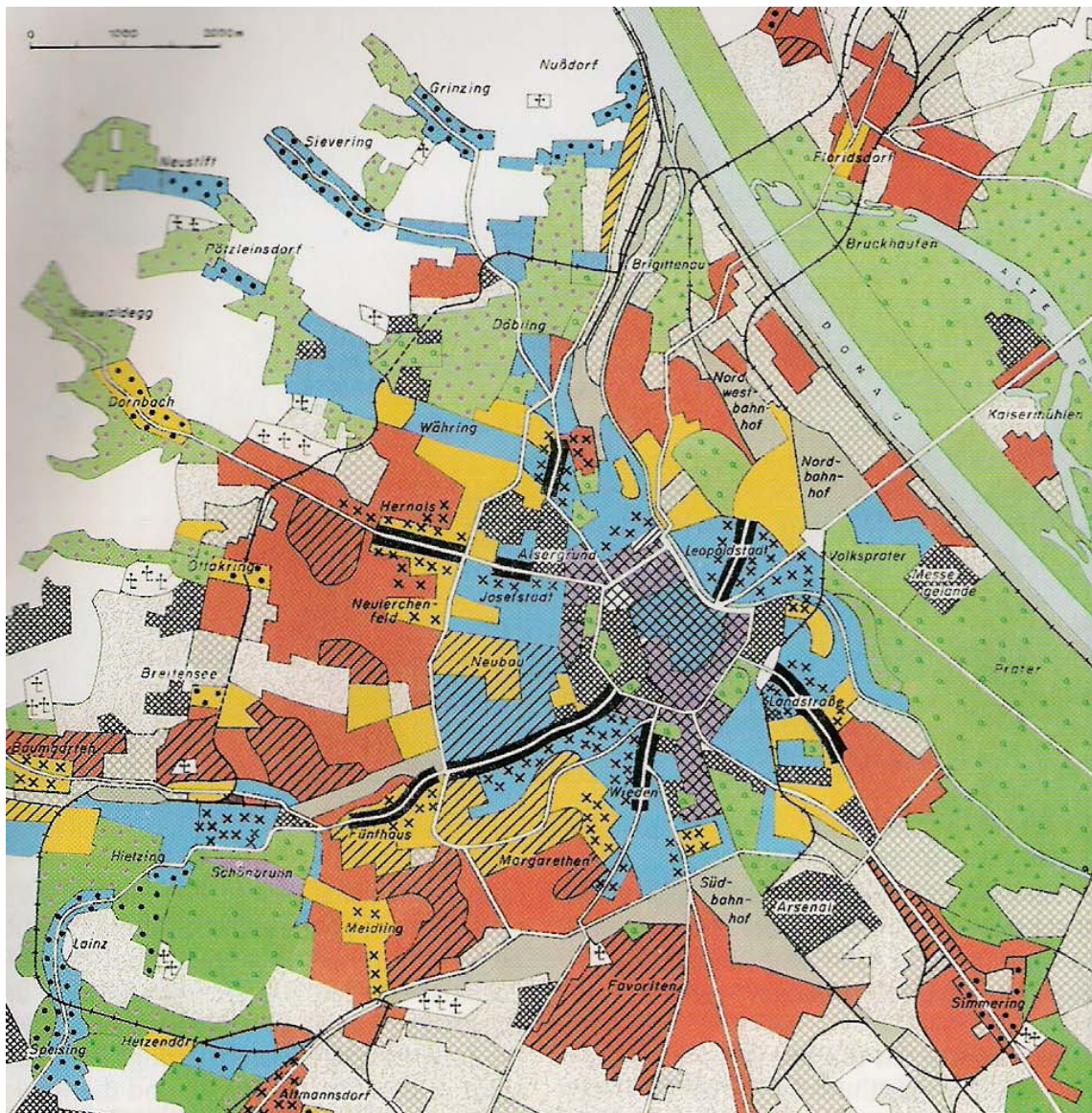
Bezirks. Die industriellen Vorstädte waren von einem Mix aus Hinterhofindustrien, Warenhäusern und Mietshäusern hauptsächlich für die Mittelschichten geprägt. Auch einige Wohnhäuser der Oberschicht waren in den Vorstädten entstanden, wo sie frühere adelige Sommerresidenzen ersetzt hatten (Lichtenberger 1993: 59ff.). Rund um die Gürtelstraße war ein Ring aus ArbeiterInnenvierteln mit gründerzeitlichen Mietskasernen entstanden, der landwirtschaftliche Nutzflächen und ältere Orte und Stadtviertel ersetzt hatte. Je später die Wohnhäuser in der Gründerzeit errichtet wurden, umso mehr existierte auch eine funktionale Differenzierung zwischen Wohnen und Arbeiten, zwischen reinen Wohnhäusern und gewerblichen Nutzungen (ebd.: 61). Interessanterweise spiegelt sich die sozialräumliche Gliederung Wiens von innen nach außen, von reicheren zu ärmeren Wohnvierteln auch in der Größe der Wohnhäuser wieder: Je weiter man sich von der Altstadt in Richtung Vorstädte und dann Vororte begibt, umso mehr wechseln sich zuerst große, dann mittlere und zuletzt kleine Häuser ab (ebd.: 62).

Dem Ringmodell entsprechen nur einige wenige Stadtteile nicht: Die ehemaligen landwirtschaftlichen Flächen Erdberg und Margareten wurden zu Wohnbezirken der ArbeiterInnenenschaft und in Hietzing sowie im Nordwesten Wiens entstanden Wohngebiete für die Mittel- und Oberschichten (Lichtenberger 1993: 62). Insgesamt ist bis zum Ersten Weltkrieg eine *zunehmende Segregation* festzustellen (Banik-Schweitzer 1982: 56).

2.1.5 Margareten zur Jahrhundertwende

Die soziale und städtebauliche Situation Margaretens um die Jahrhundertwende kann wie folgt beschrieben werden: Der 5. Bezirk war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts enorm angewachsen, die Bautätigkeit hatte mit dem rapiden Bevölkerungswachstum kaum mithalten können (dazu weiter unten). Margareten war mittlerweile ein typischer ArbeiterInnenbezirk, sowohl was die Sozialstruktur der hier Wohnhaften anbelangt, als auch bedingt durch die Existenz zahlreicher Fabriken und Handwerksbetriebe. Schließlich hatten sich die traditionellen Gewerbezentren der Vorstädte beharrlich ins 20. Jahrhundert retten können. So blieb etwa die Bekleidungsbranche oder die Holzverarbeitung in Margareten in hohem Ausmaß erhalten (Eigner/Resch 2003: 35).

Abbildung 1: Sozialräumliche Gliederung Wiens 1914



Vorherrschende Sozialstruktur

	Ober-schicht	Mittel-schicht	Mittel-u. Unter-schicht	Unter-schicht
I. Geschlossene Verbauung				
Wohnviertel				
Stärkere Durchsetzung mit Industrie				
Stärkere Durchsetzung mit Gewerbe-, Handelsbetrieben u. Diensten				
City				
II. Weichbild				
Cottageviertel				
Verstädterte Dörfer				

Übergreifende funktionelle Elemente und Landnutzung

	Stadttrand-industrie		Erwerbsgärtnerereien
	Öffentliche Bauten		Parkanlagen u. Augelände
	Bahnhöfe u. -trassen		Friedhöfe
	Hauptgeschäftsstraßen		Spekulationsvorfeld (ungenutzte Fläche)
			Landwirtschaftl. genutzte Flächen

(Lichtenberger 2002: 252)

Der Bezirk war zu großen Teilen dicht mit gründerzeitlichen Wohnhäusern verbaut, Freiflächen gab es nur mehr ganz wenige, die größte darunter war jenes Gebiet, auf welchem zwei Jahrzehnte später die in dieser Arbeit behandelten Wohnhausanlagen errichtet werden sollten. Eine städtebauliche Besonderheit stellte die relativ junge und damals noch bei weitem nicht so intensiv genutzte Gürtelstraße dar, die den 5. Bezirk im Westen von Meidling (12. Bezirk) und im Süden von Favoriten (10. Bezirk) trennte.

2.2 Ausgangssituation und Vorbedingungen des Roten Wien

Im vorherigen Kapitel wurden die Stadtentwicklung Wiens sowie deren politische und ökonomische Hintergründe im 18. und 19. Jahrhundert skizziert. In diesem Abschnitt soll es nun um die politische, ökonomische und soziale Ausgangssituation, insbesondere im Bereich der Wohnsituation der Wiener ArbeiterInnenschaft gehen, mit der es die Akteure des Roten Wien ab 1918 zu tun hatten und welche die Entwicklungsbedingungen der sozialdemokratischen Kommunalpolitik beeinflussen sollten.

2.2.1 Luegers Kommunalpolitik

Der Pressechef der Stadtgemeinde Wien, Hans Riemer, bezeichnete den einflussreichen Wiener Bürgermeister Karl Lueger 1945 – kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als viele in der SPÖ noch an die Politik der 20er und 30er Jahre anknüpfen wollten – als „Wegbereiter des kommunalen Sozialismus“ (Riemer 1945: 17). Doch nicht nur der Sozialdemokrat Riemer verwendete die Formulierung, in der Fachliteratur zum Roten Wien der Zwischenkriegszeit wird der deutschnationalen Populist Lueger häufig als Vorreiter des kommunalen Wohlfahrtsregimes unter der Ägide der Wiener Sozialdemokratie von 1919 bis 1934 beschrieben (vgl. etwa; Hautmann & Hautmann 1980: 21, Matzl 2000: 30f., Weihsmann 2002: 13). So bildete die Politik Luegers laut Weihsmann (2002: 18) „in vielen sozialen Maßnahmen bereits die Grundlage für die Wiener Sozialdemokratie und erleichterte deren neuartigen Aufbau eines Roten Wien.“

Als Errungenschaften der Regierungszeit Luegers als Wiener Bürgermeister von 1897 bis 1910 hervorgehoben werden vor allem (Hautmann/Hautmann 1980: 18f., Mattl 2000: 29, Weihsmann 2002: 15-18):

- Die Kommunalisierung von Strom- und Gasversorgung: Eröffnung des städtischen Gaswerks in Simmering 1899 sowie des ersten städtischen E-Werks 1902, schrittweise Verdrängung der privaten Konkurrenz.
- Die Vereinheitlichung und Kommunalisierung sowie den Ausbau des Straßenbahnbetriebs (indem private Tramway-Linien sukzessive aufgekauft, elektrifiziert und vereinheitlicht wurden).
- Der Ausbau der öffentlichen Wohlfahrtspflege durch die Errichtung von Krankenhäusern (das Spital in Lainz war damals das größte und modernste Europas), Waisenhäusern, Kinderheilstätten, Brause- und Freibädern (z.B. Gänsehäufel) und der Festschreibung eines „Wald- und Wiesengürtels“ um Wien.
- Der strategische Aufbau weiterer kommunaler Betriebe und infrastruktureller Einrichtungen: Bau der zweiten Wiener Hochquellwasserleitung (1900-1910), Gründung der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien (1907), Gründung einer Lebens- und Rentenversicherungsanstalt (1898)

Die Ära Lueger markiert den Übergang vom liberalen zum sozialstaatlich regulierten Modell des Kapitalismus auf der Ebene der Wiener Kommunalpolitik. Sie fällt nicht zufällig in eine Zeit, in der weltweit ein starker Konzentrationsprozess des Kapitals und ein Trend zu mehr Staatsinterventionen in die Wirtschaft bemerkbar waren.

Lueger entwickelte im Bereich der Infrastruktur und der Dienstleistungen einen gewichtigen kommunalen Sektor, der gleichermaßen eine gute Ausgangsposition für die Wiener Industrie schafften, als auch die Gunst seiner sozialen Basis, des in Wien sehr zahlreichen Kleinbürgertums (Hautmann/Hautmann 1980: 21, Mattl 2000: 28), sichern sollte. Die Einnahmen der städtischen Betriebe machten bald 30% der kommunalen Gesamteinnahmen aus und die Zahl der Beschäftigten der Gemeinde Wien erhöhte sich von rund 2000 Beamten und einigen hundert Arbeitern auf über 30.000 Personen (Mattl 2000: 30). Somit war die Stadt Wien zur Zeit Luegers der größte Arbeitgeber der Monarchie. Bis heute spielt der große Sektor des öffentlichen Diensts in Wien eine wesentliche Rolle für die Besonderheiten in der Sozialstruktur der Stadtbevölkerung.

Für Mattl (2000: 122) wurde Wien durch Luegers Reformen, die eine flächendeckende Versorgung städtischer Infrastruktur erwirkten und somit ein stärker homogenes städtisches Gebiet schufen, zur „fordistischen Stadt“. Eingewandt sei allerdings, dass die technische Struktur der Wiener Industrie zu Zeiten Luegers und auch noch lange nach verhältnismäßig wenig „fordistisch“, d.h. auf der großindustriellen Fließbandproduktion basierend, war.

2.2.2 Wohnungsnot am Vorabend des Roten Wien

Das überaus schnelle Bevölkerungswachstum der Gründerzeit hatte Wien zur Zwei-Millionen-Metropole anwachsen lassen. Mit ihrem reichen kulturellen Leben galt sie als absolute Weltstadt. Doch das Wien der Belle Epoque, die Stadt von Sigmund Freud, Gustav Klimt oder Adolf Loos, von Cafe Central und Burgtheater, kannte auch ein anderes Gesicht. Die Wohnungsnot, ein Problem welches in dieser Zeit sämtliche europäische Großstädte betraf, nahm hier besondere Ausmaße an. Die so genannte „Wohnungsfrage“, neben der „sozialen Frage“ das zweite Kernthema innenpolitischer Auseinandersetzungen des späten 19. Jahrhunderts (Häußermann et. al. 2000: 85), war in Wien nicht nur für TagelöhnerInnen, und FacharbeiterInnen essentiell, sondern betraf auch viele Kleingewerbetreibende und niedrige Angestellte (John 1984: 76). Zwar hatte der Bauboom der Hoch- und Spätgründerzeit den Wohnungsbestand Wiens enorm anwachsen lassen, doch eine Linderung der Wohnungsnot bedeutete dies in vielen Fällen nicht. Im Gegenteil, denn eine Verbesserung der Wohnsituation der Mittel- und Oberschichten in der Innenstadt oder den Vorstädten konnte gleichzeitig eine Verdrängung der ArbeiterInnenschaft in die immer überfüllteren Mietskasernen der Vororte bedeuten.

Charakteristisch für viele Wohnhäuser der Gründerzeit war und ist die pompöse Außengestaltung. Doch hinter den reich mit Ornamenten aus verschiedenen europäischen Stilperioden verzierten Fassaden stellte sich die Wohnungssituation oft wenig prunkvoll dar. Eine 1917 durchgeführte Wohnungszählung ergab, dass ein Großteil, 73,21%, des Wiener Wohnungsbestandes aus Kleinwohnungen (höchstens ein Zimmer und ein Kabinett) bestand. Frappant ist auch die extrem niedrige Leerstandsrate von nur 1,49%. (Verwaltungsbericht 1923-28 zit. n. Weihsmann 2002: 21). Der Überbelag vieler ohnehin sehr kleiner Wohnungen wird durch den großen Anteil an UntermieterInnen und BettgeherInnen sichtbar. 1910 etwa beherbergten mindestens 22% der Wiener Einzimmerwohnungen Untermieter oder Bettgeher

(Danneberg 1921 zit. n. Frei 1984: 78). Nach zeitgenössischen Schätzungen hatten in ArbeiterInnenfamilien 58% der Menschen kein Bett für sich allein (ebd.).

Darüber hinaus waren die meisten Wohnungen – auch nach damaligen Maßstäben – sehr schlecht ausgestattet: Noch 1917 hatten 92% der Wiener Wohnungen keine eigene Toilette und 95% verfügten über keine Wasserleitung (Weihsmann 2002: 21) – stattdessen gab es üblicherweise ein WC und einen Wasseranschluss für mehrerer Hausparteien, die so genannte Bassena. Gas war im Jahr 1919 nur in 14%, elektrisches Licht nur in 7% der Wiener Wohnungen vorhanden (Riemer 1945: 43).

Die für heute undenkbare Binnenmobilität von großen Bevölkerungsteilen europäischer Großstädte der damaligen Zeit (Häußermann et. al. 2000: 62) war aufgrund kontinuierlich steigender Mieten⁸ und kaum vorhandenem Kündigungsschutz in Wien klar auszumachen. Bis zur Einführung des *Mieterschutzes* während des 1. Weltkriegs waren Wohnungswechsel sehr häufig. Vor 1914 zogen MieterInnen in den Vororten ökonomisch bedingt durchschnittlich ein Mal pro Jahr um (Mattl 2000: 132). Sieder (1988: 265) weist jedoch darauf hin, dass häufige Wohnungswechsel und soziale Verwurzelung im Quartier keine Widersprüche darstellten. Vor allem für die ArbeiterInnenschaft war ein gesamtstädtischer Wohnungsmarkt kaum vorhanden, gleichzeitig wurden aufgrund teurer öffentlicher Verkehrsmittel Wohnungen, von denen aus die Arbeitsstätte zu Fuß aus nicht erreichbar war, vermieden. Wohnungswechsel fanden daher *hauptsächlich innerhalb desselben Bezirks*, ja sogar desselben Stadtviertels statt (ebd.: 242). Sieder betont außerdem, dass der häufige Wechsel der Wohnung – anders als in der bürgerlich-philanthropischen und sozialdemokratischen Elendsberichtserstattung der damaligen Zeit oft dargestellt – angesichts der relativ einfachen Umzüge von ArbeiterInnenfamilien nicht zwangsläufig als besonderes Elend, sondern als legitime Strategie angesehen wurden, den Lebensstandard zu verbessern (ebd.: 263).

Für diese Untersuchung besonders interessant ist natürlich die Wohnsituation im 5. Bezirk. Eine durchschnittliche Wohnung bestand hier zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus Zimmer und Küche und beherbergte mehr als vier Personen, womit der Wohnungsbelag Margaretens im Vergleich mit anderen Bezirken überdurchschnittlich hoch war (Mayer 2009). 1900 gab es im 5. Bezirk in etwa 25.300 Wohnungen mit insgesamt 74.546 Wohnungsbestandteilen, davon 24.593 Küchen (folglich verfügte nicht einmal jede Wohnung über eine Küche), 30.283

⁸ Zwischen 1850 und 1914 verdreifachten sich die Mieten in Wien (Olsen 1988: 231 nach Garstenauer 2007: 113)

Zimmer, 15.656 Kabinette und 4.014 Vorzimmer (ebd.). Eine Kommission im Jahr 1900, welche die Wohnungsverhältnisse in Wien zu untersuchen hatte, kam zum Schluss, dass die Zustände nur im 10. und 11. Bezirk noch schlechter waren (Klusacek et. al. 2002: 110).

Durch den Ersten Weltkrieg erfuhr die Wohnungsnot in Wien eine weitere Verschärfung. Trotz abnehmender Bevölkerungszahl zum Ende des Kriegs aufgrund Abwanderung von MigrantInnen in die ehemaligen Kronländer und Rückgang der Geburtenrate herrschte weiterhin akuter Wohnungsmangel vor. Zum einem gab es auch eine Zuwanderung von deutschsprachigen Beamten, die aus den vorherigen Kronländern nach Wien abgeschoben wurden und vorher schon einen Zustrom von Kriegsflüchtlingen. Zum anderen machte sich ein Wandel in den Lebensformen bemerkbar, vor allem der Trend zur Bildung von Kleinfamilien erhöhte den Wohnungsbedarf (Mattl 2000: 126). Außerdem kam es nach Kriegsende zu einem steilen Anstieg der Eheschließungen (1917: 12.406, 1919: 27.593) und dadurch zu Neugründung von Haushalten. Nicht zuletzt verschärfte die drastische Reduzierung des privaten Wohnbaus während des Krieges und – vor allem in den innerstädtischen Bezirken – die Zunahme von Büroflächen (von amtlichen Zentralstellen des Staats und insbesondere des Militärs) auf Kosten der Wohnungen die Situation (Weihsmann 2002: 19). „Trotz sinkender Einwohnerzahl wurden paradoxerweise mehr Wohnungen gebraucht.“ (ebd.)

Soweit eine kurze Darstellung der Wohnungsnot im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert in Wien (mehr dazu etwa bei John 1984 oder Weihsmann 2002). Diese Bemerkungen waren notwendig, denn nur so ist zu verstehen, warum der Wohnungsbau im Roten Wien diese derart zentrale Bedeutung erfahren hat; sowohl in der praktischen Politik der Sozialdemokratie als auch in ihrer politischen Propaganda.

2.3 Das Rote Wien

2.3.1 Allgemeines

„Der gestrige Wahltag hat einen Sieg auf ganzer Linie gebracht. (...) Wien ist sozialdemokratisch (...) Zu Ende ist das bürgerliche Klassenregime. In voller Souveränität ergreift nun das Volk die Herrschaft, die soziale Demokratie zieht in das Rathaus ein. Rot flammt es am Horizont und kündigt den herrlichen, unwiderruflichen Sieg des Sozialismus an.“

Mit diesen Worten beschrieb die Arbeiterzeitung den Ausgang der Gemeinderatswahlen vom 4. Mai 1919 (Arbeiterzeitung vom 5.5.1919 zit. n. Frei 1984: 52). Zeilen, die typisch sind für die Wiener Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit, welche in hunderten Reden und Artikeln den Ausdruck „kommunaler Sozialismus“ verwendete, um ihre Politik in der österreichischen Hauptstadt zu kennzeichnen (Hautmann/Hautmann 1980: 90). Ein Ausdruck, der es bis in die Arbeiten zeitgenössischer HistorikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen geschafft hat, wenn auch unter Anführungszeichen.⁹ Soll der Begriff Sozialismus ein politisch-ökonomisches System bezeichnen, in dem Marktmechanismen weitgehend außer Kraft gesetzt sind, so hat das Wien der Zwischenkriegszeit selbstverständlich nichts damit zu tun. Die Wiener Wirtschaft funktionierte in den 20er und 30er Jahren ebenso nach kapitalistischem Muster wie jene Rest-Österreichs. Obwohl Forderungen nach einer Überwindung des Kapitalismus (d.h. nach einer totalen Umgestaltung der Produktion) in der österreichischen Rätebewegung nach dem Ersten Weltkrieg äußerst stark waren, verschob sich doch einhergehend mit der Konsolidierung der Macht der SDAP in Wien ihr Fokus auf die Sphäre der Reproduktion, wo konkrete kurz- und mittelfristige Interessen der UnternehmerInnen und der ArbeiterInnen miteinander konvergieren konnten (Sieder 1988: 411).

Und so konzentrierte sich die Wiener Sozialdemokratie auf die Sozialpolitik mit Schwerpunkt auf *Kinder- und Jugendfürsorge* (Kindergärten, Jugendhorte, Heime, Mutterberatungsstellen, Kinderspielplätze, Kinderspitäler etc.), die *Wohnbaupolitik* (mehr dazu unten), die *Gesundheitspolitik* (großer Anteil an Prävention, Bau von Bädern, Sportanlagen, Erholungseinrichtungen), die *Schulpolitik* (Bau von Schulen, kostenlose Unterrichtsmaterialien, neue Formen des Unterrichts – Gesamtschule der 10 bis 14-Jährigen, Beteiligung der SchülerInnen am Unterricht, Abschaffung des Religionsunterrichts, Einführung einer kostenlosen Erwachsenenbildung) und die *Kulturpolitik* (Volksbibliotheken und Kulturvereine) (Weihsmann 2002: 25f., siehe auch Leser 1998, Öhlinger 1993, Pelinka 1977).

Ideologischer Hintergrund der viel zitierten „Aufbauarbeit des Roten Wien“ war die Theorie des *Austromarxismus*, einer im Wesentlichen reformistischen Auslegung der Marx'schen Theorien, die eine Einführung des Sozialismus über den Weg einer sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit propagierte. Diese könne in erster Linie nur über eine Bewusstseinsveränderung der ArbeiterInnenklasse über die Mittel der Sozial- und besonders der Kulturpolitik erreicht werden. Eine Diskussion der austromarxistischen Theorie kann allerdings nicht Sinn

⁹ So spricht beispielsweise Matzl (2000: 24) vom „Kommunalsozialismus“ im „Roten Wien“

und Zweck dieser Arbeit sein, verwiesen sei lediglich auf einige eher sympathisierende (Frei 1984, Leser 1998) und eher kritische Darstellungen (Kulemann 1982, Hautmann/Hautmann 1980). Wenn AutorInnen wie Matzl (2000: 48) das Rote Wien lediglich als Beginn der „fordistischen Ära der Stadt“ interpretieren, d.h. als ein entstehendes, auf gleichförmiger Massenproduktion, umfassender infrastruktureller Versorgung und Orientierung auf der „Norm“ der Kleinfamilie basierendes Wohlfahrtsregime, so sollte, ohne diese Analyse zwangsläufig negieren zu müssen, der spezifische politische Hintergrund von Austromarxismus und Sozialdemokratie mitbedacht werden, der so in anderen europäischen Großstädten nicht gegeben war.

Für Pelinka (1977: 76) war das Rote Wien „*Austromarxismus in Aktion*“. „Das Subsystem Wien wurde von den Sozialdemokraten bewusst zu einem Muster austromarxistischer Politik gestaltet“ (ebd.: 67). In der Tat betrachtete die Führung der SDAP die Wiener Kommunalpolitik als den Ausdruck ihres sozialistischen Selbstverständnisses.¹⁰ Die Errungenschaften des Roten Wiens sollten den Einfluss der Sozialdemokratie in ganz Österreich stärken.¹¹

In ihrer „Aufbauarbeit“ stützte sich die Sozialdemokratie in Wien auf ein enorm dichtes Netz an Partei- und Vorfeldorganisationen, mit dem sie in der Zwischenkriegszeit einen Großteil der Wiener Bevölkerung in ihr System integrieren konnte. Stolz und wohl nicht ganz zu unrecht nannte sich die Wiener Landesorganisation der SDAP damals die „größte Parteiorganisation der Welt“. Von den 713.834 Mitgliedern, welche die Partei an ihrem Höhepunkt 1929 organisierten konnte, lebten über 400.000 in Wien (Öhlinger et. al. 1993: 28). Besonders stark war die Wiener Sozialdemokratie in der ArbeiterInnenschaft verankert: In der Hauptstadt waren 47 von 100 ArbeiterInnen in der SDAP organisiert (Männer 54%, Frauen 32%), 1931 waren von den 398.735 Wiener Parteimitgliedern, 303.342, also rund drei Viertel, abhängig beschäftigt. Etwa 61% waren manuelle ArbeiterInnen. (ebd.: 28). Zu den allgemeinen, nach Bezirksteilen geordneten, Sektionen der Partei, den Kinder- und Jugendorganisationen und den von ihr kontrollierten „Freien Gewerkschaften“ in den Betrieben gesellte sich zusätzlich noch eine große Zahl unterschiedlichster Vorfeldorganisationen, von den „Arbeiter-Fischern“ und den „Arbeiter-Turnern“ über den „Arbeiter-Esperantobund“ oder den

¹⁰ Robert Danneberg, ein führender Politiker im Roten Wien, schrieb 1930: „Der Kapitalismus kann nicht von den Rathäusern aus beseitigt werden. Aber große Städte vermögen schon in der kapitalistischen Gesellschaft ein tüchtiges Stück sozialistischer Arbeit zu leisten.“ Die Arbeit der sozialdemokratischen Stadtverwaltung wäre somit gleichsam auch „Werbearbeit für den Sozialismus im höchsten Maße“ (Danneberg 1930: 80)

¹¹ So lautete etwa ein Wahlslogan von 1930: „Vom Roten Wien zum Roten Österreich!“

„Arbeiter-Radiobund“ bis hin zur „Zentralstelle für sozialistische Individualpsychologen“ (ebd.: 144f.).

2.4 Wohnbau im Roten Wien

Die Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien in der Zwischenkriegszeit soll hier nur insofern beschrieben werden, als es dem weiteren Verständnis dieser Arbeit dient. Detaillierte Darstellungen finden sich unter anderem bei Hautmann/Hautmann 1980, Öhlinger et. al. 1993 oder Weihsmann 2002.

Mit ihrem Wohnbauprogramm wurde die Wiener Kommunalpolitik in den 20er Jahren weit über die Grenzen Österreichs bekannt. Noch heute wird ihm von zahlreichen ExpertInnen ein hoher, sowohl sozialpolitischer als auch architektonischer, Stellenwert eingeräumt. Die Wohnbaupolitik war zweifelsohne Herzstück und Flaggschiff des Roten Wien. In einem Zeitraum von weniger als 15 Jahren errichtete die Gemeinde Wien rund 65.000 Wohnungen für etwa ein Achtel der damaligen Wiener Bevölkerung. „Nirgendwo sonst in Europa wurde in so kurzer Zeit so viel geschaffen“ (Weihsmann 2002: 99).

2.4.1 Voraussetzungen und Finanzierung

Zwei Voraussetzungen für das groß angelegte Wiener Wohnbauprogramm werden regelmäßig angeführt:

1. Die Einführung eines Mieterschutz-Gesetzes während des Ersten Weltkriegs
2. Die Steuerhoheit Wiens durch die Festlegung als eigenes Bundesland 1923

Friedrich Adler bezeichnete den Mieterschutz als „vielleicht wichtigste materielle Voraussetzung für die spätere sozialdemokratische Gemeindearbeit“ (zit. n. Frei 1984: 82). Die „Verordnung über den Schutz der Mieter“ wurde am 26. Januar 1917 als Teil von Maßnahmen Kaiser Karls erlassen, welche die sich radikalisierte österreichische ArbeiterInnenschaft während des Krieges beschwichtigen sollte (Hautmann/Hautmann 1980: 23). Es enthielt zwei sich gegenseitig bedingende Maßnahmen: Die Einschränkung des Kündigungsrechts bis auf wenige Gründe und das Verbot willkürlicher Erhöhungen des Mietzinses wurden während und nach dem Ende des Krieges mehrfach erweitert und damit faktisch zum Mietrecht (ebd.: 26).

Die oben zitierte Einschätzung Adlers bezieht sich auf die Auswirkungen des Mieterschutzes:

- Der Verfall der Rentabilität von Haus- und Grundeigentum durch das Einfrieren der Mieten (Mattl 2000: 126). „Bei sinkendem Geldwert wurden die Mieten nahezu nullifiziert, die Wohnung verlor ihren Warencharakter“ (Novy 1979: 14 zit. n. Weihsmann 2002: 34). Dies ermöglichte es der Gemeinde Wien, billig Land zu erwerben (Hautmann/Hautmann 1980: 111, Weihsmann 2002: 33f.).¹²
- Die Mitte der 20er Jahre im Vergleich zum restlichen Preisniveau extrem niedrigen Mieten sicherten der Sozialdemokratie einerseits die Sympathie nicht nur der ArbeiterInnenschaft, sondern auch gewichtiger Teile des Wiener Kleinbürgertums (LadenbesitzerInnen, HandwerkerInnen, KaffeehauswirtInnen etc. – Frei 1984: 82) und andererseits senkten sie die Kosten der Reproduktion der Ware Arbeitskraft massiv¹³, was die Wiener Exportindustrie beflügelte (Hautmann/Hautmann 1980: 118) und die Einführung verschiedener Steuern, wie etwa der Wohnbausteuer, erlaubte.

Die Wohnbausteuer – benannt nicht nach dem, was sie besteuern, sondern nach dem, was sie finanzieren sollte – war neben diversen Steuern auf „Luxus“ *die* Stütze des Wiener Wohnbauprogramms und zwar nicht unbedingt in finanzieller, sondern vor allem auch in *ideologischer* Hinsicht. Denn die stark progressive Steuer (80% der MieterInnen waren von ihr gänzlich unberührt, nur 402 Personen gehörten zur obersten Kategorie) auf Mietobjekte spielte nur etwa ein Drittel der Kosten des sozialen Wohnbaus ein (Hautmann/Hautmann 1980: 46f.). Nicht zufällig findet sich auf den meisten Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit die Aufschrift „erbaut aus den Mitteln der Wohnbausteuer“. Die SDAP argumentiert nicht abstrakt, sondern höchst plakativ. Luxuswohnungen in Ringstraßenpalais würden den Bau von Sozialwohnungen in „Arbeiterpalästen“ finanzieren.¹⁴ Möglich wurde die Einführung der Wohnbausteuer nur durch die Festschreibung Wiens als eigenes Bundesland ab dem 1. Januar 1923,

¹² Nach 1922 verkauften viele Bodenspekulanten ihre mehr oder minder wertlos gewordenen Flächen, oft zu 10-15% des Wertes von 1914 (Danneberg 1930: 63). Die Gemeinde konnte dadurch in den Zwanziger Jahren 38,9% der gesamten Stadtflächen erwerben.

¹³ Der Aufwand für Wohnen hatte vor dem Krieg durchschnittlich 25% des Nettoeinkommens eines Arbeiters betragen, in den 20er Jahren nur mehr um die 2%.

¹⁴ Charakteristisch dafür auch ein Zitat des Finanzstadtrates Hugo Breitner: „Die Betriebskosten der Kinderspitäler decken die Steuern aus den Fußballspielen, die Betriebskosten der Schulzahnkliniken liefern die vier größten Wiener Konditoreien, Demel, Gerstner, Sluka und Lehmann. Die Schulärzte zahlen die Nahrungs- und Genussmittelabgabe des Sacher. Die gleiche Abgabe vom Grand-Hotel, Hotel Bristol und Imperial liefert die Aufwendungen für die Kinderfreibäder. Das städtische Entbindungsheim wurde aus den Steuern der Stundenhotels erbaut und seine Betriebskosten deckt der Jockey-Klub mit den Steuern aus den Pferderennen.“ (Hugo Breitner 1927 zit. n. Reppé 1993: 16)

denn spezielle Steuern waren, abseits irrelevanter kommunaler Abgaben, nur durch eine eigene Landesgesetzgebung möglich.

Zu guter Letzt sollte nicht vergessen werden, dass sich für die Stadtverwaltung im Roten Wien die noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammende technische Infrastruktur (Massenverkehrsmittel) als hinreichend erwies und so zusätzliche Ressourcen für den sozialen Wohnbau frei wurden (Eigner/Resch 2003: 19). Während andere Städte U-Bahnen bauten, konzentrierte man sich in Wien gänzlich auf die Errichtung von Wohnhäusern, für die zu Hochzeiten bis zu 26% des Gemeindebudgets aufgewendet wurden (Mattl 2000: 46).

2.4.2 Quantität und Qualität

Die politischen und ökonomischen Voraussetzungen gegeben, entschloss sich die sozialdemokratische Gemeinderegierung 1923, innerhalb von fünf Jahren 25.000 neue Wohnungen errichten zu lassen. Nachdem das Ziel bereits 1927 erfüllt worden war, wurde ein neuer Soll von jeweils 5.000 Wohnungen pro Jahr aufgestellt. Von 1923 bis 1933, also in einem Zeitraum von 10 Jahren, entstanden 58.667 Wohnungen und 5.257 Vorstadthäuser, insgesamt also 64.934 Wohnungen (Weihsman 2002: 99). 1933 lebten rund 200.000 WienerInnen in den unter der Direktion der Stadtgemeinde erbauten Wohnhausanlagen und Siedlungshäusern (Mattl 2000: 46).

Beachtenswert war allerdings nicht nur das quantitative Ausmaß des Wohnungsbaus. Auch die Ausstattung der Wohnungen und der Gemeindebauten insgesamt war in Hinblick auf die Wohnverhältnisse breiter Bevölkerungsteile zur damaligen Zeit geradezu „revolutionär“. Alle Wohnungen beinhalteten einen Vorraum (man betrat die Wohnung also nicht, wie in den gründerzeitlichen Mietskasernen üblich, direkt durch die Küche), einen Abort mit Wasserspülung, eine sehr funktionelle Wohnküche samt Gasherd, elektrische Beleuchtung, einen Koksöfen zum Heizen, sowie eine Keller- bzw. Bodenabteilung. Ebenfalls eine bahnbrechende Neuerung gegenüber dem typischen Gründerzeithaus war die Tatsache, dass sämtliche Zimmer direkt beleuchtet wurden, also entweder in Richtung Straße oder in Richtung eines großzügig angelegten Innenhofes ausgerichtet waren. Viele Wohnungen hatten auch einen – für Wien bis dahin eher untypischen – Balkon. Verzichtet wurde hingegen auf Aufzüge sowie Badezimmer und Zentralheizung in den Wohnungen.

Ein Kritikpunkt war die Größe der Gemeindewohnungen. Bis 1926 waren 75% aller Wohnungen 38m² groß, der Rest hatte 48m², was damals unter dem Standard westeuropäischer Länder lag (Hautmann/Hautmann 1980: 141). Nach Kritik am internationalen Städtebaukongress von 1926 (Machart 1984: 30) gab es ab 1927 vier verschiedenen Kategorien: 21m², 40m², 49m² und 57m². Dennoch: „Die Wohnflächen der neuen Wohnungen waren kaum größer als die der verhassten Wohnungen in den ‚Zinsburgen des Kapitals‘, aber sie wurden eben von weniger Menschen in Anspruch genommen, und das war ein Fortschritt.“ (Häußermann et. al 2000: 137)

2.4.3 Infrastruktur und Gemeinschaftsrichtungen

Bis heute Beachtung finden jedenfalls die zahlreichen infrastrukturellen und gemeinschaftlichen Einrichtungen in den Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien. Darunter 33 maschinelle Zentralwäschereien mit 830 Waschständen, 62 Badeanlagen, 55 Kindergärten, mehrere Jugendämter und städtische Horte, 17 Krankenkassenambulatorien, fünf Tuberkulosefürsorgestellen, 14 Mutterberatungsstellen, acht Schulzahnkliniken, 66 Büchereien bzw. Vortragsäle, vier Turnsäle und 74 Zweiganstalten von Konsumgenossenschaften. (Das Wohnungswesen der Stadt Wien: 9 n. Hautmann/Hautmann 1980: 140). Riemer (1945: 44) spricht von 35 Wäschereien, 63 Bädern, zwei Turnhallen, 49 Kindergärten, elf Kinderhorten, 16 Mutterberatungsstellen, neun Tuberkulosefürsorgestellen.

Die Gemeindebauten des Roten Wien sollten nicht bloß Schlafstätten sein, sondern über eine eigene, mehr oder weniger autarke, Infrastruktur verfügen. Dahinter stand ein (bildungs-)politischer Anspruch der Sozialdemokratie, die über integrales Wohnungen Gemeinschaftsgefühl, Solidarität und so etwas wie eine „proletarische Gegenwelt“ schaffen wollte. Verständlich wird diese Haltung besonders in Hinblick auf die oben erwähnte klein- und mittelbetriebliche Struktur der Wiener Wirtschaft. Denn wenn die marxistische Theorie behauptete, das proletarische Klassenbewusstsein am ehesten dort entstehen konnte, wo hunderte oder gar tausende ArbeiterInnen auf engem Raum zusammenkommen, also in der modernen Industrie, so hatte die Sozialdemokratie in Wien natürlich ein gewisses Problem. Unter der Annahme, dass sich in einem durchschnittlichen Gemeindebau wahrscheinlich mehr ArbeiterInnen aufhalten würden als in einem durchschnittlichen Wiener Betrieb, war es logisch, dass die SDAP gerade auch über diesen Weg versuchte, Menschen in ihre Bewegung zu integrieren.

Inwieweit dieses Ziel, die Schaffung „proletarischer Solidarität“, allerdings gelungen ist, ist aufgrund des hierzu eher wenig entwickelten Forschungsstandes schwierig zu beantworten. So postulieren etwa Häußermann et. al. (2000: 19), dass die Gemeinschaftsbadehäuser des Roten Wien nur schlecht angenommen wurden, da die ArbeiterInnen damals schon jene Scham- und Peinlichkeitsschwellen entwickelt hatten, die sie davor zurückschrecken ließen, das Bad mit anderen HausgenossInnen gemeinsam zu benutzen. Pirhofer vermutet aufgrund der kaum vorhandenen Beschreibung über die Inanspruchnahme der Gemeinschaftseinrichtungen in den Gemeindebauten, dass diese eben auch nur wenig genutzt worden wären:

„Im Gegensatz zu den zahlreichen emphatischen Beschreibungen und Zahlen-Reihen der Größe, der technischen und hygienischen Ausstattung und der Leistungskapazität der Zentralwaschanlagen, Brause- und Wannensäulen, Kindertagesstätten und –gärten usw. finden sich im offiziellen Diskurs der Gemeinde Wien auffallend wenig Hinweise zur realen Nutzung dieser Einrichtungen“ (Pirhofer 1978 zit. n. Frei 1984)

Auch die Studie von Käthe Leichter über das Leben von Wiener Industriearbeiterinnen in den 30er Jahren kann ein wenig Aufschluss über diese Frage geben. Leichter, die 1932 1.320 IndustriearbeiterInnen befragt hatte, beschreibt die vergleichsweise geringe Inanspruchnahme von Gemeinschaftseinrichtungen wie Kinderaufsichtsstätten in den Gemeindebauten (Leichter 1932: 95f.). Leichter, selbst sozialdemokratische Frauen- und Gewerkschaftspolitikerin, stellt fest: „Auch gegen die Zentralwaschküche besteht Widerstand: (...) Ja, sogar die Bewohnerin eines Gemeindehauses spricht sich gegen die Zentralwaschküche, die im Hause besteht, aus: ‚Weil man sich zuviel abhetzt.‘“ (Leichter: 86). Die Befragte deutet damit auf die heute vielfach kritisierten strengen Regeln und Vorschriften in den Gemeindebauten hin (siehe dazu Sieder 1988: 426-433). Im Fall der Waschküchen hieß dies, dass deren Benutzung nur zu rigide festgelegten Zeiten möglich war. Außerdem durften Kinder nicht mit in die Waschküche genommen werden, was für viele Mütter ein grobes (Beaufsichtigungs-)Problem darstellte. Aus heutiger Sicht hochproblematisch ist jedenfalls der Umstand, dass die einzigen Männer, denen der Zutritt zur Waschküche erlaubt war, die Waschküchenmeister waren (Kofler 2004: 111) – ein aufschlussreiches Zeichen des realen Frauenbildes der SDAP abseits aller theoretischen Proklamationen.

Die in der Literatur im Zusammenhang mit den infrastrukturellen Einrichtungen der Gemeindebauten im Roten Wien häufig aufgestellte Behauptung von der Verreglementierung der Höfe wird durch Frau B. auch für den Reumannhof bestätigt. Sie kann sich noch gut an den Mann der Hausbesorgerin erinnern, der sie als Kind immer wieder harsch ermahnte hätte, nicht den Rasen im Hof zu betreten:

„Raus aus dem Gras! Wir waren noch gar nicht drinnen. Schau, es war eingeteilt. Wir haben Klopfsteine gehabt. Drei Mal in der Woche hast du dürfen Klopfen gehen nur von 8 bis 10. Die, die gearbeitet haben, haben dürfen am Samstag. Mistausleeren haben wir da im Reumannhof gehen können auf der 4er-Stieg'n. Im Keller, da waren die Mistkübeln. Da hast dir von der Hausbesorgerin den Schlüssel holen müssen – aber auch nur bestimmte Zeiten“ (Interview mit Frau B.: 3f.).

Kinder, die trotz des Verbots die Rasenanlagen betreten, konnten vom Hausmeister beim sogenannten Wohnungsinspektor¹⁵ gemeldet werden, was allein als Drohung oft ausreichte. (Sieder 1988: 433). Schließlich konnte bei groben Verstößen gegen die relativ strenge Hausordnung die Gemeindewohnung entzogen werden. An die Befürchtungen ihrer Stiefmutter, die begehrte Wohnung im Reumannhof zu verlieren, kann sich Frau B. noch erinnern:

„12 Jahre war ich da, so im 36er-Jahr war das, da bin ich an einer Lungenentzündung gelegen. Und meine Mutter hat gesagt: Tut mir leid! Die hat mich eingepackt, da hat müssen die Wohnung zusammengeräumt sein um 7 oder 8 Uhr in der Früh, weil's gewusst hat, der Hausinspektor kann kommen ... Ja, die hat sich gefürchtet, dass sie die Wohnung verliert, wenn irgendwas nicht passt.“ (Interview mit Frau B.: 10)

2.4.4 Architektur

In der akademischen Debatte zum Wohnungsbau des Roten Wien nimmt die Diskussion über die Architektur der Gemeindebauten einen breiten Raum ein (siehe etwa Bramhas 1987, Weihsmann 2002), weshalb hier nur einige Anmerkungen gemacht werden sollen, sofern sie von soziologischem Interesse sind. Generell ist zu sagen, dass – und hier sind die ArchitekturtheoretikerInnen im Großen und Ganzen einig – obwohl die Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit von rund 200 ArchitektInnen geplant wurden und sowohl große individuelle als auch zeitbedingt-„modische“ Unterschiede aufweisen, diese überraschenderweise architektonisch unverwechselbar sind. Jeder künstlerisch interessierter Laie könne die Gemeinbauten der Ersten Republik „praktisch auf den ersten Blick“ erkennen und von anderen Wohnhäusern unterscheiden, meinen etwa Hautmann und Hautmann (1980: 204). Auffallend ist die gemeinhin expressive und oft monumentale Architektur, die einen „wehrhaften, drohenden Charakter“ vermitteln sollte, „der den Machtanspruch einer klassenbewussten, kämpferischen Arbeiterklasse suggerieren sollte“ (Weihsmann 2002: 152). Es ging um „die Eroberung des öffentlichen Raums als Bühne des Politischen. (...) Wenn der größte aller Gemeindebauten ausgerechnet auf eine freie Wiese im Nobelbezirk Döbling gesetzt oder die eleganteste aller Badeanstalten mitten im Arbeiterbezirk Favoriten errichtet wurde, so handelte es sich immer um die Erzeugung öffentlicher, sprechender Bilder.“ (Stachel/Wiegner 2006).

¹⁵ Dieser besuchte einmal im Monat den Hof und konnte unangemeldet stichprobenartig Wohnungen inspizieren. Unter anderem wurde der Zustand von Böden, Fenstern oder Türen untersucht (Sieder 1988: 426).

Dissens herrscht eher in der Einschätzung bzw. in der unterschiedlichen Intensität der Kritik am architektonischen Anspruch des Roten Wien. Während etwa Hautmann und Hautmann dem „sozialistischen Realismus“ (1980: 217) des Roten Wien zubilligen, er hätte den Anspruch gehabt, die übliche Trennung zwischen „Schönem“ und „Nützlichem“ aufzuheben (ebd.: 220) und dementsprechend den „kleinstmöglichen Widerspruch“ zwischen Inhalt und Form aufzuweisen (ebd.: 214), knüpfen Autoren wie Weihsmann an die bereits damals vorhandene Kritik an den Anleihen bei „bürgerlichen Kultur“ an. Die architektonische Gestaltung der Gemeindebauten sei „bewusst konservativ und traditionsbewusst“, knüpfe an „Hoheitsformen einer feudalistischen Herrschaftsarchitektur“ an (Weihsmann 2002: 95) und kultiviere in einer „Kombination von ausdrucksvollem Monumentalismus und gemütlichem Zu-Hause-Fühlen (...) eine typische Wiener Eigenart der Staatsfrömmigkeit und Unterwürfigkeit“ (ebd.: 115).

Lässt man die Diskussion um die Ausdrucksformen der Gemeindebau-Architektur einmal beiseite, so stechen einige bauliche Charakteristika ins Auge, die, im Sinne der „sozialen Relevanz des Raums“ auch für soziologische Fragestellungen von großem Interesse sind. So liegen die Stiegenhauszugänge prinzipiell im Hof, welcher zumeist durch ein oder mehrere große Tore erschlossen wird (Bramhas 1987: 39).¹⁶ Symbolisiert werden sollte damit eine Abkehr von außen, von der „bürgerlichen Gesellschaft“ und eine Konzentration auf das „proletarische Gemeinschaftsleben“; in der Realität spielte die Architektur wohl der sozialen Kontrolle durch Autoritäten wie Hausbesorger zu (siehe dazu Sieder 1988: 426-433).

Allerdings sollten auch rein funktionale Gesichtspunkte nicht außer Acht gelassen werden. Zum Beispiel konnten sich kleine Kinder im Hof zum Spielen treffen, ohne die Straße überqueren zu müssen und waren trotzdem unter der Aufsicht ihrer Eltern. Ein weiteres besonderes Merkmal ist der geringe Bebauungsgrad der zumeist allseitig umschlossenen Höfe. Während – die Bauordnung von 1883 erlaubte dies – etliche Gründerzeithäuser bis zu 85% der Grundstückfläche einnahmen, wurde dieser Wert in der ersten Bauphase der Gemeinde Wien ab 1923 auf 60% herabgesetzt und betrug später noch weniger (Machart 1984: 23). Ein Bebauungsgrad von rund 25%, wie beim Karl Marx Hof oder beim George Washington Hof, hatte natürlich eine große Bedeutung für die Gestaltung von Arealen, die der Erholung, Unterhaltung oder sogar der politischen Mobilisierung dienen konnten. Beispielsweise fanden in größeren Höfen immer wieder kulturelle und sportliche Aktivitäten statt (Öhlinger et. al. 1993:

¹⁶ Es gibt allerdings einige Ausnahmen bei kleineren Gemeindebauten, wo aufgrund der geringen Grundstücksfläche kein großer Hof möglich ist.

69, Kofler 2004: 127). Im Bürgerkriegsfall konnten sie als Aufmarschgebiet des Schutzbundes fungieren.

2.4.5 Nachfrage und Vergabepolitik

Für die Untersuchung der Sozialstruktur der ausgewählten Gemeindebauten ist eine Darstellung und Analyse der Vergabepolitik der Wohnungen seitens der Gemeinde Wien unerlässlich. Offiziell fand die Zuteilung von Gemeindewohnungen, durchgeführt vom Wohnungsamt der Stadt Wien, nach einem differenzierten Punktesystem statt. Die Vergabe orientierte sich nicht am formellen Einkommen der BewerberInnen, sondern am tatsächlichen Bedarf. Die sich bewerbenden Personen wurden in leichte (1-5 Punkte), mittlere (5-9 Punkte) und schwere (10 oder mehr Punkte) Bedürftigkeitsklassen eingeteilt (Weihsman 2002: 37).

Tabelle 2: Punktesystem zur Vergabe von Gemeindewohnungen im Roten Wien

Staatsbürger	1	Invaldität 66-90%	2
In Wien geboren	4	Halbinvaldität weniger als 66%	1
Heimatberechtigt in Wien	1	Kündigung	5
In Wien seit 1. August 1914 ansässig	3	Untermieter	2
In Wien erst seit einem Jahr ansässig	1	Bettgeher	2
Jung vermählt	1	Wohnungshygiene	1-2
Mehr als 1 Jahr vermählt	2	Unbewohnbarkeit	5
Lebensgemeinschaft	1	Obdachlosigkeit	5
Pro Kind unter 14 Jahren	1	Küchenmangel	1
Pro Kind über 14 Jahren	2	Überbelegung der Wohnung	1
Getrennter Haushalt	2	Krankheit im Zusammenhang mit Wohnverhältnissen	1
Schwangerschaft	1		
Kriegsbeschädigt	5		

Quelle: Hardy, Charles O. (1934): The Housing Programme of the City of Vienna, Washington D.C. zit. n. Weihsman 2002: 37. Anmerkung: Die Kategorien in der Quellangabe sind nicht disjunkt.

So gab es Punkte für Obdachlosigkeit, Überbelag oder mangelnde Hygiene in der bisherigen Wohnung. Stark bevorzugt wurden aber auch vor allem kinderreiche Familien. Weiters wurden „geordnete“ Partnerschaftsverhältnisse begünstigt, ein Hinweis auf die in der sozialdemokratischen Bewegung vorherrschende Sexualmoral. Eine Diskriminierung von AusländerInnen, wie in den letzten Jahrzehnten Usus, fand kaum statt, für die österreichische Staatsbürgerschaft gab es nur einen Punkt, allerdings wurden in Wien Geborene mit vier Punkten stark privilegiert (nichtsdestotrotz konnten sich AusländerInnen bewerben und hatten eine reale Chance auf eine Gemeindewohnung!). Die Tatsache, dass in der Zwischenkriegszeit WienerInnen, nach 1945 aber ÖsterreicherInnen, im Allgemeinen bevorzugt wurden, hat mit dem Unterschied zwischen dem kommunalen Wohlfahrtsregime in der Zwischenkriegszeit und dem nationalen Wohlfahrtsregime in der Nachkriegszeit zu tun.

Verschiedene AutorInnen postulieren, dass abseits der offiziellen Kriterien die Mitgliedschaft in der SDAP Vorteile brachte (vgl. Bramhas 1987, Weihsmann 2002).

„Pluspunkte brachte sicher Engagement in der sozialdemokratischen Partei und es kann angenommen werden, dass das Punktesystem nicht immer streng nach der Bedürftigkeit der bewerbenden Personen angewandt wurde (Weihsmann 2002: 38).

Allerdings, so Weihsmann, war das formelle Vergabesystem „auf keinen Fall bloß kosmetisch“ (ebd.). Auch innerhalb der einfachen Bevölkerung herrschte über Jahrzehnte hinweg der Glaube, dass man nur als Mitglied der sozialdemokratischen Partei zu einer Gemeindewohnung käme. Auch Frau B. ist dieser Ansicht:

„*Fast alle waren nur Sozialdemokraten da. (...) Weil in den Gemeindebauten waren ja die meisten Roten, weil du hast ja nur als Roter eine Wohnung gekriegt.*“ (Interview mit Frau B.: 3, eigene Hervorhebung)

Vermutungen, die zwar plausibel klingen, die aber naturgemäß schwer nachzuweisen sind. Andererseits könnte aber auch davon ausgegangen werden, dass Gemeindewohnungen gerade an jene Personen, vor allem ArbeiterInnen, vergeben wurden, die *noch nicht* in der sozialdemokratischen Partei organisiert waren, die die SDAP durch die Vergabe von den Errungenschaften der sozialdemokratischen Bewegung überzeugen wollte. Ein diese Hypothese stützender Hinweis findet sich zum Beispiel in einem Interview mit drei ehemaligen Schutzbundkämpfern, die über innerparteiliche Situation in den 20er Jahren berichten:

„Da sind doch damals die großen Gemeindebauten gebaut worden. (...) Und da hab' ich einmal gehört auf einer Schutzbund-, genauer gesagt einer Wehrtornerversammlung, wie der Herr Bezirksvorsteher angefragt worden ist, warum bei der Wohnungsvergabe auf unsere Genossen immer vergessen wird. Und da hat der wörtlich gesagt - das hab' ich mir gemerkt: *„Wir müssen schauen, daß die Leut', die noch nicht bei der Partei sind, Wohnungen kriegen! Nicht die Genossen, die eh schon da sind, die sind eh*

schon bei der Partei! Und das war damals ein allgemeiner Standpunkt! Wir Genossen sind immer leer ausgegangen! Man soll natürlich nicht zu einer Partei gehen, damit man eine Wohnung kriegt, aber genau das haben sie gemacht! Das war irgendwie so einer der Punkte, die einen halt stutzig gemacht haben“ (Scharinger 1996, eigene Hervorhebung).

Die Etablierung einer Vergabe-Bürokratie war deswegen notwendig, weil Gemeindeforderungen – und das ist wichtig zu betonen – „für das Non-Plus-Ultra’ des Arbeiterwohnens“ (Sieder 1988: 263) gehalten wurden, wie Gespräche mit ZeitzeugInnen zeigen (vgl. ebd.). Da die Wohnungen als derart fortschrittlich angesehen wurden, existierten entsprechend lange Wartelisten (Danneberg 1930: 52). Auch Frau B., die aus einer ärmlichen Familie mit acht Kindern aus dem 12. Bezirk stammt, kann diesen Eindruck bestätigen, wenn sie darüber spricht, wie der Reumannhof bei seiner Eröffnung betrachtet wurde:

„Ja, sag ich ja, das war ein *Palais* [sic!]. Ich weiß von meiner Mutter, bis zum Schluss, eine Zentralwaschküche, die hätte sich alle Zähne abgeschleckt, hat gesagt, so eine Zentralwaschküche möchte ich auch und ein Wasser und ein Klo in der Wohnung. Das musst du erleben.“ (Interview mit Frau B.: 9)

2.4.6 Images und Projektionen

Die verschiedenen sozialen AkteurInnen im Wien der Ersten Republik vertraten in Bezug auf den Gemeindebau sehr unterschiedliche Zugänge, Ansprüche und Ansichten. Während sozialdemokratischen FührerInnen den Anspruch hatten, mit dem kommunalen Wohnbau nicht nur billigen Wohnraum zu schaffen, sondern auch zur Erziehung eines „neuen Menschen“ beizutragen (auch wenn die Realität eher anders aussah) und die „veredelnde Wirkung dieser Wohnungen auf die Menschen“ (Riemer 1945: 44) postulierten, war der Zugang jener, die in die Gemeindebauten einzogen bzw. einziehen wollten, eher pragmatischer Natur. Man fokussierte auf die materiellen Vorzüge gegenüber dem Gründerzeithaus. Allerdings weist etwa Sieder (1988: 190) darauf hin, dass der Gemeindebau von der ArbeiterInnenschaft nicht nur ästhetisch akzeptiert, sondern sogar bewundert wurde (was wohl mit auch mit der vertraut-konservativen Architektursprache bei Bauten wie dem Reumannhof zu tun hat).

Die Eröffnung neuer Gemeindebauten wusste die sozialdemokratische Stadtverwaltung als große Feste zu inszenieren. Der Matteottihof zum Beispiel wurde am 17. Juni 1928 mit einer riesigen Feier eröffnet, an der sogar Gäste aus Italien und Deutschland teilnahmen. Es gab Reden, Platzkonzerte und einen Fackelzug. Eine „beinahe beängstigend große Menschenmenge“ wohnte den Feierlichkeiten bei. (Spitznagel 2002: 61)

Um die „Errungenschaften des Roten Wien“ in alle Welt hinauszutragen, lud die SDAP immer wieder Gäste in die Gemeindebauten ein. Beispielsweise wurden während der Zweiten Arbeiterolympiade 1931 ein Teil der angereisten SportlerInnen und sonstigen BesucherInnen im Matteottihof untergebracht. 70 Ungarn, zehn Deutsche, zwei Engländer und 75 Kinder aus den österreichischen Bundesländern wohnten hier vorübergehend (ebd.: 63).

Einen etwas pragmatischeren Zugang zu den Gemeindebauten als die SDAP-Führung dürften die ArchitektInnen selbst gehabt haben. Die 22 beamteten ArchitektInnen der MA 22 (Hochbau) sowie die über 190 freischaffende ArchitektInnen (darunter nur zwei Frauen: Ella Briggs und Margarete Schütte-Lihotzky), die zwischen 1919 und 1934 mit der Planung der städtischen Wohnbauten beauftragt waren, dürften der sozialdemokratischen Bewegung unterschiedlich nahe gestanden sein. Die meisten waren keine Parteimitglieder, sympathisierten aber, wie viele Wiener Intellektuelle, mit der SDAP. Auffallend viele waren Schüler Otto Wagners, darunter auch Hermann Aichinger, Heinrich Schmid und Hubert Gessner, die Architekten der hier behandelten Gemeindebauten (Weihsmann 2002: 132). Vor allem Gessner hatte sehr enge Verbindungen zur Sozialdemokratie, schließlich übernahm er auch schon vor 1918 einige wichtige Aufträge von eben dieser, wie etwa das Arbeiterheim Favoriten (1902) oder die alte Parteizentrale an der rechten Wienzeile (1910). Im „Roten Wien“ durfte er etliche sehr prestigeträchtige Gemeindebauten planen, beispielsweise den Karl-Seitz-Hof in Floridsdorf, den Lassallehof in der Leopoldstadt oder den Reumannhof. Laut Hautmann/Hautmann (1980: 206) hat er den „Gemeindebaustil geradezu ‚erfunden‘“, doch schon Zeitgenossen kritisierten seinen pompösen Stil. Mit dem Begriff des „Volkswohnungspalast“ polemisierte etwa der Gemeindebau-Architekt Josef Frank den seiner Ansicht nach unzeitgemäßen Stil und Charakter der Wohnbauten Gessners.

Politische GegnerInnen der Sozialdemokratie übten scharfe Kritik am kommunalen Wohnbau, welche wohl sehr oft darauf zurückzuführen war, dass man das neue Selbstbewusstsein der ArbeiterInnenbewegung, das baulich manifestiert in den Gemeindebauten überall in der Stadt präsent war, nicht verkraften konnte. So wurden einerseits Ästhetik und Qualität kritisiert, andererseits der SDAP wahltaktische und militärische Intentionen unterstellt Hautmann/Hautmann (1980: 144). Beispielhaft dafür ist eine Polemik des der Heimwehr nahe stehenden Journalisten Eli Rubin, der 1930 unter dem Pseudonym Sozius die Broschüre „Lenin in Wien“ veröffentlichte:

„Die asiatische Pest des Marxismus hat Österreich ergriffen (...) Asiatische Gehirne haben einen wüsten Götzendienst aus Menschenhaß und Gier ausgebrütet, wie aus

beklemmend riechenden Opiumhöhlen dunstet Übles aus den Raubburgen des österreichischen Marxismus“ (Sozius 1930: 3 zit. n. Hautmann/Hautmann 1980: 143)
In Wien, so Rubin,

„türmen sich, zyklopenhaft aufgeschichtet, die Würfelkolosse der marxistischen Wohnbauten, zumeist blutigrot, dunkelrot wie frisch vergossenes Blut (...) Diese ganze Stadt ist eine einzige furchtbare Festung! (ebd.)

Die Gemeindebauten wären

„Kasernen des organisierten Proletariats, massig und mit endlosen Fronten, mit Öffnungen, die eher Schießscharten als Fenster, mit weiten, kahlen Höfen, die eher Exerzierplätze und mit Wohnungen, die eher Kasematten sind“ (ebd.: 9)

2.5 Exkurs: Margareten und das Rote Wien

In Margareten lassen sich nicht nur die verschiedenen Phasen des sozialen Wohnbaus in Wien beobachten, der Bezirk ist auch von Anfang an sehr stark mit der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung und dem Roten Wien verbunden. Seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts existierten hier sozialistische „Bildungs- und Geselligkeitsvereine“, die sich jedoch noch nicht sozialdemokratisch nennen durften (Mayer/Pittler 1993: 16). 1892 kam es dann zur Gründung des „Sozialdemokratischen Wahlverein für den fünften Wiener Gemeindebezirk“ im Gasthof „Zur Blauen Weintraube“ in der Schlossgasse 5 (heute Castelligasse 1). Auch die ArbeiterInnenjugendbewegung entstand hier: Im November 1894 gründete sich in Margareten der „Verein jugendlicher Arbeiter Wiens“, die „Keimzelle der sozialdemokratischen Jugendbewegung“ (Mayer/Pittler 1993: 22).

Wichtige Einrichtungen des Roten Wien waren im 5. Bezirk beheimatet (Klusacek et. al. 2002: 136). So etwa das „Vorwärts-Gebäude“ an der Wienzeile, welches bis 1934 nicht nur die Zentrale der SDAP und einiger ihrer Vorfeldorganisationen war, sondern auch eine Bedeutung für einfache SozialdemokratInnen an der Basis hatte. So strömten nach Wahltagen tausende Mitglieder zum Vorwärts-Gebäude, um von an der Außenwand befestigten Leinwänden die Wahlergebnisse ablesen und können und ParteiführerInnen vom Balkon reden zu hören. (Mayer/Pittler 1993: 39). Weitere wichtige Einrichtungen waren die, für 68 Arbeiterbüchereien und jährlich etwa 10.000 Vorträge zuständige, Zentralstelle für Bildungswesen in der Schönbrunnerstraße 56 und die Sozialdemokratische Kunststelle in der Sonnenhofgasse 6 (Klusacek et. al. 2002: 136).

3. Sozialer Wandel in fünf Gemeindebauten im Kontext der Wiener Stadtentwicklung

3.1 Beschreibung des Untersuchungsgebietes

3.1.1 Lage im Stadtgebiet und Grundsätzliches zu Architektur und Ausstattung der einzelnen Bauten

Das dieser Arbeit zu Grunde liegende Untersuchungsgebiet ist mithin eine der wohl bekanntesten, markantesten und eindrucksvollsten Ansammlungen von Gemeindebauten des Roten Wien an einem Ort. Möglich geworden ist dieser charakteristische „Gemeindebau-Stadtteil“ durch den Erwerb große Liegenschaften durch die Gemeinde Wien. Durch den Ankauf des so genannten „Drasche-Gürtels“, der sich von Kaiserebersdorf bis Meidling auf einer Gesamtfläche von 800.000 m² erstreckte, ergab sich die Möglichkeit, im 5. Bezirk große kommunale Wohnhausanlagen zu errichten (Mayer 2009). Ursprünglich hatte die Familie Drasche geplant, auf diesen Gründen Zinshäuser zu errichten, wozu es aufgrund des Weltkriegs nicht gekommen ist (Klusacek et. al. 2002: 139). Danach war privater Wohnbau wegen des 1917 eingeführten Mieterschutzes kaum mehr attraktiv, woraufhin, wie oben bereits beschrieben, viele GrundbesitzerInnen billig Land an die Gemeinde Wien verkauften. Diese ließ nun in den Jahren 1920 bis 1927 auf dem Grundstück insgesamt fünf Wohnhausanlagen errichten, die im Anschluss beschrieben werden sollen.

Die Lage dieses kleinen Stadtteils ist einzigartig: Das Untersuchungsgebiet liegt am südwestlichen Rand des 5. Bezirkes, entlang des Gürtels, dieses geschichtsträchtigen Ortes der Wiener Politik und Stadtentwicklung. Es ist die einzige Häufung großer Gemeindebauten in den westlichen und südlichen Bezirken innerhalb des Gürtels (Bezirke 4 bis 9). Der Bezirk Margareten ist – wie oben beschrieben – ein traditioneller HandwerkerInnenbezirk, der sich im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum ArbeiterInnenbezirk (wohl mit vorwiegenden kleinbetrieblicher Struktur) gewandelt hat. Auch im 20. Jahrhundert hat sich Margareten's Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie sein sozialräumliches Erscheinungsbild stark gewandelt, worauf noch einzugehen sein wird. Innerhalb des Gürtels ist der 5. Bezirk einer der ganz wenigen Stadtteile, die nicht überproportional von Mittel- und Oberschichten bewohnt werden – eine weitere Besonderheit.

Vor der Errichtung der Gemeindebauten war das Untersuchungsgebiet einer der nur mehr wenigen unverbauten Teile des 5. Bezirks. Auf dem Gebiet des heutigen Matteottihof existierten während des Ersten Weltkrieges noch Kleingärten, auf denen kleinere Häuser standen und wo Geflügel- und Kleintierzucht betrieben wurde. Die KleingärtnerInnen waren in Siedlungen organisiert und wurden von der Gemeinde durch Subventionen, Nichtbesteuerung und Zu- leitung von Wasser unterstützt. Nach dem Krieg hatten die Siedlungen an ernährungswirt- schaftlichem Wert verloren und wandelten sich zu Erholungsstätten (Spitznagel 2002: 55).

Insgesamt entstanden in der Ersten Republik in Margareten rund 2.800 Gemeindewohnungen (Klusacek et. al. 2002: 141) – 1796, also eine Mehrheit davon, in den fünf ausgewählten Wohnhausanlagen. Ob der Bau der kommunalen Wohnhausanlagen am Margaretengürtel tat- sächlich den „Charakter des Bezirks grundlegend“ geändert hat (ebd.: 139), ist zu untersuchen.

Zumindestens setzte der neu entstandene Stadtteil architektonisch neue Maßstäbe. „Auf- fallend an diesem kleinen Stadtviertel ist die urbanistische Einheit trotz der Vielfalt der an- gewandten Architektursprachen.“ (Weihsmann 2002: 216). Auch die beliebte These, wonach die Wiener Gemeindebauten als „proletarische Festungen“ errichtet worden wären, ließe sich hier auf den ersten Blick bestätigen. Die Häufung mehrerer großer Wohnhausanlagen am Margaretengürtel dürfte aber, wie Weihsmann (2002: 216) beschreibt, eher mit der günstigen Situation leerer Baugründe in diesem Gebiet zu tun haben

Metzleinstaler Hof

Der Metzleinstaler Hof am Margaretengürtel 90–98 wurde in seiner heutigen Gestalt 1924 fertig gestellt und umfasste zu diesem Zeitpunkt 244 Wohnungen. Benannt ist er nach einer, 1305 nachweisbaren, mittelalterlichen Schreibweise für Matzleinsdorf (Klusacek et. al. 2002: 140). Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde diese Anlage zunächst noch als Mietshaus konzipiert. 1920 wurde der von Robert Kalesa entworfene erste Bauabschnitt dann als erster Gemeindebau Wiens fertig gestellt. Verglichen mit der Architektur späterer Gemeindebauten des Roten Wien fallen vor allem die straßenseitig gelegenen Eingänge zu den Stiegenhäusern auf. Allerdings waren bereits alle Räume der einzelnen Wohnungen direkt belichtet, das heißt ohne Gangküchen. Auch der Stil der zum Gürtel reichenden Fassade des ersten Bauabschnittes ist noch der Formensprache der Gründerzeitarchitektur verpflichtet.

Der Architekt Hubert Gessner, der „führende Architekt der proletarischen Gründerzeit“ (Weihsmann 2003: 7), der den „Gemeindebaustil geradezu ‚erfunden‘“ hat (Hautmann/Hautmann 1980: 206), übernahm im 1923/24 errichteten zweiten Bauabschnitt weitgehend die tektonische Gestaltung, schloss aber den Hof und schuf mit der Anlage so die Grundlage für den später als „Volkswohnungspalast“ Typus Wiener Gemeindebauten (ebd.: 290). „Gessner schuf eine innenliegende Gartenfläche und vereinigte mit dem neuartigen ‚Hof-Prinzip‘ mehrere urbane Elemente, die bis dahin streng getrennt waren – also Gebäude, Straße, Garten und Platz – zu einem *halböffentlichen Raum*“ (<http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=11812>). Charakteristisch für diesen Bau ist die mit Keramikverzierungen versehene Fassade, ein Beispiel für die zahlreichen historischen Zitate und Anspielungen in der Architektur der Gemeindebauten (Weihsmann 2002: 120).

Zu den Sozialeinrichtungen des Metzleinstaler Hofes gehörten eine zentrale Bade- und eine Wäschereianstalt, eine Tuberkulose-Fürsorgestelle, ein Kindergarten, eine Bibliothek, Klubräume (zum Beispiel ein Lokal der Arbeiterschwimmer) sowie eine Lehrlingswerkstatt. Im Wiener Adressverzeichnis von 1932 findet man hier weiters ein Geschäft für Eisenwaren sowie die Apotheke Haydn.

Reumannhof

Der Reumannhof am Margaretengürtel 100-110 wurden in den Jahren 1924 bis 1926 von Hubert Gessner errichtet und ist einerseits wegen seiner monumental-pompösen Architektur und andererseits wegen seiner politische Geschichte einer der berühmtesten Gemeindebauten des Roten Wien.

Das 180 Meter lange Gebäude ist streng symmetrisch ausgerichtet. Im Zentrum befindet sich ein Ehrenhof, der mit Springbrunnen, Planschbecken, Gartenpavillons, gewaltigen Toren und vergitterten Hofeinfahrten wohl bewusst mit der Architektur eines barocken Schlosses kokettiert (Weihsmann 2003: 8). Allerdings werden solche Elemente im Reumannhof zwanglos mit Elementen der damaligen Moderne, wie Eckfenstern und Flachdächern, kombiniert (Podbrecky 2003). In Anspielung auf die feudal wirkende Architektur schrieb auch das sozialdemokratische Kleine Blatt über den Reumannhof:

„Bei einem schönen Bassin mit Springbrunnen, unter Pergolen und zwischen Blumenbeeten sitzen die *Fürstenkinder der neuen Zeit*, die Arbeiterkinder Margaretens. Die Bronzestatue Reumanns, des ersten sozialdemokratischen Bürgermeisters, erhebt sich

in der Mitte des Platzes, der zu den schönsten Plätzen Wiens gehört.“ (Das Kleine Blatt vom 24.4.1927 zit. n. Matuszak-Groß 2003: 4, eigene Hervorhebung)
Rechts und links davon liegen zwei etwas tiefer gelegene Gartenhöfe. Zahlreiche Majolika-
tafeln (Keramiken) schmücken die Tore des Wohnhauses. „Der Reumannhof wird
zum ‚Volkspalast‘, weit in den Gürtelbereich hinein Zeugnis gebend von der Macht des Prole-
tariats, das sich hier durch Masse, Symmetrie und spielerische Details bürgerlich
gibt“ (Öhlinger et. al. 1993: 53). Bei all der Kritik, die auch Zeitgenossen von Gessner, wie
Josef Frank, an den „heroischen Fassaden“, hinter denen sich Kleinstwohnungen verbergen
und am Moment der Herrschaftsarchitektur insgesamt, sei jedoch die Frage in den Raum
gestellt, ob auch bürgerliche oder feudale Regenten an eine so prominente Stelle einer so
prominenten Anlage einen *Kindergarten* platziert hätten.¹⁷

Angesicht dieser Herrschaftsarchitektur ist es umso erstaunlicher, dass die ursprünglichen
Pläne für den Reumannhof noch ein Stück weit pompöser waren. Der Mittelblock hätte nach
Gessner 16 Stockwerke hoch sein sollen und wäre dadurch mit 40 Metern Höhe Wiens erstes
„Hochhaus“ gewesen. Außerdem hatte Gessner für den Reumannhof eine bildhauerische
Ausgestaltung vorgesehen, „die vom Umfang her Assoziationen auslöst, als ob es sich um die
Ausgestaltung eines kleinen Schlossgartens gehandelt hätte“ (Matuszak-Groß 2003: 3).

Bei seiner Fertigstellung umfasste der Reumannhof 480 Wohnungen von 25 bis 60m²
Wohnfläche, elf Ateliers, Werkstätten in den Seitenstraßen, eine Zentralwäscherei, einen
Kindergarten und das hauseigene Café Reumannhof (Gemeinde Wien 1928b: 10). Im Adress-
verzeichnis von 1932 sind an dieser Adresse weiters Geschäfte für Textilwaren, Galanterie-
waren, Bettwaren, Grünwaren, zahnärztliche Instrumente und Viktualien (Lebensmittel)
angeführt – insgesamt beherbergte der Hof 19 Geschäftslokale (ebd.). Die gesamte Anlage
weist einen Bebauungsgrad von genau 48,2 % auf (ebd.) und liegt damit deutlich besser als
Gründerzeithäuser in der unmittelbaren Umgebung, allerdings sind die eher klein wirkenden
Innenhöfe bei weitem noch nicht so groß wie später etwa beim Karl-Marx-Hof.

Die sozialdemokratische Stadtverwaltung feierte in einer Broschüre zur Eröffnung den Reu-
mannhof als „gigantische[n] Bau“, der „dem Bauherrn, der Gemeinde Wien, zur besonderen

¹⁷ Insofern ist auch der Einwand von Hautmann und Hautmann (1980: 214) zu verstehen, wonach der Wert von
Architektur nach der Einheit von Inhalt und Form bewertet werden müsste, wobei der Inhalt aber die primäre
Komponente wäre. Die Autoren stellen die Frage, ob ein barocker Schlosspark wirklich das gleiche bedeutet,
wie ein Park in einem Gemeindebau, der von ganz anderen Personen völlig anders genutzt wird.

Ehre gereicht“ (ebd.). Zweifelsohne war – und ist es gewissermaßen bis heute geblieben – der Reumannhof eine der zentralen Prestigeobjekte der sozialdemokratischen Kommunalpolitik.

Matteottihof

Der Matteottihof in der Siebenbrunnenfeldgasse 26-30 wurde in den Jahren 1926/27 nach den Plänen von Heinrich Schmid und Hermann Aichinger errichtet. Gemeinsam mit dem Herwegh-Hof und dem Julius-Popp-Hof bildet er das Zentrum jener architektonischen Einheit, welche die Charakteristik dieses besonderen Stadtteils ausmacht. Weit weniger pompös als der Reumannhof erinnert die mäanderartige Straßenführung und die asymmetrische Verbauung des Areals an eine mittelalterliche Stadtanlage (Weihsmann 2002: 216). An der Ecke Fendigasse/Einsiedlergasse ist ein interessantes Sgraffito erhalten geblieben, das eine Mutter mit Kindern in futuristischer Stadtlandschaft darstellt und Aufschluss über das sozialdemokratische Zukunftsbild jener Zeit gibt.

Benannt ist die Anlage nach Giacomo Matteotti, seit 1921 Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens, der am 10. Juni 1924 in Rom von Mitgliedern eines faschistischen Kampfbundes entführt und ermordet. An der markanten Toreinfahrt des mittleren Wohnblockes befindet sich eine Gedenktafel für Matteotti, die nach der Beendigung des Vierten Kongresse der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (der vom 25. Juli bis zum 1. August 1931 in Wien stattgefunden hatte) enthüllt wurde.

Zum Zeitpunkt seiner Eröffnung beinhaltete der Matteottihof 452 Wohnungen und wie alle anderen großen Gemeindebauten, zahlreiche sonstige Einrichtungen, darunter Gassenläden für Geflügel, Lebensmittel, Metallwaren, Radioapparate, Lebensmittel, eine Parfümerie, einen Schuhmacher, einen Zuckerbäcker, einen Tischlermeister und einen Friseur (Adressverzeichnis 1932). Insgesamt beinhaltete der Matteottihof bei seiner Eröffnung 15 Geschäftslokale und zehn Werkstätten (Gemeinde Wien 1928a: 4). Als Sozialeinrichtungen gab es hier eine Mutterberatungsstelle, ein Tuberkulosenfürsorgestelle und ein Jugendamt (ebd.). Die alkoholfreie Gaststätte stand im Zeichen der „Arbeiter-Abstinenten-Bewegung“ die in der österreichischen Sozialdemokratie einigermaßen stark ausgeprägt war. Über der heute noch bestehenden und ursprünglich 48 Tröge und Waschkesseln, 64 Trockenkulissen, zwölf Zentrifugen, sechs Waschmaschinen und zwei Bügelmaschinen umfassenden Waschküche (Spitznagel 2002: 60) war früher ein Waschhaus mit Badekojen und Brausen. Auf dessen Dach-

terrasse konnten sich Erwachsene und Kinder in die Sonne legen. Das ursprüngliche Waschhaus glich einer „riesengroße[n] quergestellte[n] Basilika“ (Ziganel 2007). Der Künstler und Architekturtheoretiker Michael Ziganel wählt diesen Vergleich mit gutem Grund, schließlich hatten die PolitikerInnen des Roten Wien Hygiene und Körperpflege quasi in den Rang des „Heiligen“ gehoben.

Herwegghof

Der Herwegghof (errichtet in den Jahren 1926/27) befindet sich am Margaretengürtel 82-88 und grenzt somit unmittelbar an den Metzleinstaler Hof an. Auch diese Anlage wurde nach den Plänen von Schmid und Aichinger errichtet - ebenso wie der benachbarte Julius-Popp-Hof, mit dem der Herwegghof eine, um eine gemeinsame Mittelachse orientierte architektonische Einheit bildet (<http://www.ropeswien.at/online/page.php?P=11189>).

Benannt wurde die Wohnhausanlage nach dem sozialistisch-revolutionären Lyriker Georg Herwegh (1817 – 1875). Muhr (1995) hebt die „barockisierende Gartengestaltung“ und verweist auf den „Bärenbrunnen“ auf der Parkanlage zwischen Julius-Popp-Hof und Herwegghof. Die Darstellung einer Bäarin mit ihrem Jungen sollte wohl auf den unmittelbar angrenzenden Kinderhort hinweisen. Darüber hinaus befanden sich in der 220 Wohnungen fassenden Anlage unter anderem eine Dependence des Allgemeinen Tierschutzverbandes Österreichs, ein Juwelier, ein Schneidermeister, ein Möbelgeschäft sowie eine chemische Putzerei (Adressverzeichnis 1932).

Julius-Popp-Hof

Der Julius-Popp-Hof am Margaretengürtel 76–80 wurde 1925/26 errichtet und umfasste bei seiner Fertigstellung 402 Wohnungen. „Die geschlossene Hofanlage mit erkerartigen Stiegenhausfenstern wirkt von außen wie der Zwilling des benachbarten und von denselben Architekten entworfenen Herwegghofs, dessen Innenhof allerdings um einiges ‚idyllischer‘ ist“ (<http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=11260>). Im Eingangsbereich findet man eine Gedenktafel für Julius Popp, einen gelernten Schuhmacher, der als Kassier für die SDAP und als Administrator der Arbeiterzeitung tätig war.

Wie bei den vier anderen Gemeindebauten des Untersuchungsgebietes, wurden mit dem Julius-Popp-Hof auch integrierte Sozialeinrichtungen eröffnet. So erhielt dieser etwa einen

Saal bzw. eine Tagesheimstätte für die sozialdemokratische Vorfeldorganisation der „Kinderfreunde“ (Gemeinde Wien 1928a: 3). Unter den auf der Gürtel-Seite befindlichen Geschäftslokalen waren eine Putzerei, eine Trafik und ein Geschäft für Selchwaren (Adressverzeichnis 1932).

3.1.2 „Die Ringstraße des Proletariats“



Der Reumannhof am Coverbild der „Unzufriedenen“ vom 30. August 1930

Das Titelblatt der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Unzufriedene“ vom 30. August 1930 zeigt eine Illustration des Reumannhofes mit der Überschrift „Die Ringstraße des Proletariats“ und greift damit einen im Roten Wien häufig gezogenen Vergleich zwischen der Wiener Ringstraße mit ihren zahlreichen historistischen Prachtbauten und den Gemeindebauten entlang des Margaretengürtels auf. Die Gürtelstraße zwischen 5. und 12. Bezirk sollte ein „Boulevard für die ArbeiterInnen“ sein und tatsächlich war sie in den verkehrsarmen 20er Jahren von idyllischer Ruhe, Grünflächen und freier Sicht auf die machtvollen Wohnhausanlagen geprägt (Ziganel 2007). Fotos aus der damaligen Zeit zeigen auch kaum Verkehr am heute so stark befahrenen Gürtel.

Augenscheinlich ist jedenfalls, dass, so wie die bürgerliche Architektur der Ringstraße auf feudale und vormodernde Symboliken rekurriert, die „Ringstraße des Proletariats“ ebenfalls mit historischen Architekturstilen spielt. Weiters wäre die Frage zu stellen, ob, so wie die Ringstraße das Ende der Ära des Absolutismus und den Beginn der liberalen (bürgerlichen) Ära markiert. (Lichtenberger 1993: 72), die „Ringstraße des Proletariats“ den Übergang vom Zeitalter bürgerlicher Herrschaft zum Zeitalter proletarischer Herrschaft anzeigen sollte? In der vorliegenden Arbeit soll jedoch in erster Linie einmal untersucht werden, inwieweit man im Fall der Gemeindebauten des Untersuchungsgebietes überhaupt von einer Ringstraße *des Proletariats*, im Sinn der Sozialstruktur der BewohnerInnen sprechen kann.

3.2 Beschreibung des Datensatzes für 1932

Es stellte sich folgendes Problem: Wie könnte die historische Sozialstruktur einer so kleinen räumlichen Einheit dargestellt werden? Auf Daten der in der Zwischenkriegszeit durchgeführten Volkszählungen (1923 und 1934) konnte nicht zurückgegriffen werden, da diese nicht auf der Ebene von Zählgebieten geordnet vorhanden sind. (Abgesehen davon gab es die zu untersuchenden Gemeindebauten 1923 noch gar nicht). Listen der BewohnerInnenschaft würden laut Wiener Wohnen nicht existieren, was es gäbe, wären archivierte Mietverträge. Diese allerdings müssten, unter Beachtung der (zu Recht) strengen Datenschutzrichtlinien bezüglich personalisierter Daten jeweils einzeln ausgehoben werden und enthielten überdies nur wenig soziologisch verwertbare Informationen. Versuche, anderwärtig an Daten zur Sozialstruktur der ErstbezieherInnen der entsprechenden Wohnhausanlagen zu kommen, verliefen sich im Sand.

Als einzig probate Methode erwies sich der Zugang über das Wiener Adressverzeichnis der Firma Lehmann. Dieses wurde seit 1859 jährlich herausgegeben und umfasste – was heute nicht mehr üblich ist – neben der Angabe des Namens auch die Berufsbezeichnung der jeweiligen Person. Verzeichnet sind allerdings nur WohnungseigentümerInnen und HauptmieterInnen, jedoch keine Untermieter/innen oder Familienangehörige (wodurch etwa eine Feststellung der Gesamtzahl aller BewohnerInnen, jedenfalls auf diesem Wege, nicht möglich ist). Als glücklicher Umstand für mein Forschungsproblem erwies sich, dass das Adressverzeichnis bis in die 40er Jahre für einzelne Jahrgänge immer wieder auch nicht nach Namen, sondern auch nach Wohnadressen geordnet war. Diese gegeben, kann man für ein bestimmtes Stadtviertel, eine Straße oder eben ein Wohnhaus ein grobes Bild der Sozialstruktur der BewohnerInnen zeichnen.¹⁸

Für die Darstellung der Sozialstruktur der ErstbezieherInnen sollte ein Jahrgang gewählt werden, der relativ nah am Datum der Errichtung der zu untersuchenden Wohnhausanlagen liegt. Wie erwähnt standen nicht für alle Jahrgänge Daten nach Wohnadressen geordnet zur Verfügung, und so schien es am sinnvollsten das Jahr 1932 auszuwählen, zumal dieses auch noch vor dem Ausbruch des österreichischen BürgerInnenkriegs, also innerhalb der Periode des Roten Wien liegt.

¹⁸ Tatsächlich wirbt die von mir benützte Ausgabe des Adressverzeichnisses damit, dass beispielsweise ein Geschäftsmann, will er sich in einer bestimmten Gegend ansiedeln, sich ein Bild seiner potentiellen Kundschaft machen könne.

Aus Scan-Abzügen des nur mehr als Mikrofiche erhältlichen Wiener Adressverzeichnis der entsprechenden Wohnadressen der zu untersuchenden Wohnhausanlagen wurde eine relativ große Stichprobe gezogen. Unglücklicherweise waren die Abzüge des Mikrofiches teilweise kaum lesbar, wodurch die Auswahl nicht rein zufällig erfolgen konnte. Ausgewählt wurden immer nur komplette „Stiegen“ des jeweiligen Wohnhauses, und zwar solche, bei denen jede Person lesbar angeführt war. Da es jedoch keine plausiblen Annahmen gibt, wonach die „nicht lesbaren Stiegen“ in punkto Sozialstruktur der BewohnerInnen sich systematisch von den anderen Stiegen unterscheiden könnten, darf hier annähernd von einer Zufallsauswahl ausgegangen werden. Rund 820 Personen gelangten in die Bruttostichprobe, nach einigen stichprobenneutralen Ausfällen (interessierendes Merkmal war nicht zu identifizieren) blieb eine Stichprobe von 799 Personen übrig.

Da es sich bei diesem Datensatz um prozess-produzierte Daten handelt, sind alle üblichen Vor- und Nachteile gegeben. Zwar kann davon ausgegangen werden, dass die Güte der Messung in Ordnung ist (die Angaben sollten also sehr genau sein), allerdings wurden die Daten nicht für besondere sozialwissenschaftliche Zwecke erhoben. Beispielsweise sind – durch den Umstand, dass nur HauptmieterInnen angeführt sind – Frauen systematisch unterrepräsentiert. Da dies wohl auch zahlreiche erwerbstätige Frauen betrifft, ist in Hinblick auf eine Darstellung der Berufsstruktur der BewohnerInnen mit Verzerrungen zu rechnen. Allerdings dürfte die Frauenerwerbsquote im Roten Wien, insbesondere in dessen Gemeindebauten, nicht besonders hoch gewesen sein. Einige AutorInnen gehen sogar davon aus, dass die Gemeindewohnungen nicht die traditionelle Rolle der Frau in der Gesellschaft veränderten, sondern diese erst voll zur Geltung brachten. So meinen (Häußermann et. al. 2000: 137), dass durch den Umstand, dass ArbeiterInnenhaushalte nun viel weniger ihres Einkommen für die Miete aufwenden mussten, Frauen ihre bisherige Lohnarbeit aufgaben und sich nur mehr der Hausarbeit widmeten. Schließlich hatte sich das bürgerliche Verständnis von Hausarbeit im frühen 20. Jahrhunderts nach und nach auch in der ArbeiterInnenschaft im Zuge steigender Ansprüche an „Sauberkeit“ und „Ordnung“ sowie einer Intimisierung der Familienverhältnisse durchgesetzt (Sieder 1988: 206).

Die Daten wurden nun nach folgenden fünf Merkmalen geordnet:

- 1) **Geschlecht** (sofern identifizierbar, schließlich ist bei vielen Personen der Vorname nicht angeführt – rund 28% konnten nicht zugewiesen werden).

- 2) **Titel**, mit den Kategorien „Kein Titel“, „Dr.“, „Mag.“, „Ingenieur“, „Dipl-Kaufmann“ und „Generalmajor“ (das Kategoriensystem wurde erst im Prozess der Codierung selbst entwickelt).
- 3) **Erwerbstätigkeit**, mit den Ausprägungen „ja“ und „nein“ (wobei letzteres hauptsächlich auf PensionistInnen zutrifft).
- 4) **Beruf**, kategorisiert nach den zehn Hauptgruppen der Berufssystematik ISCO-88:
 1. Angehörige gesetzgebender Körperschaften, leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte in der Privatwirtschaft
 2. Wissenschaftler (auch als Akademiker bezeichnet)
 3. Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe
 4. Bürokräfte
 5. Dienstleistungsberufe
 6. Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei
 7. Handwerks- und verwandte Berufe
 8. Anlagen- und Maschinenbediener sowie Montierer
 9. Hilfsarbeitskräfte
 10. Soldaten

Anmerkung: Die Vercodung von Verwaltungsdaten aus dem Jahr 1932 nach einem Klassifikationssystem aus dem Jahr 1988 ist sicher nicht unproblematisch. Allerdings wurde nur die oberste Ebene der Klassifikation benutzt, welche sich im Prozess der Codierung als durchaus probat herausstellte. Auf Ausnahmen wird weiter unten eingegangen.

- 5) **Status**, mit den Kategorien „Selbstständiger“, „Beamter“ (nicht nur Bundesbeamte, sondern alle Beschäftigten mit verbeamteten Status, etwas Magistratsangestellte), „Angestellter“, „Arbeiter“, „Pensionist“, „Hausfrau/mann“ - sowie zusätzlich „Beamter in Ruhestand“, „Straßenbahner“ sowie „Bundesbahn-Beamter“. Die beiden letztgenannten, im Vergleich zu den anderen Kategorien etwas spezifischeren Ausprägungen der Variable „Status“, wurden nicht willkürlich gewählt, sondern aufgrund theoretischer Überlegungen: So ist beispielsweise anzunehmen, dass viele StraßenbahnerInnen zwar arbeitsrechtlich verbeamtet waren, nach Bewusstsein oder Lebensstil aber eindeutig dem ArbeiterInnen-Milieu zuzuordnen waren. Dennoch sei erwähnt, dass EisenbahnerInnen gegenüber anderen Berufen aus diesem Milieu

mehrfach besser gestellt waren: In erster Linie durch ihren unkündbaren Status, aber auch aufgrund der Tatsache, dass sie ein Monatsgehalt statt einem Wochenlohn und zusätzlich dazu Sachleistungen wie Kohlendeputate erhielten. Eine eigene Kategorie scheint aus diesen Gründen also gerechtfertigt.

Probleme ergaben sich natürlich in Bezug auf die Auswertungsobjektivität. Schließlich war das Codieren vieler Angaben keineswegs immer einfach. Aus diesem Grund sind im Anhang sämtliche untersuchte Stiegen des Reumannhofs sowie des Matteottihof samt den ursprünglichen Bezeichnungen aus dem Adressverzeichnis exemplarisch zur Dokumentation angeführt.

Neben der Schwierigkeiten der korrekten Verschlüsselung ergaben sich Probleme mit der Validität des Verfahrens. Ist zum Beispiel die Berufsbezeichnung „Beamter“ an sich schon ein Indikator für höhere Schicht? Insgesamt war es schwierig, aus einem Verzeichnis, in dem lediglich die Berufsbezeichnung einer Person (und manchmal auch ein Titel) angeführt ist, Rückschlüsse auf die soziale Schichtung der BewohnerInnenschaft zu ziehen, zumal diese Bezeichnung oftmals sehr unklar formuliert ist. Unter einem „Angestellten“ kann schließlich sehr viel verstanden werden, vom Abteilungsleiter bis zum Sekretär. Aussagekräftig sind hingegen jene Bezeichnungen, die auch eine mehr oder minder konkrete Tätigkeit beinhalten, wie zum Beispiel „Kraftwagenführer“, „Lederarbeiter“ oder „Straßenbahn-Schaffner“. Aus der Kombination der beiden Merkmale „Beruf“ und „Status“ konnten so Gruppen gebildet werden, die in den untersuchten Gemeindebauten besonders häufig anzutreffen waren.

Folgende Bereiche waren bei der Analyse zu bedenken:

Der Begriff der Selbstständigen verliert, da er eine sehr heterogene Gruppe umfasst, stark an Aussagekraft. Schließlich fallen darunter vom großen Fabrikanten über den Eigentümer eines Handwerksbetriebs bis zum kleinen Ladenbesitzer sehr viele Personen in diese Kategorie. Wie oben bereits erwähnt, dürften nicht wenige selbstständige HandwerkerInnen und Klein-kaufleute vom Lebensstandard her unterhalb einer typischen FacharbeiterInnenfamilie rangiert haben. Aus diesem Grund wurden auch Klein- und Kleinstunternehmer nach der Berufsgruppe nicht in die ISCO-88-Kategorie „1“ (u.a. „Leiter kleiner Unternehmen“), sondern in die Kategorie „5“ (Dienstleistungsberufe) eingeordnet.

Des Weiteren war es oft gar nicht klar, ob eine Berufsbezeichnung zu einem Selbstständigen oder einem Arbeiter gehört, ein Problem, welches sich vor allem bei Handwerksberufen ergab. Nun ist anzunehmen, dass Berufe wie etwa Buchbinder, Schriftsetzer, Tischler, Schlosser

oder Kraftwagenführer ArbeiterInnen markierten. Aber wie verhält es sich bei SchneiderInnen, BäckerInnen oder FriseurInnen? Solchen Personen wurde in der Regel kein Status zugewiesen (siehe Codierung im Anhang), das gleiche gilt etwa für Bezeichnungen wie Tischlermeister, wo nicht abgeschätzt werden kann, ob die entsprechende Person eine eigene Tischlerei führt (dann wäre sie selbstständig), oder eine leitende Funktion in einer Großtischlerei übernimmt (dann wäre sie Arbeiter oder Angestellter).

Aussagekräftiger als der Begriff des Selbstständigen ist hier schon jener des Angestellten. Typisch für die österreichische Gesellschaft ist deren historisch gewachsene Differenzierung von den ArbeiterInnen. Zwar gibt es heute nur mehr wenige sozialrechtliche Unterschiede zwischen diesen beiden Kategorien, damals jedoch markierte diese Unterscheidung eine deutliche soziale Trennlinie, da Angestellte in vielerlei Hinsicht besser gestellt waren als ArbeiterInnen. Zudem wurde der Begriff Anfang des 20. Jahrhunderts enger als heute gefasst und der Anteil höherer Angestellter war größer, in den 20er und 30er Jahren weitete sich der Begriff allerdings langsam aus (Banik-Schweitzer 1982: 52f.). Die damals noch häufig gebräuchliche Bezeichnung „Privatbeamter“ wurde durchgehend als Angestellter codiert, ebenso wie Werkmeister, die in den 30er Jahren in der Regel im Angestelltenverhältnis arbeiteten (Sieder 1988: 327).

Die größte soziale Trennschärfe weist der Begriff der ArbeiterInnen auf, zumal hier in der Regel zusätzlich konkretere Bezeichnungen angeführt werden. Das Spektrum reicht von einfachen HilfsarbeiterInnen über den handwerklichen Arbeiter bis zum – für damalige Verhältnisse – hochqualifizierten Elektrotechniker.

Zuletzt sei noch kurz die Problematik historischer Berufe bzw. Berufsbezeichnungen erwähnt. Erwartungsgemäß befanden sich in der Stichprobe einige Berufe, die heute nicht mehr oder zumindestens nicht mehr in dieser Form existieren. So zum Beispiel: Aufleger (Hilfskraft in Textilerzeugung), Spiegelschleifer, Schuhoberteilherrichter, Schallplattenpresser, Taschner (lederverarbeitender Handwerker) oder Pferdewärter. Weiters enthielt das Adressverzeichnis auch veraltete Bezeichnungen für noch existierende Berufe, wie etwa Markkör für Kellner. Besonders Schwierigkeiten bereitete für eine Weile die häufig vorkommende Bezeichnung „Private“. Es handelt es sich dabei um einen Begriff für eine Person ohne Lohnarbeit, welcher zumeist für „Hausfrauen“ verwendet wurde und in Wien bis etwa 1938 in Verwendung war.¹⁹

¹⁹ <http://wiki-de.genealogy.net/Private>, zuletzt abgerufen am 22.12.2009

3.3 Erste Republik (1918-1934)

3.3.1 Politik und Ökonomie

Da im Kapitel zum Roten Wien bereits einiges beschrieben wurde, kann der Abschnitt zu den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen kürzer ausfallen.

Verglichen mit der Zeit vor 1914 erlebte Wien in den 20er und 30er Jahren eine Phase der Stagnation (Eigner/Resch 2003: 10). Die Metropole verlor seine zentrale Funktion im Wirtschaftsgefüge des 56 Millionen EinwohnerInnen umfassenden Habsburgerreiches. Das neue Österreich hatte nun bloß 6,5 Millionen EinwohnerInnen und die alte neue Hauptstadt Wien mutierte unfreiwillig zum „Wasserkopf“, ein überproportional großer Regierungssitz für ein so kleines Land. Aus dem Wegfall der Versorgung mit Rohstoffen aus den ehemaligen Kronländern (Böhmen, Mähren, Ungarn, Polen) entstanden anfangs enorme Versorgungsschwierigkeiten. Doch auch die ländliche Bevölkerung Rest-Österreichs war nicht unbedingt geneigt, den „Wasserkopf“ mit Nahrungsmitteln zu beliefern. Die „Anti-Wien“-Stimmung am flachen Land – die sich teils bis heute gehalten hat – war so stark, dass zeitweise sogar die sozialdemokratisch beherrschten ArbeiterInnenräte in den Bundesländern Forderungen der regionalen Bauern, nichts nach Wien zu liefern, unterstützten (Hautmann/Hautmann 1980: 33).

Die Umstellung von Binnen- auf Außenhandel fiel der ehemaligen Kaiserstadt teilweise schwer (Eigner/Resch 2003: 18), es kam zu einem Einbruch der Produktion, galoppierende Inflation und Massenarmut waren die Folgen der wirtschaftlichen Talfahrt nach dem Ersten Weltkrieg. Die politischen Umwälzungen schlugen sich stark in der Strukturierung des industriellen Sektors nieder. So hatten viele Textilunternehmen nur ihren Verkauf und ihre Zentrale in Wien, die Fabriken aber waren in der neu entstandenen Tschechoslowakei. Ähnlich erging es der Holzindustrie, die plötzlich vom Holz aus den bosnischen Wäldern „abgeschnitten“ war (Lichtenberger 1993: 84).

Nachdem sich die Wiener Wirtschaft Mitte der 20er Jahre wieder einigermaßen erholt hatte, machten sich – wie in allen Industrieländern weltweit – ab 1929/30 die Auswirkungen der großen Weltwirtschaftskrise bemerkbar. 1934 waren in Wien beispielsweise von 955.934 Erwerbspersonen 261.650 arbeitslos (Eigner/Resch 2003: 11). Besonders massiv betroffen

waren verschiedene industrielle Branchen: Eine Arbeitslosenquote von über 50% gab es etwa unter den MetallarbeiterInnen, auch die Elektroindustrie war stark erfasst (ebd.: 71)

Über die gesamte Periode der Zwischenkriegszeit sind eine geringfügige Deindustrialisierung sowie eine „Primitivierung der Wirtschaft“ (der Anteil der Beschäftigten im Primärsektor nahm geringfügig zu, die Selbstversorgung hatte höhere Priorität) feststellbar (ebd.). Obwohl die Verwaltung und der Dienstleistungssektor insgesamt nach 1918 viel zu groß für die Stadt erschienen, entwickelte sich interessanterweise gerade der Tertiärbereich in der Zwischenkriegszeit noch relativ gut (ebd.: 108). Beschäftigungszuwächse gab es im Handel und im Öffentlichen Dienst.

Politisch war die Periode der Ersten Republik – kurz gesagt – gerade in Wien von einer starken Polarisierung der beiden großen gesellschaftlich-politisch Lager geprägt. Der „Kampf um die Stadt“²⁰ wurde gerade auch in den Gemeindebauten ausgetragen – und das nicht erst im Februar 1934. Die Bauten waren nicht nur architektonisch gesehen Repräsentationsräume der Sozialdemokratie, sondern sollen der ArbeiterInnenschaft auch als Bühne des Politischen dienen. So fand etwa im Herbst 1932 im Matteottihof eine Großkundgebung gegen Faschismus statt (Spitznagel 2002: 63).



Großkundgebung gegen Faschismus im Matteottihof, Herbst 1932²¹

²⁰ Siehe dazu die ausgezeichnete Ausstellung im Wien Museum vom 19. November 2009 bis zum 28. März 2010

²¹ Quelle: Spitznagel (2002): 63

3.3.2 Stadtentwicklung

Im Lichte der schwierigen ökonomischen Voraussetzungen wirken die Aufbauleistungen des Roten Wien in der Zwischenkriegszeit noch beachtlicher. Der kommunale Wohnbau war dabei Bestandteil eines generellen städtebaulichen Programms zur Stadterneuerung und Umgestaltung Wiens: Gebaut wurden Donaubrücken (Brigittabrücke, Augartenbrücke); Parkanlagen wurden unter Schutz gestellt und leere Flächen für Parks und Sportanlagen bereitgestellt (Mattl 2000: 128).

Wie oben bereits beschrieben, sollte die ArbeiterInnenbewegung von der ehemaligen k.u.k.-Metropole „Besitz ergreifen“, anstatt verstreut in ArbeiterInnensiedlungen zu leben (Weihsman 2002: 94). Öhlinger et. al. (1993: 56) weisen jedoch darauf hin, dass „revolutionäre Ideen, die das Grundgefüge der Stadt zu verändern suchten, (...) keine Berücksichtigung [fanden]“.

Bürgerliche GegnerInnen der SDAP behaupteten eine strategische Platzierung der oft festungsartig wirkenden Gemeindebauten im Sinne einer Vorbereitung auf eine militärische Auseinandersetzung. So postulierte das Neue Wiener Tagblatt vom 12.10.1930, die Gemeindebauten wären nicht nur „Ort der Kollektivierung“ sondern auch „Festungen“ im militärisch-strategischen Sinn, weil sie gezielt an strategischen Schlüsselstellen entlang von Gleisanlagen, Brückenköpfen oder markanten Kreuzungen in der Stadt errichtet wurden. (zit. n. Weihsman 2002: 158). Die Gemeindebauten im Bereich Margaretengürtel wären „strategische Straßensperren von höchster Bedeutung.“ Der Reumannhof sei als „Sammelpunkt und Ausrüstungszentrale“ des Wiener Schutzbundes konzipiert. (Schneider/Cell 1934: 16 zit. n. Hautmann/Hautmann 1980: 151). Sowohl Weihsman (2002: 158) als auch Hautmann und Hautmann (1980: 152) bestreiten jedoch die fortifikatorische Planung der Gemeindebauten; schließlich könne man wohl im dicht verbauten Gebiet einer jeden Großstadt schwer irgendeinen Punkt finden, der nicht in der Nähe „strategisch wichtiger Orte“ liegt.

Gerade im Fall des Reumannhof und der anderen hier untersuchten Gemeindebauten waren nicht militärstrategische Überlegungen, sondern die Verfügbarkeit eines großen Baugrundes im sonst dicht bebauten 5. Bezirk ausschlaggebend für deren Platzierung an der Südbahntrasse. Darüber hinaus macht es auch infrastrukturell gesehen Sinn, große Gemeindebauten in der Nähe von wichtigen Verkehrsadern wie der Bahn oder der Gürtelstraße zu errichten.

Allerdings trug der kommunale Wohnbau in Wien zur *Desegregation* bei, da die Gemeindebauten eben auf das gesamte Stadtgebiet verteilt waren.

3.3.3 Sozialstruktur

Die im Kapitel zu den ökonomischen Rahmenbedingungen in der Zwischenkriegszeit beschriebenen „fundamentalen Änderungen auf dem Arbeitsmarkt“ (Lichtenberger 1993: 84) schlugen sich logischerweise auch in der Sozialstruktur der Wiener Bevölkerung nieder. Durch den viel kleineren Binnenmarkt waren viele Jobs unausweichlich überflüssig geworden (zum Beispiel im Bankensektor). Insgesamt erfolgte in dieser Periode ein *langsamer aber kontinuierlicher Niedergang der oberen Mittelschichten* (Juristen, Professoren etc.) (Lichtenberger 1993: 83). Gleichzeitig kam es zu einem Anstieg der Selbstständigenquote, die dem generellen Wiener Trend im 20. Jahrhundert (von 1910 bis 1991 von 13,2 auf 6,5% der Erwerbstätigen - Eigner/Resch 2003: 71) zuwiderlief. Bis 1934 war diese – aufgrund der Kleinstunternehmertätigkeit am Rande des Existenzminimums – auf 16,2% gestiegen.

Die ArbeiterInnenschaft wies – wie schon vor dem Ersten Weltkrieg – eine hohe Binnendifferenzierung auf (Sieder 1988: 71). Sieder schlägt eine Einteilung in vier Schichten nach sozioökonomischen und kulturellen Merkmalen vor (ebd.: 77-80.):

1. **Arbeiteraristokratie:** ArbeiterInnen und ihre Angehörigen, die selbst aus Handwerker- und Gewerbetreibenden-Familien *aus der Innenstadt und den Vorstädten* stammen, in kultureller Hinsicht dem Kleinbürgertum nahe stehen (beispielsweise ein Konzept der „geordneten Familienverhältnisse“ verfolgen oder stark bildungsorientiert sind). Laut Sieder war diese Schicht „*Hauptklientel des kommunalen Wohnbaus*“ – was im Folgenden noch untersucht werden wird.
2. **ProletarierInnen:** Vorwiegend ungelernete und angelernte ArbeiterInnen, wohnhaft vor allem in Favoriten, Meidling, Floridsdorf, Ottakring und Teilen von Hernals. Meistens gehen auch die Ehefrauen einer Erwerbsarbeit nach. Bevor die Kinder sehr früh ins Erwerbsleben eintreten sind sie als „Gassenkinder“ die „Hauptklientel der kommunalen Fürsorge“ des Roten Wien.
3. **SubproletarierInnen:** Durch lang andauernde Arbeitslosigkeit, Schulden oder Kleinkriminalität ist diese Schicht – auch im Roten Wien – depriviert und margi-

nalisiert. Nach Sieder kamen Angehörig dieser Schicht *„deutlich seltener in den Genuß einer Gemeindewohnung“*.

4. **Proletarisierte Selbstständige.** Sind in der Regel zu Hause selbstständig tätig, die Wohnung dient zugleich als Werkstatt. Angehörige dieser Schicht *unterscheiden sich weder im materiellen Standard (auch im Wohnstandard!) noch soziokulturell von HeimarbeiterInnen*. „Tatsächlich dürfte ein Teil der Kleinhandwerker und Kleinkaufleute an den Lebensstandard einer Facharbeiterfamilie oft gar nicht herangekommen sein.“ (Sieder 1988: 112)

Wie oben bereits erläutert gibt es kaum Untersuchung zur Sozialstruktur des Roten Wien. Weihsmann (2002: 114) spricht von „sozial homogenen Mietern“ in den Gemeindebauten. Dem entspricht auch Sieders These von den Gemeindebauten als *„avantgardistischen Quartieren“*, in denen sich „differente Kulturidentitäten“ herausbildeten, die eher Ausdruck einer Binnendifferenzierung, denn einer Homogenisierung der ArbeiterInnenschaft entsprachen (Sieder 1988: 266).²² Sieders Aussagen sind vor allem wegen seiner Einschätzung der Vergabepolitik der Gemeindewohnungen interessant. Auch Vaskovich (1998), die 15 qualitative Interviews mit ehemaligen BewohnerInnen von Gemeindebauten in den Zwanziger und Dreißiger Jahren geführt hat, behauptet, dass Gemeindewohnungen damals hauptsächlich der Schicht der Wiener „Arbeiteraristokratie“ zur Verfügung standen.²³

Zur Altersstruktur der BewohnerInnen in den neu gegründeten Gemeindebauten meint Sieder (1988: 420), dass dort hauptsächlich junge Familien mit Kindern eingezogen wären. Für den Reumannhof wird diese These auch durch die Erzählungen von Frau B. untermauert, die sich an eine Kindheit gemeinsam mit vielen anderen Kindern im Gemeindebau erinnern kann.

Grob stellte sich die Sozialstruktur Wiens, sowie ausgewählter Bezirke, zum Ende der Ersten Republik im Jahr 1934 folgendermaßen dar:

²² So gab es etwa eine distinguierende Haltung von Angehörigen der „Arbeiteraristokratie“ gegenüber unteren Schichten der ArbeiterInnenschaft, etwa, indem sie ihre Kinder nicht mit den „Gassenkindern“ der „Proleten“ spielen ließen (Sieder 1988: 138).

²³ Die Arbeit von Vaskovich – eine Abschlussarbeit an der Universität Wien – ist insgesamt sehr interessant, leider aber hat die Autorin auf eine Darstellung ihrer Methodologie völlig vergessen. So gibt es keine genaueren Beschreibungen wie, wann und mit wem die Interviews geführt wurden.

Tabelle 3: Erwerbstätige in ausgewählten Bezirken 1934 in % aller Erwerbstätigen

	Selbstständige, PächterInnen	Angestellte, Beamte	ArbeiterInnen	Lehrlinge	Mithelfende Familienan- gehörige	Insgesamt
Wien	16,2	25,3	55,0	2,4	1,1	100,0
4. Bezirk	22,7	36,0	38,9	1,3	1,1	100,0
5. Bezirk	17,5	29,3	50,9	1,6	0,7	100,0
11. Bezirk	10,5	13,9	70,2	2,7	2,7	100,0

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1937

Tabelle 4: Wirtschaftliche Zugehörigkeit der Haushalte in Wien und Margareten 1934

	Urerzeugung	Industrie, Gewerbe	Handel, Verkehr	Banken, Versich- erungen	Öffentlicher Dienst	Freie Berufe	Häusliche Dienste	k.A.
	1	2	3	4	5	6	7	
Wien	1,1	47,3	29,8	2,7	5,5	7,7	3,3	2,7
5. Bezirk	0,3	48,2	29,5	3,1	4,8	7,3	3,7	3,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1937

3.3.4 Ergebnisse der Untersuchung für 1932

Die Häufigkeitsauswertung der Daten brachte überaus interessante Ergebnisse. Bedacht werden muss allerdings, dass 87 Fälle – 12,6% der Daten – nicht kategorisiert werden konnten. Die folgenden Angaben beziehen sich auf um die fehlenden Werte bereinigten Daten.

Tabelle 5: HauptmieterInnen des Untersuchungsgebiets nach Berufsstatus, 1932

	Absolute Häufigkeiten	Relative Häufigkeiten	Relative Häufigkeiten ohne fehlende Werte
Insgesamt	693	100	100
Selbstständige	42	6,1	6,9
Angestellte	138	19,9	22,8
BeamtInnen	106	15,3	17,5
ArbeiterInnen	257	37,1	42,4
EisenbahnerInnen	63	9,1	10,4
Fehlende Werte	87	12,6	

Wenig überraschend fällt der Anteil der Selbstständigen unter den GemeindebaummieterInnen mit einem Wert von 6,9% sehr gering aus, zieht man in Betracht, dass 1934 im 5. Bezirk 17,5% und in Wien insgesamt 16,2% aller Erwerbstätigen Selbstständige waren. Abgesehen davon, dass Selbstständige wohl unter den Fällen mit fehlenden Werten überrepräsentiert sind, da, wie oben beschrieben, bei vielen Handwerksberufen der Berufsstatus nicht festgestellt werden konnte, führe ich dies auf zwei Gründe zurück: Erstens dürften besser verdienende Selbstständige aus dem Drang zur Distinktion von unteren Schichten kaum Anträge auf Gemeindewohnungen gestellt und darüber hinaus gar nicht die ökonomische Notwendigkeit dazu gesehen haben. Zweitens ist hingegen bei unteren Selbstständigen anzunehmen, dass diese wohl häufig Wohnen und Arbeiten im selben Haus verbanden – was bei Gemeindewohnungen nicht immer möglich war.

Unerwartend hoch bzw. niedrig fallen hingegen die Anteile für Angestellte (22,8%) und BeamtenInnen (17,5%) einerseits und ArbeiterInnen (42,4%) andererseits aus. Zusammen genommen wurden 1934 in Wien 25,3% Angestellte und BeamtenInnen gezählt, im 5. Bezirk waren es mit 29,3% etwas mehr. In den untersuchten Wohnhausanlagen hingegen waren 1932 40,3% aller HauptmieterInnen Angestellte oder BeamtenInnen; dieser Wert übersteigt damit sogar jenen des bürgerlichen 4. Bezirk (36%). Eine Ursache für diesen Umstand könnte der oben erwähnte langsame Niedergang der Mittelschichten im Wien der Ersten Republik sein. Für diese „Modernisierungsverlierer“ könnten Gemeindewohnungen in dieser Periode interessant geworden sein.

Dahingegen waren unter allen HauptmieterInnen der fünf Gemeindebauten nur 42,4% ArbeiterInnen. Dieser Wert liegt damit deutlich unter dem Wiener Durchschnitt von 1934 (55%) sowie unter dem Schnitt für den 5. Bezirk (50,9%). Allerdings ist hier mitzubedenken, dass EisenbahnerInnen in dieser Analyse als eigene Kategorie betrachtet werden. Mit 10,4% aller HauptmieterInnen machen diese einen doch beträchtlichen Anteil aus, der mit der räumlichen Nähe der Gemeindebauten zur Südbahn bzw. zum Südbahnhof erklärt werden kann. (Schließlich wählten ArbeiterInnen, wie oben ausgeführt, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Wohnort sehr häufig nach der Nähe zum Arbeitsplatz aus). Außerdem bildeten Eisenbahn- und Straßenbahnbeschäftigte eine Stammklientel der SDAP.

Als Nächstes sei die Verteilung der erwerbstätigen BewohnerInnen nach Berufsgruppen dargestellt. Wie bei der Variable „Status“ war auch hier aufgrund zu hoher Unsicherheiten bei

der Vercodung eine große Anzahl fehlender Werte nicht zu vermeiden. Diese machen 19,2% aller Erwerbstätigen aus, wodurch sich beträchtlichen Diskrepanzen zwischen den relativen Häufigkeiten mit und ohne der fehlenden Werte ergeben.

Tabelle 6: HauptmieterInnen des Untersuchungsgebiets nach Berufsgruppe, 1932

	Absolute Häufigkeiten	Relative Häufigkeiten	Relative Häufigkeiten ohne fehlende Werte
Insgesamt	693	100,0	100,0
1: Angehörige gesetzgebender Körperschaften, leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte in der Privatwirtschaft	5	0,7	0,9
2: Wissenschaftler (auch als Akademiker bezeichnet)	18	2,6	3,2
3: Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	58	8,4	10,4
4: Bürokräfte	52	7,5	9,3
5: Dienstleistungsberufe	111	16,0	19,8
6: Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei	2	0,3	0,4
7: Handwerks- und verwandte Berufe	223	32,2	39,8
8: Anlagen- und Maschinenbediener sowie Montierer	50	7,2	8,9
9: Hilfsarbeitskräfte	41	5,9	7,3
0: Soldaten	0	0,0	0,0
Fehlende Werte	133	19,2	

Auffallend an der dargestellten Verteilung ist in erster Linie die absolute Dominanz der Handwerksberufe. Zusammen mit den Anlagen- und MaschinenbedienerInnen sowie MontiererInnen (darunter auch KraftfahrerInnen) machen sie fast die Hälfte aller Erwerbstätigen aus. Dahingegen betrug der Anteil der Hilfsarbeitskräfte (ungelernte oder angelehrte manuelle

Tätigkeiten) im Gemeindebau nur 7,3%. Allerdings ist zu bedenken, dass die offizielle Berufsangabe nicht immer etwas über die real ausgeübte Tätigkeit aussagt. Schließlich gab es in den 20er Jahren einen Trend weg von der Hilfsarbeit hin zu Lehrberufen als billigen Arbeitskräften (Sieder 1988: 290).

Ebenfalls stark vertreten in den ausgewählten Wohnhausanlagen waren die einfachen Dienstleistungsberufe (Kategorie 5) mit rund 20% der erwerbstätigen BewohnerInnenschaft. Allerdings fallen auch sehr unterschiedliche Berufe in diese Kategorie, etwa KellnerInnen, FriseurInnen, PolizistInnen oder Straßenbahn-SchaffnerInnen. Während jedoch der Anteil der Handwerksberufe als etwas überschätzt gelten kann, ist davon auszugehen, dass jener der Bürokräfte stark unterschätzt ist. Schließlich dürften sich die fehlenden Werte grobteils auf jene Kategorie verteilen (und zu kleineren Teilen auf die Kategorien der „Dienstleistungsberufe“ sowie der „Techniker“). Beispielsweise konnte Personen mit der Berufsbezeichnung „Beamter“ keiner Kategorie zugeordnet werden, weil es sich dabei entweder um einfache Bürokräfte oder aber um höher eingestufte Tätigkeiten (Kategorie 3) handeln könnte.

Dennoch scheint der Handwerksberuf der typische Beruf im Margaretens Gemeindebau der Zwischenkriegszeit gewesen zu sein. 33,5% aller Erwerbstätigen, bei denen beide Berufsmerkmale ausgemacht werden konnten (dies war nur bei 70,6% der Fall, was die Darstellung sicher bis zu einem gewissen Ausmaß verzerrt), waren ArbeiterInnen in einem Handwerks- oder ähnlichen Beruf (Kombination der Ausprägungen 7 beim Merkmal „Berufsgruppe“ und 5 beim Merkmal „Status“). Im Gegensatz dazu betrug die Gruppe der einfachen Angestellten im Dienstleistungsbereich (Kombination 5-4), d.h. KellnerInnen, VerkäuferInnen etc. nur 4,9%, jene der einfachen BeamtenInnen (5-3), worunter etwa Amtsgehilfe, Amtsdienner oder Rayons-Inspektoren fallen, nur 7,4%.

Das Ergebnis ist auf drei Hintergründe zurückzuführen:

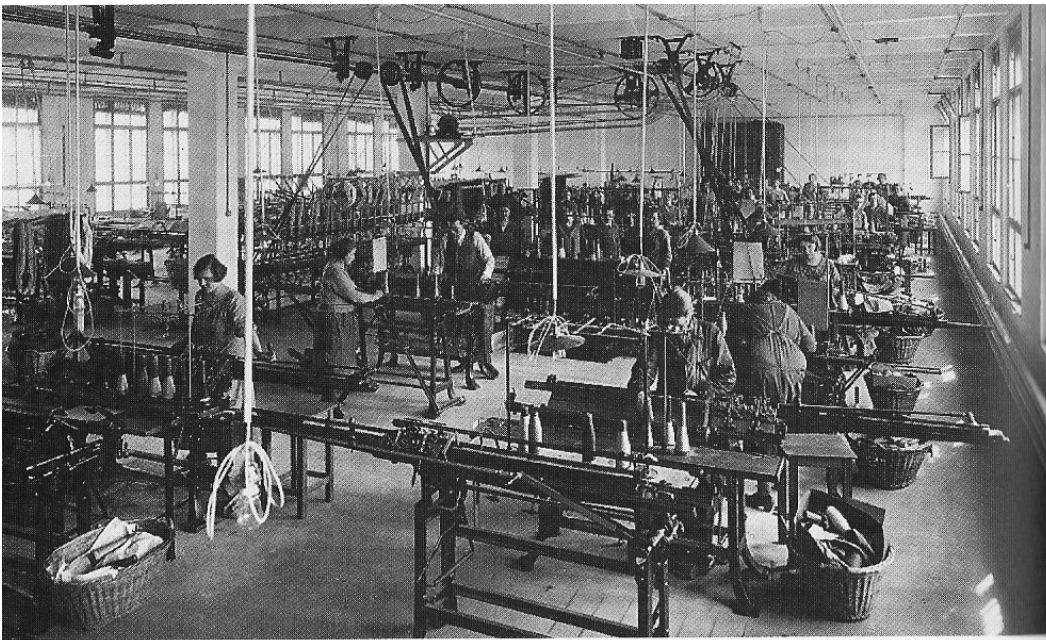
1. Die spezifische klein- und mittelbetriebliche Struktur der Wiener Wirtschaft, unter anderem mit ihrer „Hinterhofindustrie“, die einen übergroßen Anteil an qualifizierten ArbeiterInnen erforderte – im Gegensatz zur (andere Großstädte dominierenden) fordistischen Großindustrie, die viel stärker auf ungelerten Arbeitskräften aufbaute.

2. Die oben dargestellte Wirtschaftsstruktur bzw. Wirtschaftsgeschichte des traditionellen „Handwerksbezirks“ Margareten im Speziellen.
3. Die besonders starke Verankerung der Wiener Sozialdemokratie unter den ökonomisch besser gestellten Schichten der ArbeiterInnenklasse (vgl. Sieder 1988).

Welche Branchen waren besonders stark vertreten? Die oben beschriebene Konservierung traditionellen Gewerbes in Margareten bis weit ins 20. Jahrhundert hinein lässt sich, zumindest anhand der MieterInnen im Gemeindebau, bestätigen. So finden sich allein unter den 328 erwerbstätigen HauptmieterInnen aus der Stichprobe des Matteottihofs und des Reumannhofs 25 Personen, die im heute in Wien fast ausgestorbenen Bereich Textilien, Leder, Schuhe arbeiteten. Unter dieser Gruppe – hauptsächlich SchneiderInnen, Näherinnen und SchuhmacherInnen – befanden sich auch 5 Kürschner (Handwerker, die Tierfelle zu Pelzkleidung verarbeiten). Während letztere in Kleinstbetrieben beschäftigt waren, erstreckte sich die Textilbranche von der Heimarbeit bis hin zur Industrie. Es darf angenommen werden, dass etliche TextilarbeiterInnen aus den Gemeindebauten in der Textilfabrik Bernhard Altmann in der nahe liegenden Siebenbrunnengasse arbeiteten, wo insgesamt mehrere hundert ArbeiterInnen beschäftigt waren.

Weiters gibt es beispielsweise 12 TischlerInnen und 7 SchriftsetzerInnen. Die 27 Personen unter diesen 328, die in Metallberufen – vom Gürtler (stellt Metallerzeugnisse für Schmuck her) über den Metalldrucker bis hin zum Dreher – arbeiteten, waren jedoch hauptsächlich in der Industrie und nicht im Gewerbe (z.B. Schmied) beschäftigt.

Einige Berufe sind in der Auswahl auffällig oft vorhanden, was nur mit den Spezifika der umliegenden Ökonomie zu erklären ist. So etwa der Beruf des Klaviermachers. Es ist anzunehmen, dass diese Personen in der nahe liegenden (und noch heute bestehenden) Klaviermanufaktur Bösendorfer in der Graf-Starhemberg-Gasse 14 im angrenzenden 4. Bezirk beschäftigt waren. Ähnliches gilt für EtuimacherInnen bzw. KassettenerzeugerInnen, die ebenfalls öfter vorkommen.



Textilfabrik Bernhard Altmann in Margareten, Siebenbrunnengasse 21, um 1930²⁴

Zuletzt sei noch kurz auf die Bildungsstruktur der fünf Gemeindebauten eingegangen. Wenig überraschend hatte die überwiegende Mehrheit (97,2%) der GemeindebaubewohnerInnen im Jahr 1932 keinen Bildungstitel. Schließlich waren akademische Titel (und nur solche plus jenen des Ingenieurs scheinen im verwendeten Adressverzeichnis auf) in der Wiener Bevölkerung der Zwischenkriegszeit äußerst rar gesät. Der Zugang zur Universität war beschränkt, es mussten hohen Studiengebühren bezahlt werden. Der Umstand, dass alle in der Auswahl vorhandenen Personen mit Titel Männer waren, weist auf die damals überaus stark ausgeprägte Benachteiligung von Frauen im (universitären) Bildungssystem hin.

Tabelle 7: HauptmieterInnen des Untersuchungsgebiets nach Bildungstitel, 1932

	Absolute Häufigkeiten	Relative Häufigkeiten
Doktor	14	1,8
Magister	2	0,3
Ingenieur	5	0,6
Diplom-Kaufmann	1	0,1
Kein Titel	777	97,2
Insgesamt	799	100

²⁴ Quelle: Mayer/Pittler 1993 : 16

Da der Titel „Magister“ zu dieser Zeit nur an ApothekerInnen vergeben wurde, ist anzunehmen, dass es sich bei den 2 Magistern in der Auswahl um in der Haydn-Apotheke im Metzleinstaler Hof beschäftigte Apotheker handelte. 1,8% aller HauptmieterInnen waren Doktoren, allerdings muss auch dieser Wert noch relativiert werden. So zeigt die Detailauswertung der Daten, dass 7 der 14 Doktoren in der Auswahl an der Adresse Margaretengürtel 92 wohnhaft waren. Es handelt sich dabei um jenen Teil des Metzleinstaler Hofes, der bereit 1920 – zwar von der Gemeinde Wien – fertig gestellt wurde, ursprünglich aber als herkömmliches Mietshaus geplant war und noch nicht zum späteren kommunalen Wohnbauprogramm gehörte. Diese Ergebnisse indizieren jedenfalls einen deutlichen Unterschied in der Sozialstruktur zwischen den BewohnerInnen dieses Wohnhausteils und den übrigen Wohnhausanlagen, welcher auch durch weitere Auswertungen bestätigt wird. So beträgt der Anteil der BeamtInnen an allen erwerbstätigen HauptmieterInnen (ohne die Bereinigung fehlender Werte) in allen fünf Anlagen insgesamt 15,3%, im älteren Teil des Metzleinstaler Hofes jedoch 30%. Der Anteil der ArbeiterInnen (an den Erwerbstätigen, mit fehlenden Werten) beträgt hingegen nur 18%, in den Wohnhausanlagen insgesamt aber 37,1%.

3.3.5 Zusammenfassung – Erste Republik

Zusammenfassend kann die Zwischenkriegszeit in Wien als Periode ökonomischer Schwierigkeiten und Umbrüche charakterisiert werden. Trotz alledem gelang es der Sozialdemokratie, ein präfordistisches Wohlfahrtsregime auf lokaler Ebene zu installieren, mit besonderem Fokus auf die Wohnbaupolitik. In jene Periode fällt auch die Entstehung der untersuchten Gemeindebauten. Diese wurden größtenteils von jungen Familien bezogen, die zu einem auffallend großen Anteil besser gestellten Schichten der ArbeiterInnenschaft (Facharbeiter, Handwerker) sowie der Mittelschichten (Angestellte, Beamte) gehörten. Im Gegensatz dazu war der Anteil unterer ArbeiterInnen-Schichten sowie selbstständig Erwerbstätiger gering.

3.4 Austrofaschismus und Nationalsozialismus (1934-1945)

3.4.1 Politik und Ökonomie

Am Beginn der 11 Jahre faschistischer Herrschaft in Österreich stand der BürgerInnenkrieg. Wobei der Begriff „BürgerInnenkrieg“ etwas zu groß erscheint für jene zwei bis vier Tage militärischer Auseinandersetzungen im Februar 1934. Eher handelte es sich um punktuelle bewaffnete Aufstände der österreichischen ArbeiterInnenbewegung gegen eine Strömung, die im Prinzip längst die politische Macht an sich gerissen hatte. Hier kam den Gemeindebauten des Roten Wien besondere Bedeutung zu, schließlich gehörten einige von ihnen zu den wesentlichsten Kampfbauzentren in der Hauptstadt. Von den damals 348 Gemeindebauten befanden sich 17 in mehr oder weniger schweren Kämpfen (Hautmann/Hautmann 1980: 170). Umkämpft waren unter anderem der Schlingerhof, der F.A.C.-Hof (heute Paul-Speiser-Hof) und die „Gartenstadt“ (heute Karl-Seitz-Hof) in Floridsdorf, die Wohnhausanlage Sandleiten in Ottakring, Högerhof, Engelshof und Kleinhof in Simmering, der Karl-Marx-Hof in Döbling, Fuchsenfeldhof sowie Bebelhof, Liebkechthof, Haydnhof und Azaleenhof (heute Simonyhof) in Meidling. Das Bundesheer gab insgesamt 613 Schuss Artillerie-Munition auf die Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien ab, wobei die Bauten zum Teil erheblich beschädigt wurden.

Im 5. Bezirk bildete der Reumannhof das *Zentrum der Auseinandersetzungen* (vgl. Klusacek et. al 2002: 148ff. und Reisberg 1974: 14f.) Als einer der ersten Gemeindebauten überhaupt wurde dieser am 12. Februar um 14 Uhr von Polizeieinheiten angegriffen. Die Polizisten konnten zunächst ungehindert in den Bau vordringen, wurden dann aber von der aus 30 Männern bestehenden Alarmkompanie „Matteotti“ des Schutzbundes, die sich im Tanzsaal verschanzt hatten, zurückgedrängt (Reisberg 1974: 15). Einige Stunden später wurde die Polizei durch ein Feldjägerbataillon des österreichischen Bundesheers unterstützt. Mit Hilfe von schwerem Maschinengewehrbeschuss gegen den Reumannhof konnte dieses dann langsam vordringen. Am Laufe des Abends gelang es Polizei und Bundesheer, die Schutzbündler zur Aufgabe zu zwingen. 63 Männer wurden festgenommen, darunter sieben Verletzte. Der Reumannhof wurde besetzt. Um vier Uhr früh zog das Militär jedoch ab, Polizei und Heimwehr übernahmen die Kontrolle.

In den frühen Morgenstunden des 13. Februar starteten Schutzbundkämpfer vom Matteottihof sowie vom Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof aus einen als „äußerst heftigen Feuerüberfall“ beschriebenen Gegenangriff (Reisberg 1974: 20). Nach heftigem Beschuss mit Maschinengewehren mussten sich diese jedoch wieder zurückziehen. Am Vormittag gab es dann immer wieder Schusswechsel, die aufgrund der guten Deckung auf beiden Seiten jedoch keine Opfer verursachten. Auch ein Militärpanzerzug, der den Meidlinger Bahnhof von Schutzbündlern „befreien“ sollte, wurde auf dem Weg dorthin heftig aus den Gemeindebauten am Margaretengürtel beschossen (Reisberg 1974: 21).

Der einmal mehr durch das Militär sowie christlich-deutsche Paramilitärs verstärkten Polizei gelang es zu Mittag nun auch den Matteottihof zu besetzen. Soldaten stürmten nun einen Gemeindebau nach dem anderen und durchsuchten alle Wohnungen. Die letzten Straßensperren wurden in Margareten aber erst am 14. Februar geräumt, im benachbarten Meidling benötigten die Regierungstruppen noch einen Tag länger, um die Lage wieder vollständig unter Kontrolle zu bringen. Drei Schutzbundkämpfer, darunter der erst 25-jährige Führer Emmerich Sailer, wurden zum Tode verurteilt, später jedoch begnadigt (Mayer/Pittler 1993: 42). Insgesamt wurden in den Februartagen 13 BewohnerInnen (darunter eine Frau) der fünf Gemeindebauten in Zuge von Kampfhandlungen im 4., 5., 10. und 12. Bezirk verletzt, eine Person – Julius Pelikan aus dem Metzleinstaler Hof – wurde getötet.²⁵

Frau B. kann sich noch gut an die Februarkämpfe erinnern, die sie als damals 10-jähriges Kind hautnah miterlebte:

„Und dann ist mit dem 34er Jahr der Putsch da gewesen, und der hat sich halt sehr viel da abgespielt, weil da haben die Roten, die waren unter dem Kindergarten, da war auf der Seiten, der Hof, der rückwärtige Teil vom Kindergärten, da waren die Schlafsäle, und da haben die Roten Waffen versteckt gehabt. Da am Gang da, sind Tote gelegen. Die ham einpulvert, da sind heut bei der Sanierung, *60 Jahre später sind da noch Einschusslöcher gewesen vom 34er Jahr.*“ (Interview mit Frau B.: 1, eigene Hervorhebung)

Die BewohnerInnen des Reumannhofs und der umliegenden Gemeindebauten, welche nicht direkt in die Kämpfe involviert waren, verschanzten sich in ihren Wohnungen:

„...da waren überall Jalousien und da sind dann überall die Jalousien runter gelassen worden. Wehe es wär einer zum Fenster gegangen, da wär rein geschossen worden.“ (...)

„Ja, diese Unruhen, wissen’s, weil du hast nur die Jalousien a bisserl aufmachen müssen, haben’s schon hingeschossen. Das war ja auf der Gürtelseiten eher als da

²⁵ Quelle: www.februar34.at. Die Namen der Betroffenen: Franz Bittner, Karl Janda, Franz Janeba, Franz Janowsky, Josef Lambauer, Anton Lindenthal, Gustav Nerud, Franz Pohr, Michael Taibl, Oskar Taibl, Fritz Weigelmeier (Reumannhof), Marie Klemm, Adolf Schneider (Metzleinstaler Hof)

herinnen im Hof. Da ham's halt die Waffen da herausgeholt, da wo heut das Gitter ist, war damals eine Mauer. Da hat sich furchtbar was abgespielt (ebd.: 1f.).

Die Wohnhausanlagen des Untersuchungsgebiets standen also im Zentrum dieser folgenschweren Ereignisse österreichischer Zeitgeschichte. Und auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten sollten sie ein Abbild der politischen Verhältnisse im Land und insbesondere in der Hauptstadt bleiben.



Besetzung des Reumannhofs durch das Bundesheer am 12. Februar 1934²⁶

Der Zeit der Diktaturen von 1934 bis 1945 veränderte die politischen, ökonomischen und sozialen Parameter von Wohnen und Stadtentwicklung enorm. Während die Herrschaft des Austrofaschismus ab 1934 vorwiegend politische Veränderungen bewirkte, führte die Machtübernahme des Nationalsozialismus 1938 darüber hinaus auch zu Veränderungen der ökonomischen Struktur Wiens. Und während sich das austrofaschistische Regime – mit wenigen Ausnahmen – auf die organisatorischen Eliminierung der ArbeiterInnenbewegung (mit welcher, wie oben beschrieben, das Rote Wien und seine Wohnpolitik so eng verbunden war) beschränkte, machten sich die Nazis an deren teilweise physische Vernichtung.

²⁶ Quelle: Bezirksmuseum Margareten

Das unterschiedliche Ausmaß der Repression durch die beiden Regime und die Reaktion der zu großen Teilen sozialdemokratischen Gemeindebau-BewohnerInnen wird auch in einer Erzählung von Frau B. deutlich. Sie schildert eine Situation, wo ein Kommunist am ersten Mai eine Fahne mit Hammer und Sichel-Symbol aus dem Fenster seiner Wohnung in einem der beiden geschlossenen Innenhöfe des Reumannhofs gehängt hat. Auf die Nachfrage, was dann passiert ist, antwortete Frau B.: „Na ja, gar nix, *das ist akzeptiert gewesen*. Aber wie dann der Hitler gekommen ist, dann war's aus. Auch die Fahnen, da hast du müssen alles wegräumen.“ (Interview mit Frau B.: 4, eigene Hervorhebung)

Unterschiede zwischen den beiden Diktaturen gab es aber nicht nur im Level der Repression. Während von 1934 bis 1938 die Wiener Wirtschaft nicht besonders umstrukturiert wurde, richtete das NS-Regime Wiens Ökonomie nach und nach auf die Kriegsproduktion des Deutschen Reichs aus. Zu Beginn wurden die wichtigsten Betriebe, Banken und Versicherungen in deutsche Konzerne eingegliedert und eine „Arisierung“ der Wirtschaft, d.h. ein gewaltsamer Raub jüdischer Vermögenswerte zu Gunsten österreichischer und deutscher EigentümerInnen, durchgeführt. Dabei wurden tausende jüdische Unternehmen enteignet, es kam zu einem regelrechten „Kahlschlag gewerblicher Branchen“ (Eigner/Resch 2003: 11).

Durch die Aufrüstungspolitik des NS-Staats entstand eine moderne österreichische und Wiener Großindustrie. Hatte Wien 1913 bereits 29 Betriebe mit über 1000 Beschäftigten, 1930 aber nur mehr 10, so waren es 1944 schon mehr als 30 (Eigner/Resch 2003: 12). Ein Grund dafür war die Verlagerung kriegswichtiger Betriebe nach Wien im Anschluss der ersten Angriffswellen auf die norddeutsche Rüstungsindustrie. Ein „Hamburg des Ostens“ sollte Wien jedoch nicht werden, „sämtliche Hafenausbau-, Siedlungs- und U-Bahn-Pläne blieben Makulatur“ (Mattl 2000: 64).

3.4.2 Wohnpolitik und Stadtentwicklung

Während UnternehmerInnen und speziell die Wiener HausbesitzerInnen vor 1934 beharrlich scharfe Angriffe gegen den sozialdemokratischen „Wohnungsbolschewismus“ (so der Vizepräsident des Niederösterreichischen Haus- und Grundbesitzerverbandes, Johann Czerny²⁷) starteten, konnte die neue Regierung auf das Vertrauen dieser Gruppen zählen. Und so war

²⁷ Czerny, Johann (1925): Der Wohnungsbolschewismus in Österreich. Für denkende Menschen vom Standpunkt des Rechts, der Moral und der Vernunft beleuchtet, Baden

eine der ersten Aktionen der neuen Wiener Stadtverwaltung nach dem Umsturz die Erhöhung der Mietzinse in städtischen Wohnhäusern um bis zu 120% ab dem 1. Juli 1934 (Riemer 1945: 56). Und während schon das ambitionierte Wohnbauprogramm der Sozialdemokratie in den 30er Jahren aufgrund der finanziellen Engpässe durch die Weltwirtschaftskrise deutlich zurückgefahren werden musste, kam der städtischen Wohnbau unter der Herrschaft des Austrofaschismus fast völlig zum Erliegen. Allerdings waren die Gründe hierfür nicht rein ökonomischer Natur, sondern hatten mit der Ablehnung sozialstaatlicher Leistungen durch die AustrofaschistInnen zu tun. Die umstrittene Wohnbausteuer wurde abgeschafft und durch eine „Mietaufwandssteuer“ ersetzt, die 1936 dann von der „Hausgroschenabgabe“ abgelöst wurde. Diese Steuern waren viel weniger progressiv und die Einnahmen daraus flossen überdies nicht in den sozialen Wohnbau (Riemer 1945: 56f.).

Wohnbau sollte nun nicht mehr dem Empowerment der besitzlosen Klassen und der Hebung ihres Lebensstils dienen, sondern bekam „Asylcharakter“, ein deutlicher Qualitätsabfall war die Folge (Machart 1984: 30). Zwischen 1934 und 1938 baute die Gemeinde Wien nur 3.584 Wohnungen – allerdings waren dies nur Fertigstellungen bereits von der sozialdemokratischen Regierung in Auftrag gegebener Projekte. Aus eigener Intention wurden bloß sieben „Familienasyle“ mit insgesamt 850 kleinen und schlecht ausgestatteten Wohnungen errichtet (Riemer 1945: 57). Eines davon entstand in Margareten, in der Siebenbrunnengasse 76-78, unweit des Matteottihofs.

Ein Anliegen war der austrofaschistischen Politik jedoch offenbar die Namensgebung der Wiener Gemeindebauten. Nachdem es unmittelbar nach dem BürgerInnenkrieg zu einigen „wildem“ Umbenennungen gekommen war (Hautmann/Hautmann 1980: 176), gibt es für „amtliche“ Umbenennungen nur zwei konkrete Beispiele. Das war einerseits der Karl-Marx-Hof, der 1934 in Heiligenstädter-Hof umbenannt wurde und andererseits einer der in dieser Arbeit untersuchten Gemeindebauten – der Matteottihof. Dessen Bezeichnung wurde 1934 sofort nach der Beendigung der Kämpfe in Giordani-Hof geändert – nach einem italienischen faschistischen „Märtyrer“. Ein Akt, der eindeutig als Anbiederung des Austrofaschismus an die Regierung Mussolini verstanden werden muss, jene Regierung, die bekanntlich Matteotti im Jahr 1924 umbringen hatte lassen.

1935/36 wurde dann der Beschluss getroffen, keine Umbenennungen vorzunehmen, wohl aber die Namenslettern von den Fassaden der Wohnhäuser abzumontieren. Dies geschah im

Fall von rund 40 Gemeindebauten (Hautmann/Hautmann 1980: 176), wobei keinerlei politische Systematik zu erkennen ist. Während die Namen von Personen abmontiert wurden, die nichts mit der ArbeiterInnenbewegung zu tun hatten (George Washington oder Robert Blum), ließ man im Fall des Reumannhofs, des Viktor-Adler-Hof, oder des Schuhmeierhofs die Buchstaben hängen (Hautmann/Hautmann 1980: 178). Im Untersuchungsgebiet waren – neben dem Matteottihof – weiters der Julius-Popp-Hof und der Herwegghof betroffen. Der politisch „unverfänglich“ benannte Metzleinstaler Hof hingegen konnte seine Namenslettern behalten.

Anders als das austrofaschistische Regime hatten die Nazis 1938 große Pläne für Stadtentwicklung und Wohnbau in Wien. Geplant war unter anderem der Bau einer Neustadt an der Donau, erschlossen durch parallele Monumentalachsen, die mitten durch die ehemals „jüdische“ Leopoldstadt verlaufen sollten. Weiters wollte man den Heldenplatz als Aufmarschgebiet vergrößern oder ein neues Messegelände an der Donau errichten. Realisiert wurde allerdings keines dieser Projekte. Auch der Ausbau Wiens zum mitteleuropäischen Zentrum im Reichsautobahnnetz scheiterte kriegsbedingt an Kapitalmangel und strategischen Erwägungen (Matzl 2000: 64).

In der Wohnpolitik propagierten die Nazis das Eigenheimidyll, die „marxistische Vereinigung“ der Arbeiter in Großwohnanlagen sollte verhindert werden (Harlander 1995: 60f. zit. n. Senoner 2002: 12). Allerdings kündigte man – großspurig – an, 80.000 neue Wohnungen in Wien zu schaffen und damit die Leistungen des Roten Wiens zu übertrumpfen (Tabor 1994: 8 zit. n. Senoner 2002: 12). Am Ende wurden aber nur rund 3000 neue Wohnungen geschaffen, großteils in billiger und einfacher Bauweise.

3.4.3 Sozialstruktur

Die bedeutendsten Veränderungen in der Sozialstruktur der Wiener Bevölkerung zwischen 1934 und 1945 waren Folge der nationalsozialistischen Politik, Juden/Jüdinnen und andere Bevölkerungsgruppen zu deportieren, in Wien eine moderne Großindustrie aufzubauen und gezielt parteitreue Offiziere sowie Parteimitglieder nach Wien zu senden. Die, durch letztgenannte Praxis entstandenen, zusätzlichen Engpässe auf dem Wohnungsmarkt wurden aber nicht durch das großspurig angekündigte Wohnbauprogramm behoben, sondern durch die „Arisierung“ von Wohnungen. Durch die Beschlagnahmung jüdischer Wohnungen wurden in

den Jahren 1938 bis 1942 bis zu 70.000 Wohnungen neu vergeben (Tabor 1994: 14 zit. n. Senoner 2002: 17). Das waren immerhin um 10.000 Wohnungen mehr, als das Rote Wien gebaut hatte. Der NSdAP stand somit eine „gewaltige Ressource zur Korruption der Wiener Bevölkerung“ zur Verfügung (Mattl 2000: 61).

Wie stand es um die Delogierungen von Juden/Jüdinnen aus den Gemeindebauten? Schon vor 1938 hatte es immer wieder Diskussionen um jüdische GemeindebaumietInnen gegeben. Während es die Praxis der (bürgerlichen) Rechten war, in ihrer Propaganda gegen die Sozialdemokratie antisemitische Klischees zu (re)produzieren, stellte die Zionistische Sektion VI-VIII in einer Wahlbroschüre von 1927 die Behauptung auf, dass von den damals 30.000 errichteten Gemeindewohnungen nur 250 an Juden/Jüdinnen vergeben worden wären, das entspräche einem Prozentsatz von 0,8. Allerdings, so die Organisation, befänden sich unter den etwa 56.000 vorgemerkten Wohnungssuchenden rund 13.000 Juden/Jüdinnen (23,2%) (Exenberger et. al. 1996: 11). Tatsächlich war der Anteil jüdischer MieterInnen in den Gemeindewohnungen der 20er und 30er Jahre sehr gering, hierfür ausschlaggebende Gründe müssten jedoch näher untersucht werden.

Der nationalsozialistischen Führung, die darauf bedacht war, ihren Handlungen einen rechtsstaatlich „einwandfreien“ Anstrich zu verleihen, kam nun 1938 der Umstand entgegen, dass alle nach 1917 in Wien erbauten Wohnungen nicht unter die Kündigungsbeschränkungen des Mieterschutzes fielen (Exenberger et. al. 1996: 28). Hier handelte es sich natürlich fast ausschließlich um Gemeindewohnungen – deren MieterInnen sich besonders sicher fühlten, weil ihnen kein privatkapitalistischer Hausherr gegenüber stand. Mit der Begründung „Jude, Volljude, Nichtarier, Gatte Jude“ usw. wurden nun betroffenen MieterInnen im Sommer 1938 insgesamt 2064 Kündigungsakte zugestellt (Exenberger et. al. 1996: 34). Bereits im September 1938 waren auf diese Art und Weise 1.225 Wohnungen freigemacht (ebd.: 33), diese wurden über die Kreiswohnungsämter wieder – in der Regel an Parteimitglieder – vergeben (ebd.: 36).²⁸

In den hier untersuchten Gemeindebauten waren insgesamt 31 jüdische MieterInnen betroffen, darunter 12 Frauen und 19 Männer (ebd.). (Weitere Informationen zu diesen Personen finden sich im Anhang.) Sieben im Metzleinstaler Hof, neun im Reumannhof, sechs im Matteottihof,

²⁸ Unter dem austrofaschistischen Regime war es hingegen kaum zu Vertreibungen aus Gemeindewohnungen gekommen. Delogierungen sozialdemokratischer und kommunistischer AktivistInnen bzw. deren Angehöriger blieben „auf relativ wenige Einzelfälle beschränkt“ (Hautmann/Hautmann 1980: 174).

sieben im Herwegghof und zwei im Julius-Popp-Hof. Abgesehen vom tragischen Schicksal jedes Einzelfalls trugen diese Delogierungen kaum zur Veränderung der sozialen bzw. ethnischen Zusammensetzung der Gemeindebauten bei. Zu klein war der Anteil jüdischer MieterInnen im kommunalen Wohnbau (während er an der Wiener Bevölkerung insgesamt vor 1938 über 10% betrug, hier bedeutet die nationalsozialistische Vertreibungs- und Vernichtungspolitik also sehr wohl eine merkbare Veränderung der Bevölkerungsstruktur).

3.4.4 Zusammenfassung – Austrofaschismus und Nationalsozialismus

Der die Periode des „Roten Wien“ ablösende BürgerInnenkrieg wurde in Wien zu großen Teilen in und um die Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien ausgefochten. Dabei stand der Reumannhof und in geringerem Ausmaß auch der Matteottihof im Zentrum der bewaffneten Auseinandersetzungen – Auseinandersetzungen, die noch über Jahrzehnte hinweg physische (in den Häusern) und psychische Spuren („in den Köpfen der BewohnerInnen“) hinterlassen sollten.

Ökonomisch und politisch war die Periode der beiden Diktaturen von 1934 bis 1945 von Umstrukturierungen unterschiedlichen Niveaus gekennzeichnet. Gemeinsamkeiten lassen sich jedoch im Bereich des sozialen Wohnbaus feststellen, der in beiden Regimes kaum vorhanden war. Anders als im Austrofaschismus wurden im Nationalsozialismus jedoch sämtliche jüdische Gemeindebau-MieterInnen delogiert, wovon in den hier untersuchten Wohnhäusern 31 Menschen betroffen waren. Insgesamt führte die Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der Nazis gemeinsam mit der durch die Kriegsproduktion erfolgten Modernisierung zu einem Wandel in der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur Wiens.

3.5 Fordismus (1945 - 70er)

3.5.1 Politik und Ökonomie

Die zwei Jahrzehnte nach der Zeit des unmittelbaren Nachkriegs-Wiederaufbaus, also die 50er und 60er Jahre, werden in den Sozialwissenschaften häufig als die Hochzeit des Fordismus bezeichnet. Darunter wird im Allgemeinen jenes politisch-ökonomische System verstanden, welches auf stark standardisierter industrieller Massenproduktion, einem bestimmten Arbeits- und Konsumtypus (Massenkonsum), einer keynesianisch organisierten Wirtschaftspolitik und einem mehr oder minder stark ausgeprägten Kooperatismus zwischen den Organisationen der Unternehmen bzw. der Lohnabhängigen fußt. Ein System, welches so lange unangetastet blieb bzw. kaum hinterfragt wurde, so lange der ökonomische Nachkriegsboom anhielt.

Auch die politische Situation hatte sich gegenüber der Zwischenkriegszeit deutlich verändert. Die beiden österreichischen Großparteien standen sich nicht mehr gegensätzlich gegenüber, sondern funktionierten über weite Strecken konsensual in ihrer Übereinstimmung über die „technokratische Moderne“ (Mattl 2000: 78). Beide strebten danach, Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen EinwohnerInnen in gleichem Ausmaß den Konsum standardisierter Massengüter (Autos, Haushaltsgeräte, Fernseher, Einbauküchen) ermöglichen sollen (ebd).

In Wien wurde dieser fordistische Konsens von der SPÖ umgesetzt, die ihre Dominanz in Kommunalpolitik wiederhergestellt und gefestigt hatte (Novy et. al.2001: 135). Mattl, der das Rote Wien als „Vorleistung auf die fordistische Stadt“ interpretiert, analysiert die Wiener Kommunalpolitik nach 1945 als rein „technokratische und funktionalistische Administration“, was aber durchaus im internationalen Trend stattgefunden habe (Mattl 2000: 75). Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit waren es nun aber immer weniger stärker weltanschaulich geprägte Vorfeldstrukturen, sondern ein feines Netz der kommunalen Politik – von der Wohnungsvergabe über Betriebskredite bis hin zum Kulturbereich, welches der Sozialdemokratie den Einfluss auf den Alltag der WienerInnen ermöglichte (ebd.: 79). Kommunale Verwaltung, politische Institution und sozialdemokratische Partei waren „zusammengewachsen“ (ebd.).

Im Kontext von Sozialpartnerschaft und großer Koalition änderte sich in den 50er Jahren auch der sozialdemokratische Diskurs, der nach wie vor sehr stark von der Wiener Landespartei be-

einflusst wurde. Zwar machte sich die SPÖ – im Gegensatz zur ÖVP, die das Wohnungseigentum fördern wollte – weiterhin für kommunalen Wohnbau und MieterInnenschutz (gegen die freie Mietzinsbindung) stark, einer Erhöhung der Mieten konnte sie sich mit der Zeit aber nicht mehr entgegenstellen. Mit der von SPÖ und ÖVP beschlossenen Mietgesetznovelle von 1951 wurde der Hauptmietzins pro Friedenskrone in ganz Österreich um einen Schilling – den so genannten „Wohnbauschilling“ – erhöht. Bis zum Ende der 50er Jahre war der MieterInnenschutz noch ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik, dann änderten sich die Themen mehr in Richtung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Senoner 2002: 76).

Ökonomische und politische Veränderungen auf der Makroebene werden in kleinteiligen Bereichen häufig erst mit gewisser Verzögerung nachvollzogen. So hatte die traditionelle Hinterhofindustrie der inneren Bezirke durch Wiederaufbau neue Impulse erhalten, Straßentrakte wurden nun von vielen Betrieben als Büro- oder Verkaufsflächen in ihr Geschäftsleben integriert. Die alten Gewerbevorstädte Margareten, Neubau und Mariahilf vereinigten in den 50ern auf ihrem Gebiet noch über 5000 sachgütererzeugende Betriebsstätten (Eigner/Resch 2003: 38). Allerdings wanderten flächenintensive Produktionsstätten in dieser Zeit bereits in die Außenbezirke ab (ebd.). Insgesamt konnte der sekundäre Sektor bis 1962 noch einmal zulegen (ebd.: 13).

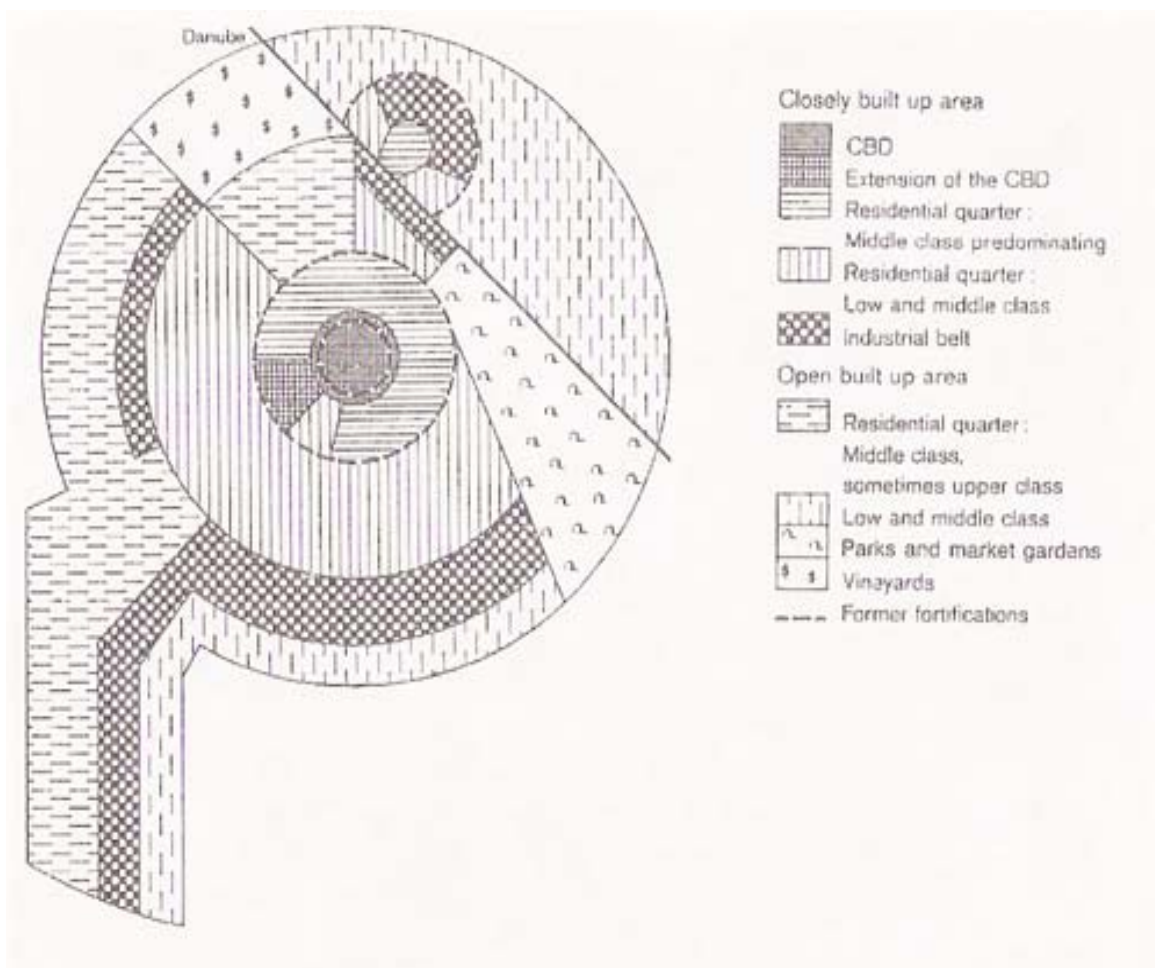
In den 60ern erfolgte mit dem Einsetzen der „Tertiärung der Wirtschaft“ (Eigner/Resch 2003: 43) eine nachhaltige Veränderung der ökonomischen Struktur Wiens. Vom, in diesem Jahrzehnt massiv einsetzenden, Verschwinden der Hinterhofindustrie waren besonders die alten Gewerbevorstädte Josefstadt, Neubau, Mariahilf und Margareten betroffen. Es gab eine „fortschreitende Vertreibung des traditionellen Gewerbes, der Hinterhofindustrien der Schuster, Tischler, Schneider und Greißler aus dem innerstädtischen Bereich.“ (Eigner/Resch 2003: 44).

3.5.2 Wohnpolitik und Stadtentwicklung

Nach der Stagnation in der Zwischenkriegszeit erlebte Wien in den 50ern wieder einen neuen Urbanisierungsschub. Zwar registrierte man nur ein geringes Bevölkerungswachstum, das negative Geburtensaldo konnte jedoch durch Zuwanderung – die ähnlich stark war wie in der Zwischenkriegszeit – wettgemacht werden. Damals handelte es sich allerdings noch fast ausschließlich um Binnenmigration aus den österreichischen Bundesländern (Eigner/Resch 2003: 38).

In den 60er Jahren hatte Wien – im Gegensatz zu vielen anderen Großstädten – sein räumliches Zentrum als sein soziales und ökonomisches Zentrum enthalten können. (Lichtenberger 1993: 110). Trotz der Entwicklung zum Regierungsviertel einerseits und einem Central Business District (CDB) andererseits, blieb die Innere Stadt die attraktivste Wohngegend. Anders als in vielen US-amerikanischen aber auch westeuropäischen Städten kam es hier nicht zu einem Verfall oder der Entwicklung eines Gürtels an Slums rund um den innersten Kern (ebd.).

Abbildung 2: Sozialräumliches Modell Wiens der 60er Jahre



(Lichtenberger 1993: 110)

Außerhalb des Gürtels hatten ArbeiterInnenbezirke längst die ehemaligen Vororte ersetzt, die soziale Spaltung zwischen den Stadtteilen innerhalb und außerhalb des Gürtels blieb so jedoch erhalten (Lichtenberger 1993: 111). Neben den älteren ArbeiterInnenvierteln mit vor-

wiegend gründerzeitlichen Altbauwohnungen (häufig Substandard) – etwa Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring oder Hernals, entstand im Süden und Osten der Stadt, bedingt durch den kommunalen Wohnbau, eine zweite Zone von großen ArbeiterInnenquartieren (z.B. in Favoriten oder Simmering) (Lichtenberger 1993: 141).

Das fordistische Paradigma schlug sich in der Stadtplanung in der Idee der so genannten *städtebaulichen Moderne* nieder, bzw. im *städtebaulichen Funktionalismus* (Häußermann et. al. 2000: 141). Dieser geht von der Stadt als mechanischer Einheit aus (Ronneberger 2006: 51f.), die wie eine Maschine funktioniert, in der alles seine Funktion hat – und vor allem *nur eine* Funktion. In Wien bedeutete dies eine Stärkung der City-Funktionen (Lichtenberger 1993: 110), die Ankurbelung privater Kaufkraft und – dies ist besonders hervorzuheben – die Konzentration auf den motorisierten Individualverkehr. So stieg der Anteil der Verkehrsbauten am Wiener Baubudget von 8% im Jahr 1949 auf 23% im Jahr 1961 (Matzl 2000: 76). Damit einhergehend erhöhte sich auch die Anzahl der in Wien gemeldeten PKW von 22.900 im Jahr 1951 auf 157.000 im Jahr 1961 (Matzl 2000: 76).

Die Förderung des Individualverkehrs entsprach auch dem Bau neuer Gemeindebauten am Stadtrand – ganz im Sinne der funktionalen Trennung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Diese „funktionale Aufdröselung“ brachte „Schlafstädte“ am Stadtrand hervor (Eigner/ Resch 2003: 46), die zum Teil nur unzureichend an öffentlichen Verkehr angeschlossen und mit verschiedenster Infrastruktur ausgestattet (Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen) wurden. Weiters fehlte oft ein entsprechendes Arbeitsplatzangebot (ebd). Dies trug auch zum *Imagewandel* des Wiener Gemeindebaus in den folgenden Jahrzehnten bei. Gleichzeitig entwertete die Perspektive der Verlagerung an den Stadtrand, welcher ein bewusster Akt der Stadtplanung war²⁹ (Eigner/Resch 2003: 45) innerstädtische Wohngebiete, darunter die hier untersuchten Gemeindebauten. Denn vier von fünf liegen unmittelbar am Gürtel, der damals im Zentrum der stadtplanerischen Fokussierung auf den motorisierten Individualverkehr stand (Petrovic 1998: 68). Nach Mayer/Pittler (1993: 64) war der Gürtel bis in die späten 50er Jahre noch eine „Promenade der Arbeiter“. Jedenfalls aber war er, wie historische Fotos zeigen, damals noch kaum befahren, was sich sehr positiv auf die Lebensqualität der angrenzenden Wohnhäuser auswirkte. Aufgrund seiner Grünflächen war der Gürtel damals noch eine beliebte Adresse und angenehme Wohnstraße (Petrovic 1998: 76).

²⁹ Nach dem städtebaulichen Grundkonzept von Roland Rainer, welches 1962 vom Gemeinderat abgesegnet wurde, waren die Ziele der Wiener Stadtplanung die Dezentralisierung der Stadt, die Auflockerung des dicht bebauten Gebiets und die Verdichtung der locker bebauten Flächen (Eigner/Resch 2003: 45).



*Margareten aus der Vogelperspektive, 50er Jahre. Im Vordergrund der Körner-Hof, im Hintergrund die Bauten der „Ringstraße des Proletariats“.*³⁰

In den 60ern wurde der Gürtel dann zur Schnellstraße ausgebaut (Errichtung der Gürtelbrücke von 1962 bis 1964), es wurden Unterführungen im Bereich Südgürtel errichtet und Straßenbahnlinien durch Busse ersetzt oder unter die Erde verlegt. Die Straßenverkehrsenquête von 1955 gab Empfehlung, „die ganze Gürtelstraße als zweite Ringstraße mit Trennung der beiden Fahrtrichtungen für den schienenfreien Verkehr auszubilden“ (zit. n. Petrovic 1998: 68). Pläne den Gürtel zu einer Stadtautobahn auf Stelzen auszubauen, scheiterten allerdings am Protest von Medien, Bürgerinitiativen und nicht zuletzt der SP-Bezirksorganisation Margareten (Mayer/Pittler 1993: 74). Mit der „Promenade“ auf der „Ringstraße des Proletariats“ war es jedenfalls vorbei. Im Gegensatz zur originalen Ringstraße konnte sich der Gürtel auch in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute nicht als Raum der politischen Repräsentation etablieren.

³⁰ Quelle: Mayer et. al. 1993: 58

Im Bereich des Wohnbaus stand ursprünglich die Idee des *Sozialen Städtebaus* im Raum, der im Gegensatz zum Sozialen Wohnbau eine Gesamtkonzeption von Wohn-, Verkehrs- und sonstigen Baumaßnahmen darstellten sollte (Mattl 2000: 139). Die Haltung der Wiener SPÖ in der Nachkriegszeit bringt ein Zitat von Bürgermeister Theodor Körner aus der Zeitschrift „Aufbau“ von 1950 zum Ausdruck:

„Wien muss sich also wieder neuen sozialen Wohnraum schaffen. Trotz der schweren Hemmungen, die sich dem Wiederaufbau des Zerstörten und dem Neubau von Wohnungen entgegenstellen, werden bald wieder 10.000 Wohnungen neu errichtet worden sein; der soziale Wohnbau läuft in Wien wieder auf vollen Touren.“ (zit. n. Marchart 1984: 32)

Allerdings stand die Stadtverwaltung anfangs vor großen Schwierigkeiten durch die massiven Kriegszerstörungen (Finanzierung, Baugründe, etc.), gesteckte Ziele konnten nur teilweise erreicht werden (Marchart 1984: 32). Schließlich waren 1945 25% der Wiener Bausubstanz beschädigt, 13% aller Wohnungen unbenutzbar und ca. 270.000 WienerInnen obdachlos (Eigner/Resch 2003: 12). Ab 1949 kam die kommunale Wohnbautätigkeit in Wien wieder in Schwung. Ab 1950 wurde das angestrebte Ziel – jährlich 3000 neue Wohnung zu bauen – erstmals eingehalten (Senoner 2002: 41).

Das 1950 von der Gemeinde Wien beschlossene Schnellbauprogramm basierte auf Überlegungen den Wohnbau zu rationalisieren, ohne die Baugüte einschränken zu müssen. Einsparungen und die optimale Ausnutzung von Material waren genauso vorgesehen wie eine optimale Auslastung des Grundrisses. Dies musste zwangsläufig auf Kosten des architektonischen Formenreichtums gehen, der den Gemeindebau des Roten Wien so berühmt gemacht hatte.

Aufgegeben wurde auch die geschlossene Verbauung, die traditionell das Bild des Hofes, insbesondere des Gemeindebaus in Wien geprägt hatte – mit all ihren beabsichtigten und ungewollten Funktionen. Stattdessen wurden „Wohnzeilen“ errichtet, teils in offener Bauweise, auf „sozialen Grünflächen“ (Mattl 2000: 139). Diese drei- bis viergeschossigen senkrecht zu Straße stehenden Gebäude werden von Bramhas (1987: 73) abfällig als „Wohnkisten“ bezeichnet. Der 1952 in Penzig eröffnete Hugo-Breitner-Hof war der erste große Gemeindebau nach dem Krieg und gleichzeitig einer der letzten in der ursprünglichen Bauweise (Matis et. al. 1999), seine Architektur aber bereits weniger monumental und mehr am Funktionalismus orientiert.

„Die meisten der ab etwa 1950 errichteten Bauten brachen weitgehend mit der Tradition der Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit. Der Superblock der zwanziger Jahre gehörte der Vergangenheit an. Der neue Typus des Gemeindebaus wurde von

der Grünanlage geprägt, aus der in aufgelockerter Bebauung höhere und niedrigere Wohnblöcke wuchsen.“ (Matis et. al. 1999: 17f.)

In quantitativer Hinsicht waren die 50er Jahre der Höhepunkt im kommunalen Wohnbau der Nachkriegszeit (Senoner 2002: 48). 1954 konnte der Grundstein für die 100.000 Gemeindefwohnung seit 1919 gelegt werden (Marchart 1984: 33) Laut Marchart (1984: 33) war die „quantitative Wohnungsnot“ 1958 im Wesentlichen beseitigt. SPÖ-Stadtrat Leopold Thaller sprach 1954 von „wahrhaft imponierenden Leistungen“ (zit. n. Marchart 1984: 32f).

Der Volksmund bezeichnete die Gemeindefwohnhäuser der 50er Jahre mit ihren Flachdächern und genormten Standardfenstern als „Emmentaler-Stil“ (Marchart 1984: 104). In den 60er Jahren wurde die Standardisierung noch weiter getrieben. Lehnte man vor 1960 die Montagebauweise noch eher ab, kam man in den 60er Jahren zum Schluss, dass nur so die Kapazität des städtischen Wohnbaus erhöht werden konnte (Marchart 1984: 33). Diskussionen um die architektonische Monotonie dieser Bauweise wurden von den Verantwortlichen eher beschwichtigt und der industrielle Fortschritt betont (vgl. Marchart 1984: 33f). „Perspektivskizzen solcher Wohnviertel und selbst alte Fotografien lassen nur schwer erkennen, um welches Gebiet es sich dabei handelt, so ähnlich sind sich diese Wohnanlagen.“ (Marchart 1984: 105).

Neben den bereits angeschnittenen architektonischen Veränderungen sind drei wesentliche Unterschiede zum kommunalen Wohnbau des Roten Wien der 20er und 30er Jahre auszumachen:

1. *Die Ausstattung der Wohnungen:* Euphorischer Fortschrittsglaube und tatsächlich steigender Wohlstand (von 1950 bis 1975 verfünffachte sich das Realeinkommen der WienerInnen, während es von 1915 bis 1950 nahezu gleich geblieben war) stellten in der Nachkriegszeit neue Ansprüche an den sozialen Wohnbau. Waren die Wohnungsgrößen mit 25m², 48m², 56m² und 57m² anfangs noch praktisch gleich wie in der Zwischenkriegszeit, so wurden sie 1958 bis 1961 auf 26-28m², 51,5m², 63m² und 76,5m² erhöht (Bramhas 1987: 76). Die Durchschnittsgröße einer Gemeindefwohnung stieg so von 45 m² (1948–51) über 56 m² (1961) auf 70 m² (1971/72) an. (ebd.: 77). Neu war auch der Einbau von Nassräumen, die ab 1950 verpflichtend in jeder Wohnung und getrennt vom WC eingebaut werden mussten (Matis et. al. 1999: 18). Für die einst so fortschrittlichen Gemeindefwohnungen aus den 20er und 30er Jahren, wie den Reumannhof oder den Matteottihof, bedeutete dies natürlich eine Abwertung im Grad der Attraktivität, denn ihre Wohnungen blieben klein und ohne Badezimmer.

Vergessen werden darf aber nicht, dass weiterhin nur eine kleine Minderheit der WienerInnen in Gemeindewohnungen wohnte. Besonders in Gründerzeitquartieren, wie dem 5. Bezirk, wohnte die Mehrheit der Menschen Anfang der 60er Jahre noch in Wohnungen der Kategorie D, die kein WC und teilweise nicht einmal einen Wasseranschluss im Wohnungsverband beinhalteten. Wie die folgende Tabelle zeigt, waren die Wohnungen der zwischen 1924 und 1928 erbauten Gemeindebauten des Untersuchungsgebiets noch 1961 besser ausgestattet als 52,4% aller Wohnungen im 5. Bezirk.

Tabelle 8: Wohnungen nach Ausstattungskategorie und ausgewählten Bezirken 1961 und 1971

Bezirk	Jahr	Kategorie A und B	Kategorie C	Kategorie D
		Zentralheizung, Bad, WC, Wasser innen	WC und Wasser innen	Mit und ohne Wasser in der Wohnung
4. Bezirk	1961	46,1	27,0	27,0
	1971	61,1	17,2	21,6
5. Bezirk	1961	19,8	27,8	52,4
	1971	34,1	23,4	42,5
10. Bezirk	1961	24,4	26,0	49,6
	1971	48,7	17,8	33,5
Wien	1961	27,0	27,6	45,5
	1971	47,8	18,7	33,5

Magistrat der Stadt Wien (2002)

Die Wohnhausanlagen in den Stadterweiterungsgebieten am Stadtrand sollten vom Konzept der gemeinschaftlichen Einrichtungen zumindestens teilweise an die Tradition des großen Gemeindebaus aus der Zwischenkriegszeit anknüpfen. Allerdings wurden zwar Einrichtungen wie Horte, Kindergärten, Schulen, Grünflächen, Einkaufszentren (Konsum) nach einem genauen, in Wohneinheiten gemessenen Ausstattungsschlüssel, einbezogen, jedoch, so kritische Stimmen, fehlten den Wohnhausanlagen der städtischen Peripherie höherrangige Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeiteinrichtungen (Banik-Schweitzer 1992: 27). Gleichzeitig wurden die aus der Zwischenkriegszeit bekannten Einrichtungen, wie Waschküchen, aufgrund des steigenden Wohlstands immer weniger in Anspruch genommen. Durch die – auch von den Großparteien vorangetriebene – relative Ent-

politisierung der Gesellschaft bestand auch immer weniger Bedarf nach Versammlungsräumen, „Arbeiterbüchereien“ und ähnlichem.

Auch in den hier untersuchten Gemeindebauten finden sich Beispiele für diesen Entwicklung. So wurde etwa im Matteottihof die Waschanlage – die heute noch in Betrieb ist – in den 70ern maßgeblich umgebaut. Zur Zeit des Roten Wien gab es hier noch ein Waschhaus mit Badekojen und Brausen oberhalb der Waschküche und darüber eine Dachterrasse, auf der sich Erwachsene und Kinder in die Sonne legen konnten (Ziganel 2007). Das Waschhaus glich ursprünglich einer „riesengroße[n] quergestellte[n] Basilika“ (ebd.). Doch diese dem Austromarxismus entsprechende Erhebung der Hygiene in den Rang des Heiligen passte nicht mehr zum pragmatischen Funktionalismus der fordistischen Periode.

Zwischen Julius-Popp-Hof und Herwegghof – beim so genannten *Bärenbrunnen* – befand sich ursprünglich ein großes Kinderplanschbecken. In den 70er Jahren wurde dieses auf ein Drittel der Originalgröße zurückgebaut und später zur Gänze aufgelöst (Ziganel 2007). Dies entsprach ganz dem damaligen Trend von der Trennung von Arbeiten, Wohnen und Freizeit. Letztere wurde tendenziell in die Kleinfamilie (und damit privatisiert) oder in größere, oft kommerzielle Einrichtungen verlagert.

2. Der zweite Unterschied betrifft die *Finanzierung der Gemeindewohnungen*. „Die Etappen des sozialen Wohnbaus der Nachkriegszeit spiegeln sich auch in der Entwicklung des Förderungswesens wider.“ (Matznetter 1991: 186f. zit. n. Matis et. al. 1999: 22). Anders als noch in der Zwischenkriegszeit kamen relevante Wohnbauförderungsmittel ab Ende der 60er Jahre auch aus Bundesbudgets. In den 50ern verlor die Gemeinde Wien ihr Bauträgermonopol, die neu eingeführte Bundesförderung wurde vor allem von gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften und dem Eigentumswohnungsbau in Anspruch genommen. (Eigner/Resch 2003: 105). Allmählich wurde auch im kommunalen Wohnbau das Prinzip der *Kostenmiete* eingeführt, d.h. die Baukosten für die Wohnungen sollten sich wenigstens längerfristig amortisieren (ebd.). Steigende Mieten waren die Folge. Mit den Veränderungen im Bereich der Wohnbauförderung wandelte sich auch die Finanzierung des kommunalen Wohnungsbaus. Seit den 60er Jahren kann von einem „fortschreitenden Prozeß der Vermarktwirtschaftlichung“ gesprochen werden (Matis et. al. 1999: 23).³¹ Besonders das Wohnbauförderungsge-

³¹ Genaueres zu den gesetzlichen Entwicklung im Bereich der Wohnbauförderung nach 1945 findet sich beispielsweise bei Matis et al. 1999

setz von 1968 brachte einen Wandel von der Objekt- zur Subjektförderung (Kainrath 1988: 70):

„Was man der Objektförderung vorwarf, nämlich die Nachfrage künstlich zu steigern, trifft im besonderen Maße bei der Subjektförderung zu. Unmittelbar verwandelt sich die Förderung des Bewohners in die Subvention des Wohnungsanbieters, der seine Preise auf die gestützte Kaufkraft frei ausrichten kann.“ (ebd.: 70f.)

3. Die dritte wesentliche Veränderung betraf den *Imagewandel der Gemeindebauten* nach dem Zweiten Weltkrieg. Zum einen stand auf Seiten der Sozialdemokratie nicht mehr die Utopie einer sozialistischen Gesellschaftsordnung hinter den Gemeindebauten, zum anderen änderte sich auch in der Gesellschaft insgesamt die Wahrnehmung gegenüber dem kommunalen Wohnbau. Im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzte sich auch innerhalb der österreichischen ArbeiterInnenschaft die Idee vom Eigenheim im Grünen als erstrebenswerteste Form des Wohnens durch. Dies war mit ein Grund dafür, dass der Gemeindebau auch bei den unteren sozialen Schichten nicht mehr jenes Prestige genoss, welches er noch im Roten Wien hatte.

Was bedeuten nun die oben beschriebenen Entwicklungen für das Untersuchungsgebiet? Einmal mehr standen die untersuchten Gemeindebauten einerseits mitten in den Ereignissen österreichischer Zeitgeschichte und waren andererseits Abbild der sozialen Wandels in Wien.

Am 10. April 1945 zog die Rote Armee in den fünften Bezirk ein und errichtete im ehemaligen Arbeitsamt in der Oberen Amtshausgasse 3-5 die sowjetische Kommandantur. (Mayer/Pittler 1993: 45). Im September 1945 zogen dann auch die westlichen Alliierten in Wien ein und Margareten wurde zur britischen Besatzungszone. Britisches Hauptquartier wurde die Volksschule Am Hundsturm 18. (ebd.). Besonders die kurze Zeit der sowjetischen Besatzung hat Frau B. noch sehr gut in Erinnerung. Schließlich wurde ihre Wohnung von Soldaten in Beschlag genommen, während sie im Keller hausen musste:

„Aber bei den Russen war es nicht viel besser. Da hast auch müssen alles verhängen, eine Frau oder ein Mädchen hat nicht, da bei der Gartenanlage, die haben ja wir erst gemacht, war ja nur so eine Wiese, da haben die Russen die Pferde angehängt gehabt. Wir sind im Keller gewesen und in dieser Wohnung, da haben sich ein paar so Kommandanturen hinein gesetzt gehabt. Im Keller sind wir gegangen, wir waren die Deperten, wir sind auf den Kohlen gesessen, die waren da in der Wohnung. Da wo das Arbeitsamts ist, in der Oberen Amtshausgasse, da war die Russen-Kommandantur.“ (Interview mit Frau B.: 7)



*Bombentrichter im Gemeindebau.*³²

Zu den Entbehrungen der Nachkriegszeit kam die oben erwähnte enorme Zerstörung von (Wohn-)Gebäuden. Frau B. erinnert sich an die Bombenschäden am Reumannhof, die auch auf einigen Photographien gut zu erkennen sind:

„Da wo jetzt der Kindergarten ist in dem Hof... nein, da wo jetzt der zweite Kindergarten ist, der kleine. Da war ein Trichter. Und da ist schief die Bombe in die 8er-Stiege rein gegangen. Leider Gottes auch Tote, na. [Zwischenfrage: Hat es sonst auch andere Treffer gegeben?] Ja, in der Umgebung. Da wo heute die Tankstelle ist... das Haus war weg... da war überhaupt, ziemlich viele Häuser dem Erdboden gleich, na. [Zwischenfrage: Das heißt der Reumannhof ist gar nicht so stark beschädigt worden?] Nein, nein, *der ist... eisern!, der ist da gestanden, der ist nicht umgefallen*. Ich mein er hat schönen Schäden gehabt. Aber die Umgebung, die Häuser. Da waren schon ziemlich viele Trichter. Da vorne, da wo heute ein großes schönes Haus ist, ein neues. Das war dem Erdboden gleich...“ (Interview mit Frau B.: 7)

Die Schäden konnten nicht auf Antrieb behoben werden. „Das hat sehr lang gedauert. Erstens einmal, wo sollen's ein Material herkriegern?“ (Interview mit Frau B.: 8). Laut den Bezirkschronisten Mayer/Pittler (1993: 55) dauerte es schließlich bis Anfang 1948, bis sämtliche Gemeinde- und sonstige Bauten im 5. Bezirk saniert bzw. wiederaufgebaut waren.

Als der Wiederaufbau abgeschlossen war und die Perspektive in Richtung eines neuerlichen großen kommunalen Wohnbauprogramms ging, war Margareten einer der ersten Bauplätze.

³² Quelle: Bezirksmuseum Margareten

In unmittelbarer Nähe zum Untersuchungsgebiet sollte eine riesige Wohnhausanlage der Gemeinde Wien entstehen. Schließlich waren 1950/51 die Reste des Heu- und Strohmarktes mit dem Pferdemarkt aus dem sonst so dicht bebauten Margareten abgesiedelt worden und es hatte sich eine Diskussion über die Zukunft des großen Geländes entwickelt (Klusacek et. al 2002: 179f., Mayer/Pittler 1993: 63). Einerseits wurde für eine Grünfläche mit Sportplatz argumentiert, andererseits für die Nutzung des Areals für dringend benötigte Wohnbauten. Bürgermeister Körner höchstpersönlich konsultierte die Bezirksvorstandssitzung der SPÖ Margareten um die Frage abzuklären, was mit dem Gelände geschehen sollte. Mit nur zwei Gegenstimmen wurde der Bau einer Wohnhausanlage beschlossen (Mayer/Pittler 1993: 63).

So entstand von 1951 bis 1955 mit 1.356 Wohnungen die größte Wohnhausanlage Margareten und eine der größten Wiens. Ein Jahr nach dem Tod Körners am 4. Jänner 1957 beschloss der Gemeinderatsausschuss für Kultur dann, die Anlage Theodor-Körner-Hof zu benennen (Klusacek et. al 2002: 179f.).

Mit der Eröffnung des Körner-Hofs verschob sich das Augenmerk im Bezirk immer mehr von den älteren Gemeindebauten des Roten Wien zu dieser neueren Anlage. Besonders der für damalige Wiener Verhältnisse ob seiner 20 Stockwerke spektakuläre Südturm stand für all das, wofür die (Wiener) Sozialdemokratie nun stehen wollte: Man wollte „hoch hinaus“, allerdings „modern“ und „unideologisch“.

3.5.3 Sozialstruktur

In den 60er Jahren blieb die EinwohnerInnenzahl in Wien nahezu unverändert, die Wohnbevölkerung schrumpfte nur gering (Eigner/Resch 2003: 42). Allerdings begann sich in diesem Jahrzehnt die Sozialstruktur einzelner Teilgebiete durch die einsetzende Suburbanisierung zu verändern.

Durch die zunehmende Überalterung der Bevölkerung (Weigl 2003: 146), vor allem im innerstädtischen Bereich, aber auch durch juristische Ursachen, wie die Verlängerung der Schulpflicht oder die Einführung der Frühpension, kam es in dieser Phase zu einer Verknappung des Angebots an Arbeitskräften (Eigner/Resch 2003: 42). Bis auf die Rezessionsjahre 1967 und 1968 gab es stets mehr offene Stellen als gemeldete Arbeitslose. Eine dabei sehr wesentliche Veränderung war die erhebliche Verschiebung des Anteils der Arbeitsbe-

völkerung von den Innenbezirken in Richtung Außenbezirke (Eigner/Resch 2003: 43). So ging die Zahl der unselbstständig Beschäftigten in den Bezirken 5, 6 und 7 von 1959 bis 1973 um rund 2/5 auf 29.590 zurück (Eigner/Resch 2003: 44). Aufgrund der Verknappung am Arbeitsmarkt wurden ab den 60er Jahren „Gastarbeiter“ hauptsächlich aus Südosteuropa angeworben. Anfang der 70er Jahre gab es bereits 50.000 jugoslawische StaatsbürgerInnen in Wien, aber noch kaum TürkInnen. Mit der Krise der 70er Jahre – die zeitlich mit einem ersten Höhepunkt der Anwerbung zusammenfiel – ging dann die Zahl der JugoslawInnen zurück, jedoch stieg der Anteil türkischer „Gastarbeiter“ an (Weigl 2003: 154).

Der 5. Bezirk vollzog die allgemeinen Wiener Trends der fordistischen Phase, wie Überalterung der Bevölkerung, Suburbanisierung (ab den 60ern) und Rückgang von Betrieben und Beschäftigten im innerstädtisch-dicht bebauten Bereich. In den 60er Jahren wollten immer mehr Menschen den Bezirk verlassen um in größere Wohnungen an die städtische Peripherie zu ziehen (Mayer/Pittler 1993: 65). Schließlich war auch die Anzahl der Beschäftigten in den Betrieben und Arbeitsstätten des 5. Bezirks seit den 50er Jahren tendenziell gesunken, während sie in Außenbezirken permanent zunahm.

Tabelle 9: Beschäftigung in Betrieben und Arbeitsstätten nach ausgewählten Bezirken 1959 – 1981

	1959*	1964	1973	1981
5. Bezirk	23.268	23.900	24.777	20.471
10. Bezirk	38.560	45.032	47.711	50.348
23. Bezirk	15.062	21.102	32.525	37.720
Wien	668.245	668.121	769.225	710.269

Tabelle 7: Betriebe, Unternehmen und Arbeitsstätten nach ausgewählten Bezirken 1959 – 1981, Veränderung in Prozent

	1959 – 1964*	1973 – 1981**
5. Bezirk	- 29,1	- 38,7
10. Bezirk	- 17,7	+ 7,6
23. Bezirk	- 18,8	+ 16,9
Wien	- 25,6	- 1,2

* Betriebe ** Betriebe / Unternehmen

Quelle: Betriebsaufnahme 1959, Betriebszählung 1964, Arbeitsstättenzählung 1973, 1981, in: Statistische Mitteilungen der Stadt Wien: Die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 2001 im längerfristigen Vergleich

Speziell für das Untersuchungsgebiet stehen für die fordistische Phase leider keine Daten zur Sozialstruktur der Bevölkerung zur Verfügung. Generell ist anzunehmen, dass es während und kurz nach dem Krieg zu gewissen Veränderungen gekommen ist (durch Vertreibungen, Deportationen, Kriegsopfer, Flucht etc.). Das bestätigt auch Frau B. im Interview:

„Ja im 45er Jahr, weil da waren ja ein paar, die rausgestorben sind oder eben weg sind, waren ein paar leere Wohnungen. Ich kann mich erinnern, auf unserer Stiege, die Czeike, neben der Kremser, vom Peter Czeike, die Großmutter, dem Schauspieler, die haben da gewohnt, auf der 1er-Stiege. Den Hackenberg, die Hannerl Matz kennen's? Die Schauspielerin Hannerl Matz, Hackenberg, Karl Hackenberg war ihr Mann, der ist Doktor in Innsbruck, die hat auf der 1er-Stiege gewohnt. *Waren sehr viele... Beamte, sicher Angestellte waren sehr viele, sehr viele haben wir da gehabt (...)* Dann war einer, den ich gekannt hab, beim Gaswerk angestellt, also kann man, fast kann man sagen so sicher Angestellte. (...) Geschäftsleute auch, so wie der Hackenberg, der hat ein Installateurgeschäft gehabt, und auf der 6er-Stiege, der hat, der war glaub ich Elektriker, Geschäftsleute halt.“ (Interview mit Frau B.: 9, eigene Hervorhebung)

Auch wenn die Erinnerungen von Frau B. sehr subjektiv sind (die Befragte erinnert sich vor allem an jene Leute im Bau, die sie persönlich gekannt hat), so dürften sie doch auf realen Begebenheiten beruhen. Die Daten der Volkszählung von 1971 weisen einen überproportional hohen Anteil an Angestellten und BeamtenInnen für Reumannhof und Metzleinstaler Hof aus (genauerer dazu weiter unten). Dieser dürfte wohl auch schon in den 50er und 60er Jahren bestanden haben, die „Zuweisungsmaschine“ (Novy 1993 zit. n. Novy et. al. 2001:136) der sozialdemokratischen Stadtverwaltung dürfte die – in dieser Periode noch sehr begehrten – Wohnungen primär an die ihr nahe stehende Klientel aus der „ArbeiterInnenaristokratie“ vergeben haben.

Gleichzeitig stieg in dieser Periode der Wohlstand im Gemeindebau insgesamt an, ein *Fahrstuhleffekt* war bemerkbar. Durch den, aufgrund des Wirtschaftsbooms, gestiegenen Wohlstand wurde der Prozess der Differenzierung von Körperpflege und Schlafen von den Reproduktionsarbeiten des Kochens, in den 60er Jahren auch in den meisten ArbeiterInnenhaushalten abgeschlossen (Sieder 1988: 220). Das heißt beispielsweise, dass in vielen ArbeiterInnenwohnungen erst in den 60er und 70er Jahren Duschkabinen oder Wannenbäder eingebaut wurden. In den Gemeindebauten des Roten Wien, die in den 20er Jahren noch als so fortschrittlich galten, gab es zwar vielfach sanitäre Gemeinschaftseinrichtungen, allerdings installierten sich viele MieterInnen in den 60ern und 70ern auf eigene Faust Duschen und ähnliches in ihren Wohnungen. So auch Frau B. im Reumannhof:

„Ich hab mir privat ein Badezimmer gemacht, aber da sind sehr viele, wie schon eine Ruhe war, also in den 60er, 70er Jahren haben die Leute schon ein bisserl ein Geld

gehabt und haben halt investiert. Ich selber hab mir einen FI-Schalter machen lassen, Elektrogeräte, einen Eiskasten...“ (Interview mit Frau B.: 11).

Der gestiegene gesellschaftliche Wohlstand war auch im Reumannhof sichtbar:

„Man hat halt gesehen, was weiß ich, der kann sich ein bisserl einen Urlaub leisten – eh nicht viel. Da waren meine Kinder schon größer, da war mein erster Urlaub. Aber bitte schön, was halt nicht geht, geht nicht. Aber es hat schon angefangen, schön langsam. Der hat sich da ein bisserl was in die Wohnung investiert. Oder am Gewand hast du es gesehen.“ (Interview mit Frau B.: 13).



Straßenszene vor dem Herwegghof, 1957³³

3.5.4 Zusammenfassung - Fordismus

Die durch den Krieg versuchten enormen Zerstörungen konnten in den Jahren nach 1945, sowohl in der Stadt insgesamt, als auch speziell in den hier untersuchten Gemeindebauten, relativ schnell behoben werden. Der Wiederaufbau ging nahtlos in einen Wirtschaftsboom über, welcher einen gesellschaftlichen Fahrstuhleffekt auslöste, der auch im Gemeindebau sichtbar wurde. Bauten der Zwischenkriegszeit, wie der Reumannhof oder der Matteottihof, gerieten in dieser Periode allerdings ein wenig ins Abseits, der Fokus richtete sich auf die modernen „entideologisierten“ kommunalen Wohnhausanlagen, die, v.a. in den 60er Jahren, bevorzugt am Stadtrand errichtet wurden.

³³ Quelle: Bezirksmuseum Margareten

3.6 Postfordismus (70er Jahre bis heute)

3.6.1 Politik und Ökonomie

Das Paradigma des Postfordismus ist in den Sozialwissenschaften sehr umstritten, nichtsdestotrotz werden für die Phase von den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart für westeuropäische Gesellschaften häufig folgende Prinzipien der politischen und ökonomischen Entwicklung genannt (nach Fuchs 2001): Neoliberalismus als dominierende Wirtschaftstheorie und Politik und der damit einhergehende Abbau sozialstaatlicher Leistungen, neue Formen der Durchstaatlichung nach Innen und Außen, eine weitere Tertiariisierung und Informatisierung der Ökonomie sowie der Abbau der institutionellen Schranken der Kapitalakkumulation durch Deregulierung.

Wie immer man auch diese Entwicklung benennen mag, festgestellt werden kann immerhin, dass europäische Großstädte wie Wien in den letzten drei bis vier Jahrzehnten einem starken sozialen Wandel unterworfen waren. Durch die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft griffen keynesianische Maßnahmen auf lokaler Ebene immer weniger. Auf der anderen Seite stand Wien nun nicht mehr in einer ökonomischen Konkurrenz zum Umland, sondern im Wettbewerb mit anderen Agglomerationen im Ausland um den besten Wirtschaftsstandort (Eigner/Resch 2003: 28f.). Durch die gestiegene internationale Konkurrenz verschärfen sich allerdings in dieser Phase die Strukturprobleme der Wiener Wirtschaft bzw. kamen dadurch noch deutlicher zum Vorschein (ebd., Novy et. al. 2001: 135). Dadurch fanden stadtökonomische Trends in den 70er Jahrzehnt im gesteigerten Ausmaß ihre Fortsetzung (ebd.) So etwa das Schrumpfen der Betriebs- und Beschäftigtenzahlen in innerstädtischen Bezirken wie Margareten durch Abwanderung oder Auflösung gewerblicher Betriebe. In den 80er Jahren hatten die traditionellen Gewerbevorstädte Margareten, Mariahilf und Neubau mit einem Rückgang der sachgüterproduzierenden Betriebe in „bisher noch nicht gekannte[m] Ausmaß“ zu kämpfen. (Eigner/Resch 2003: 57). Die Anzahl der Beschäftigten in diesem Bereich schrumpfte um rund die Hälfte von 17.068 auf 8753 zusammen (ebd.).

Mit den wirtschaftlichen Problemen sollte auch die Arbeitslosigkeit ansteigen. Einerseits drängten in den 80er Jahren die geburtenstarken Jahrgänge der 60er auf den Arbeitsmarkt und machten sich in den 90ern dann die Auswirkungen der Ostöffnung verstärkt bemerkbar (Eigner/Resch 2003: 28), andererseits konnten neuere, flexiblere Betriebe im Bereich der spezialisierten Massenproduktion (ebd.: 27) oder der Dienstleistungen (in den 80ern vor allem

Banken, Versicherungen und der Sozialbereich) die Verluste durch die Deindustrialisierung (Lichtenberger 1993: 167) nicht ausgleichen.

Tabelle 10: Deindustrialisierung in Wien 1972 bis 1984

	1972		1984	
	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte
1. Bezirk	104	5.574	52	876
Hinterhofindustrie	598	39.401	358	23.001
Gewerbevororte aus der Gründerzeit	622	73.331	481	42.934
Neue Gewerbebezonen an der Peripherie	102	27.378	254	34.830

Quelle: Lichtenberger 1993: 16

Auf der Ebene der Politik waren die 70er und 80er Jahre die Zeit neuer sozialer Bewegungen. Sub- oder gegenkulturelle Bewegungen – so etwa die Bewegung rund um die Besetzung der Arena in Simmering oder des Amerlinghauses in Neubau – entwickelten sich nun, anders als in der Zwischenkriegszeit, nicht mit der Sozialdemokratie sondern *gegen* sie. Ihr Begehren nach einem Mehr an Partizipation floss auch in die Stadtpolitik ein. So wurden Stadtplanungsprozesse, die in Wien lange Zeit als „technokratisches Problem“ angesehen wurden (Nowy et. al.2001: 137), in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts mehr und mehr geöffnet, was allerdings nicht unbedingt immer mehr Mitsprache von unten zur Folge haben musste, sondern auch dazu führte, dass kommerziell orientierte Akteure mehr mitentscheiden konnten (ebd.: 139)

Im Bereich des kommunalen Wohnbaus führte diese Entwicklung zu mehr MieterInnenmitbestimmung, etwa bei der Planung von Wohnungen, der Wohnumwelt oder den Gemeinschaftseinrichtungen. Seit 1988 hat die Stadt Wien die Möglichkeit der Bildung von Mieterbeiräten in den Gemeindebauten auch statutarisch festgeschrieben.

1981 führten Auseinandersetzungen um die Schaffung eines Gemeindebaus auf den Steinhofgründen zu einer Volksbefragung. Zwar sprachen sich 53,46 % gegen das Projekt aus, allerdings traten 83,4% der Befragten für die Weiterführung des sozialen Wohnbaus durch die Gemeinde Wien ein. Dieser allerdings kam in den letzten zwei Jahrzehnten praktisch zum Erliegen. Wie folgende Tabelle zeigt, stieg die Anzahl an Wohnungen im Besitz von Bund, Land oder Gemeinde zwischen 1971 und 1991 noch von 179.646 auf 230.103, also um etwa

50.000 Wohnungen an. Von 1991 bis 2001 ist hingegen nur mehr ein Anstieg von etwa 1.700 Wohnungen zu verzeichnen. Das hat mit dem Entschluss der Wiener Stadtverwaltung zu tun, fast ausschließlich nur mehr sozialen Wohnbau zu fördern – in erster Linie über die Subvention von Projekten gemeinnütziger Bauvereinigungen (wobei deren „Gemeinnützigkeit“ in manchen Fällen durchaus in Frage zu stellen wäre). 2004 wurde in Liesing der jüngste Wiener Gemeindebau fertig gestellt, weitere Projekte sind nicht geplant, es wird nur noch saniert (Schlager 2007).

Tabelle 11: Wohnungsbestand in Wien nach Eigentumsform 1971, 1991, 2001

	Privatpersonen	Bund / Land / Gemeinde	Gemeinnützige Bauvereinigung	Sonst.	Insgesamt
1971	483.442	179.646	58.417	60.013	781.518
1991	475.331	230.103	97.009	50.648	853.091
2001	475.423	231.881	121.559	81.882	910.745

Quellen: Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Wien 2008, S. 277, Tab. 12.05; Statistisches Zentralamt: Ergebnisse der Häuser- und Wohnungszählung vom 12.5.1971, Wien 1974, S. 55; Statistisches Zentralamt: Häuser- und Wohnungszählung 1991. Hauptergebnisse Wien, Wien 1993, S. 47, Tab. B5

Auffallend ist der starke Anstieg an Wohnungsbestand in der Hand von gemeinnützigen Bauvereinigungen, also Wohnbaugenossenschaften. Damit einhergehend hat die Stadtgemeinde im Jahr 2000 die Verwaltung der Gemeindewohnungen (Wiener Wohnen) ausgegliedert, und somit der demokratischen Kontrolle durch den Gemeinderat entzogen. Diese müsse nun „wirtschaftlich“ arbeiten (ebd.). Die oben beschriebene Vermarktwirtschaftlichung bzw. Quasi-Vermarktwirtschaftlichung sämtlicher Gesellschaftsbereiche hat damit auch die Verwaltung der Gemeindewohnungen erfasst.

3.6.2 Wohnpolitik und Stadtentwicklung

In der Wiener Stadtentwicklung können die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts als – von einem beschleunigten Schrumpfen der Bevölkerungszahl und einer Stagnation der Wirtschaft geprägte – *Phase der Desurbanisierung* bezeichnet werden (Eigner/Resch 2003: 47). Die Wohnbevölkerung der inneren Bezirke ging von 1971 bis 1981 um 14% zurück – auf nun 394.526 Personen. Aber auch in den Außenbezirken kann für diese Zeit eine geringfügige Abnahme festgestellt werden (Eigner/Resch 2003: 48).

Ein weiteres Merkmal der Desurbanisierung war der Verfall innerstädtischer Gründerzeitviertel. Nach Lichtenberger (1990: 47) wurde die gründerzeitliche Innenstadt nach 1945 vier Jahrzehnte lang vernachlässigt, während enorme Investitionen in den Ausbau der „Außenstadt“ im Süden und Osten geflossen sind. Die Autorin bezeichnet diese Entwicklung als verlorene Balance von Stadterneuerung und Stadterweiterung (ebd.: 49). Die Gründerzeitquartiere im innerstädtischen Bereich, welche ursprünglich als Gebiete mit sehr ausgeprägter sozialer Segregation konzipiert waren, sahen sich durch die Suburbanisierung der Mittelschichten einem Abwertungsprozess und zunehmender Segregation unterworfen (Lichtenberger 1990: 56f.). Im dicht verbauten innerstädtischen Bereich, in dem 1910 noch rund zwei Millionen Menschen lebten, waren bei der Volkszählung von 1981 nur mehr rund 800.000 Personen wohnhaft (Lichtenberger 1990: 56).

Auf der einen Seite hatte die massive Stadterweiterung („sozialer Städtebau“) in den 1950er bis 1970er Jahren das Wachstum der Gründerzeit mit einem Zuwachs von 15.000 Wohneinheiten jährlich noch einmal übertroffen (Lichtenberger 1990: 49). Auf der anderen Seite aber hatte sie zunehmende Verkehrsbelastungen, einen partiellen Niedergang des Zentrums (vor allem lokaler Zentren wie traditioneller „Einkaufsstraßen“ in den Bezirken) und die Vernachlässigung gründerzeitlicher Wohngebiete zum Resultat (wenn auch in Wien, im Gegensatz zu anderen Städten in Europa oder den USA, nicht von der Herausbildung von deklassierten Wohnvierteln gesprochen werden kann (Lichtenberger 1993: 110)).

Allerdings betraf der Stadtverfall Anfang der 90er Jahre nicht nur mehr klassische Gründerzeitbauten, sondern bereits kommunale Wohnhausanlagen der Zwischenkriegszeit (Lichtenberger 1990: 51). Im alternativen Stadtführer „Wien wirklich“ aus den 80er Jahren werden die in dieser Arbeit untersuchten Gemeindebauten als sehenswert, aber doch ziemlich heruntergekommen, beschrieben (Spira 1992). Nicht verwunderlich, schließlich waren etwa im Reumannhof bis zur Sanierung 1993 bis 1996 noch Einschusslöcher von den Kämpfen im Februar 1934 zu sehen (Interview mit Frau B.: 1). Auch eine Broschüre zur Sanierung beschreibt die Fassade des Reumannhofs in den 90er Jahren als „in optisch schlechtem Zustand“ befindlich (Biermayr et. al. 2005: 89). Die Fenster befanden sich – sofern sie nicht von MieterInnen in Eigeninitiative getauscht worden waren – noch im Grundzustand (Holzkastenfenster). Überhaupt hatten bis zur Sanierung 1993 etliche MieterInnen Sanierungsmaßnahmen auf eigene Faust betrieben, „was zu einem ‚Wildwuchs‘ an Maßnahmen und auch zu einem uneinheitlichen Erscheinungsbild führte“ (Biermayr et. al. 2005: 89f.).



*Spielende Kinder im Herwegghof, 70er Jahre*³⁴

Aufgrund der beschriebenen Probleme wurde das Paradigma der städtebaulich-funktionalistische Stadterweiterung ab den 70er und dann verstärkt in den 80er Jahren zunehmend von verschiedenen Seiten in Frage gestellt. Kritisiert wurden – neben den verkehrstechnischen Problemen – die schlechte Bauqualität, die Vernachlässigung der kulturellen Infrastruktur und den Verzicht auf soziale und demographische Durchmischung der MieterInnen in den kommunalen Großwohnanlagen am Stadtrand. Und so stellte der Stadtentwicklungsplan 1984 (STEP 84) der Gemeinde Wien fest: „Besonders die mangelnde urbane Atmosphäre und die zunehmenden Verkehrsprobleme haben zu der Forderung nach überschaubaren Lebensbereichen und stärkerer räumlicher Mischung der Lebensfunktionen geführt.“ (zit. n. Mattl 2000: 147). Anlagen wie der Rennbahnwegsiedlung fehlte das, was Reumannhof, Matteottihof oder Herwegghof noch hatten.

Als Reaktion auf die beschriebenen Entwicklungen gab die Gemeinde neben der Stadterweiterung die „*Stadterneuerung*“ als zweites Leitbild aus (Mattl 2000: 147). Statt einer Entmischung sollte verstärkt wieder auf eine möglichst kleinräumige Reintegration aller städtischen

³⁴ Quelle: Bezirksmuseum Margareten

Funktionen und Nutzungen gesetzt werden. Auf neuer rechtlicher Grundlage (z.B. Altstadt-erhaltungsgesetz 1972, Stadterneuerungsgesetz 1974) setzte die Wiener Stadtplanung nun auf die Sanierung und später auf die „sanfte Stadterneuerung“ älterer Wohngebiete.

Bis zum Ende der 80er Jahre erfolgte eine gehörige Anhebung des Standards der gründerzeitlichen Mietwohnungen. 1951 hatten nur 14% der Wiener Wohnungen ein Bad, 1991 schon 81% (Eigner/Resch 2003: 65). Bis heute sind die Bassenawohnungen nach Eigner/Resch (2003: 107) und Lichtenberger (1993: 150) „weitgehend verschwunden“. Mit der Gentrifikation der Innenbezirke verschwand allerdings auch das Billig-Segment im Wohnungsbereich wodurch Ende der 80er Jahre eine „neue Wohnungsnot“ (Banik-Schweitzer 1992: 27) entstand. Zwischen 1961 und 1981 gingen 136.000 vor 1914 erbaute Wohnungen als Resultat von Abrissen, Zusammenlegungen oder Umwandlung in Büros verloren – 30% des Altbauwohnungsbestands von 1961 (Lichtenberger 1993: 150).

Der Verlust billigen Altbauwohnungsbestands durch Maßnahmen zur Stadterneuerung musste in Wien besonders drastisch wirken, da hier durch die rigide MieterInnenschutzgesetzgebung für Substandardwohnungen bis 1981 nur Anerkennungsgebühren bezahlt werden mussten. (Lichtenberger 1990: 55). Mit dem Mietengesetz 1981 wurde der MieterInnenschutz dann zwar beibehalten, gleichzeitig aber eine „Kommerzialisierung der Mieten“ durch Anhebung der Mietsätze (Lichtenberger 1990: 54) erwirkt. Insgesamt erfolgte in den 80er und 90er Jahren eine weitere „Vermarktwirtschaftlichung“ des Miet- und Förderungsrechtes in den (Matznetter 1991 n. Eigner/Resch 2003: 64), sowie ein genereller Anstieg der Mieten (Novy et. al. 2001: 135).

Als klassischer Gründerzeitbezirk wurde auch Margareten in den 80er Jahren zunehmend zum Ziel der Stadterneuerung (Klusacek et. al 2002: 184). Ein großer Teil des Bezirks – der Bereich zwischen Margaretengürtel, Reinprechtsdorferstraße und Wienfluss – wurde zum Stadterneuerungsgebiet erklärt. Eine Maßnahme war die Errichtung von Schutzzonen, in denen Veränderungen ab nun nur mit Genehmigung erfolgen durften.³⁵ In den 70er Jahren waren bereits neue Grünflächen am Margaretengürtel entstanden; der immer weitere Ausbau der dort angesiedelten Freizeiteinrichtungen (vor allem diverse Sportplätze, auch für „Trendsportarten“) weist auf die heutigen Ansprüche an Gemeinschaftseinrichtungen (von

³⁵ Dies betraf den Margaretenplatz samt Schlossgasse und Hofgasse, den Bereich zwischen Grüngasse, Hamburgerstraße und Zeinlhofergasse, die Kettenbrückengasse und einen Teilbereich zwischen Blechturm- und Kriehubergasse sowie eine Häuserzeile in der Ziegelofengasse 5-19.

Wohnprojekten) hin, die jene der angrenzenden Gemeindebauten im wahrsten Sinne des Wortes alt aussehen lassen.

Inwiefern es als Folge von Aufwertungsprozessen heute im 5. Bezirk zu einer Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten kommt, müsste erst untersucht werden.³⁶ Klar ist jedenfalls, dass die Gemeindebauten in Margareten ein Hort der Beständigkeit innerhalb eines sich stark wandelnden städtischen Umfelds darstellen. Sie wirken nicht nur insgesamt als Bremse der Mietpreisentwicklung, sondern können auch innerhalb von Stadtteilen als Stabilisatoren der Sozialstruktur betrachtet werden.

Ende der 80er und Anfang 90er Jahre erreichte auch die Diskussion um eine etwaige Untertunnelung des Gürtels einen Höhepunkt. Doch auch eine Kampagne der SPÖ Margareten sowie eine Demonstration im Mai 1990 mit mehreren hundert TeilnehmerInnen. (Mayer/Pittler 1993: 97f.) konnte letztendlich nichts bewirken. Die Gemeindebauten an der einst stolz als „Ringstraße des Proletariats“ bezeichneten Gürtelstraße hatten durch die starke Verkehrsbelastung weiterhin mit einem wenig attraktiven Wohnumfeld zu kämpfen.

Erneuerung gab es hingegen nicht nur in den gründerzeitlichen Stadtvierteln, sondern auch im Gemeindebau. Wie viele städtische Wohnhausanlagen aus der Zwischenkriegszeit wurden die Gemeindebauten des Untersuchungsgebiets in den 90er Jahren einer umfassenden Sanierung unterzogen. Beim Matteottihof, Herwegghof und Julius-Popp-Hof wurde 1996 bis 1998 eine Sockelsanierung durchgeführt. Dabei wurden die Dächer neu gedeckt, Fenster und Türen erneuert und die Wohnungen an die Fernwärme Wien angeschlossen. Weiters erhielt jede Fassade Vollschutzwärmedämmung mit dem Ziel, die Heizkosten der MieterInnen sowie die Kohlendioxid-Belastung für die Umwelt zu reduzieren. Außerdem entstand durch Ausbau der Dachgeschosse neuer Wohnraum: 22 neue Wohnungen im Matteottihof, 18 im Herwegghof und 17 im Julius-Popp-Hof.

Reumannhof und Metzleinstaler Hof wurden in den Jahren 1993 bis 1996 generalsaniert. Den Mietern stand es frei, im Zuge einer so genannten „Huckepack-Sanierung“ auch in ihren Wohnungen zusätzliche Maßnahmen durchführen zu lassen (Biermayr et. al. 2005: 91). Neben den Maßnahmen, die auch bei den anderen drei Höfen getroffen wurden, wurde hier eine Instandsetzung der Fassaden durchgeführt. Unterhalb des Reumannhofs entstand außerdem

³⁶ Der Forschungsstand zum Phänomen der Gentrifikation in Wien ist insgesamt sehr unterentwickelt.

eine Tiefgarage, außerdem wurden zwölf neue Dachgeschosswohnungen errichtet. Unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer Aspekte konnten Geschäftsportale und Stiegenhaus-
eingangstüren wieder originalgetreu hergestellt und die Fassaden und Platzanlagen rekonstru-
iert werden. Die Sanierung wurde 1997 sogar mit dem Stadterneuerungspreis ausgezeichnet.

In einer Broschüre zur Sanierung wird postuliert, dass es „insbesondere durch die Errichtung
von Dachgeschosswohnungen“ gelungen wäre „neue Mietergruppen (höheres Bildungs- und/
oder Einkommensniveau) anzusprechen, wodurch die ursprüngliche Sozialstruktur der Wohn-
anlage (eher niedriges Bildungs- und Einkommensniveaus) etwas verändert wurde“ (Biermayr
et. al. 2005: 91). Diese Behauptung kann durch die weiter unten dargelegten Ergebnisse mei-
ner Untersuchung nicht verifiziert werden (wie es überhaupt unwahrscheinlich klingt, dass
eine Belegung von zwölf neuen Wohnungen in einer Wohnhausanlage mit über 450 Wohnun-
gen die Sozialstruktur der BewohnerInnenschaft merkbar verändern könnte).

Einzelne Maßnahmen im Zuge bzw. in Folge der Sanierungen entsprachen der zunehmenden
Individualisierung im Postfordismus, so z.B. Umbauten und Zusammenlegungen von Woh-
nungen. Die standardisierten Kleinwohnungen entsprachen immer weniger den modernen
Wohnbedürfnissen vor allem von Familien mit mehreren Kindern. Weiter voran schritt in
diesem Zusammenhang auch die Auflösung der ursprünglichen Gemeinschaftseinrichtungen
in den Bauten. Doch auch neue infrastrukturelle Einrichtungen zogen in den Gemeindebau ein.
Was in der Zwischenkriegszeit in den „Arbeiterhochburgen“ des Roten Wien noch unmöglich
gewesen wäre, wurde in den 90er Jahren im Julius-Popp-Hof Realität: In die Räumlichkeiten
des ehemaligen Bezirksjugendamts zog eine Polizeiwachstube ein.³⁷ Die Errichtung einer
Tiefgarage mit mehr als 100 Parkplätzen im Reumannhof entsprach der zu diesem Zeitpunkt
schon lange vollzogenen Motorisierung des Wiener Proletariats. Ein interessantes Detail am
Rand ist sicherlich auch die Tatsache, dass vor der Restaurierung dort, wo später die Garage
entstehen sollte, als Zwischennutzung die erste Indoor-Golfanlage Wiens bestanden hat.
Betreiber der Anlage dieses gar nicht „proletarischen“ Sports war der sozialdemokratische
ASKÖ.

³⁷ Hintergrund davon ist, dass bei der Renovierung des Baus absichtlich ein hoher Leerstand herbeigeführt wurde,
um diese günstiger durchziehen zu können. In den Leerstand hatte sich dann ein Teil der Wiener Drogenszene
eingrichtet. Die Einrichtung der Wachstube war eine Reaktion darauf (Ziganel 2007)



Demonstration für die Untertunnelung des Südgürtels, 1990. Im Hintergrund: Metzleinstaler Hof.³⁸

3.6.3 Sozialstruktur

Laut Lichtenberger ist eine „Auswechslung der Wohnbevölkerung“ im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen verfallender Wohnquartiere „wohl nur unter sehr großen Kosten für die Allgemeinheit zu vermeiden“, da jede Sanierungsmaßnahme „mehr Markt“ in den alten Wohnungsbestand brächte (Lichtenberger 1990: 55). Außerdem kann es zu einem „Sickerprozess nach oben“ (Häußermann et. al. 2000: 150) kommen, wenn durch Sanierungsprogramme kleine zu größeren Wohnungen zusammengelegt werden. Dazu ist allerdings zu sagen, dass Segregation in Wien hauptsächlich auf sehr kleinräumiger Ebene stattfindet. Mehr als auf einzelne Bezirke sind untere Schichten in Wien kleinräumig in den dicht verbauten gründerzeitlichen Gebieten der Außenbezirken und einiger Innenbezirke (wie Margareten oder Landstraße) konzentriert (Weigl 2003: 161). Dies liegt an der starken Durchmischung des Stadtgebietes mit gründerzeitlichem Wohnbau von sehr unterschiedlicher Qualität (ebd.: 160).

Besonders betroffen von dieser kleinräumigen Segregation sind MigrantInnen, die seit den 80ern die bereits sehr „entleerten“ Viertel des dicht bebauten Stadtgebietes „füllten“. In den 90er Jahren wohnten in Wien JugoslawInnen zu 85% und TürkInnen zu 88% in Altbauten

³⁸ Quelle: Mayer/Pittler 1993: 96

(Mahidi/Vollmann 1999: 19 n. Weigl 2003: 160), eine Folge ihres strukturellen Ausschlusses vom sozialen Wohnbau. Dies, obwohl MigrantInnen durch ihre überproportionale Verteilung auf untere Einkommens- und Bildungsschichten³⁹ ohnehin sozial benachteiligt sind.

Neben zunehmender Segregation brachten die 80er und 90er Jahre aber auch „deutliche Anzeichen einer Reurbanisierung“ Wiens (Eigner/Resch 2003: 55). Von 1981 bis 1991 erhöhte sich die EinwohnerInnenzahl Wiens seit langem wieder, wenn auch nur in geringem Ausmaß (0,6%). Von 1991 bis 2001 Zuwachs von 0,7%. Allerdings handelt es sich hier um eine bedeutende Trendwende, schließlich ist Wien damit erstmals seit der Gründerzeit (sieht man von den Kriegsjahren ab) wieder deutlich gewachsen. Die Wohnbevölkerung in den inneren Bezirken war in diesem Zeitraum allerdings weiter zurückgegangen, um 2,2% von 1981 bis 1991 und um 3,3% von 1991 bis 2001 (Eigner/Resch 2003: 56).

Neben den direkt durch Stadtplanung und Stadtentwicklung beeinflussten Veränderungen in der Sozialstruktur der verschiedenen Stadtteile waren in Wien in der postfordistischen Periode auch generelle gesellschaftliche Trends zu beobachten. Etwa die in allen westlichen Metropolen zu beobachtende Reduktion der Haushaltsgröße und den Anstieg von Single-Haushalten. Wien folgte diesem Trend, allerdings in langsamerem Tempo (Lichtenberger 1993: 141). Die Individualisierung der Haushalte und der Verlust der Dominanz von bürgerlicher Kernfamilie und der Institution der Ehe entstanden neue Haushaltsformen, welche wiederum einen neuen Wohnungsbedarf und eine „neue Wohnungsnot“ (Lichtenberger 1990: 39) auslösten.

3.6.4 Beschreibung des Datensatzes für 1971 bis 2001

Für die Untersuchung der Veränderung in der Sozialstruktur der BewohnerInnen der ausgewählten Gemeindebauten in der postfordistischen Phase standen Daten aus den Volkszählungen 1971, 1981, 1991 und 2001 zur Verfügung. Allerdings nicht direkt, denn die Daten der Volkszählungen werden nicht nach Häusern geordnet. In Österreich stellen Zählsprenkel – die in Wien Zählgebiete genannt werden – die in territorialer Hinsicht kleinsten Einheiten dar, für welche über die Zahl der Gebäude, Wohnungen, Haushalte und die Wohnbevölkerung hinausgehende Strukturdaten aus den Großzählungen standardmäßig angeboten werden. Glück-

³⁹ Ende der 80er Jahre war mehr als 50% der „Gastarbeiter“ als ungelernete Hilfskräfte beschäftigt, 25% als angelernte ArbeiterInnen und nur weniger als 10% als FacharbeiterInnen, Angestellte oder BeamtenInnen (Weigl 2003: 154).

licherweise erstreckt sich das Untersuchungsgebiet ziemlich genau über folgende zwei Zählgebiete:

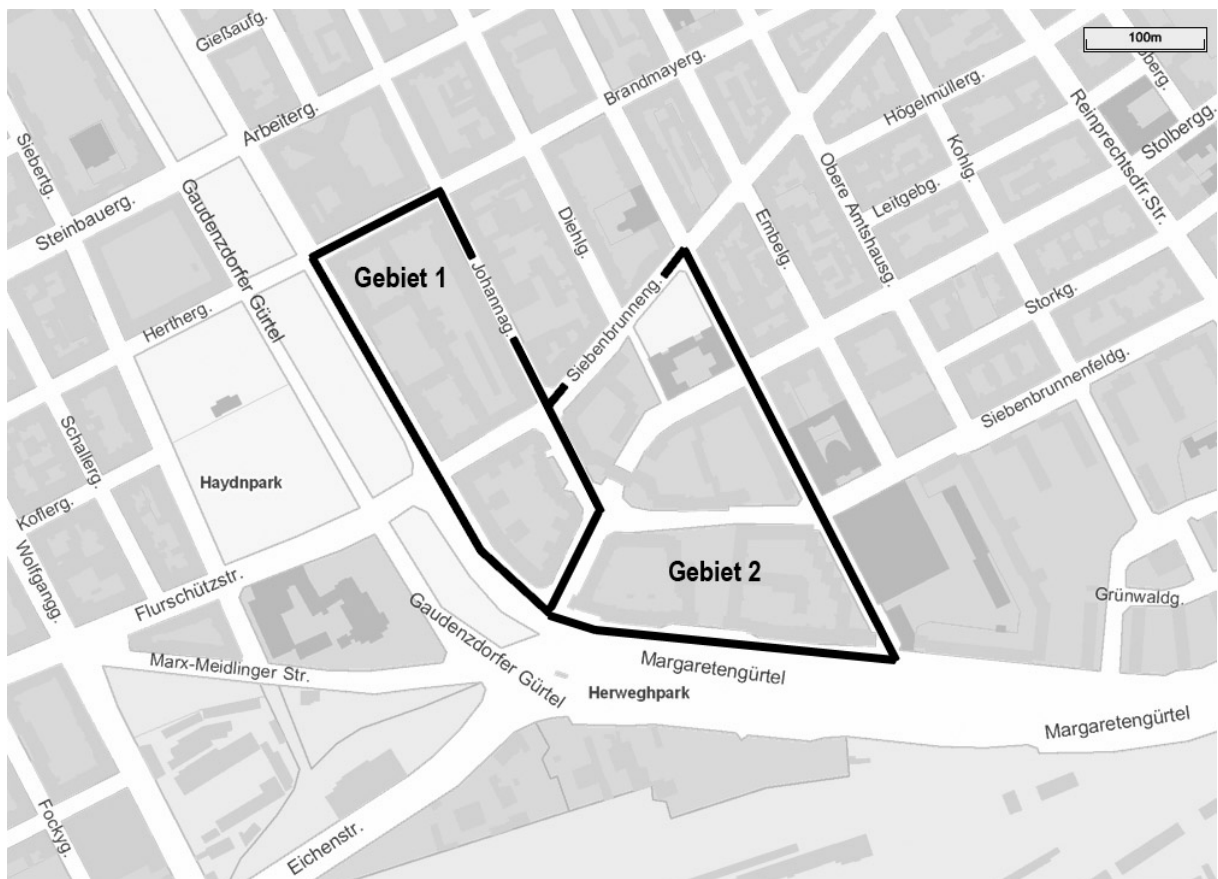
90501020 **Reumannhof, Metzleinstaler Hof**

(Margaretengürtel, Brandmayergasse, Johannagasse, Siebenbrunnenfeldgasse, Fendingasse): „Gebiet 1“

90501021 **Matteottihof, Herweghof, Julius-Popp-Hof**

(Margaretengürtel, Fendingasse, Siebenbrunnenfeldgasse, Siebenbrunnengasse, Einsiedlergasse): „Gebiet 2“

Abbildung 3: Zählgebiete des Untersuchungsgebiets



Das Zählgebiet 90501021 umfasst weiters eine Schule der Stadt Wien sowie eine Parkanlage. Da es sich hierbei nicht um Wohnhäuser handelt, können die Daten dieses Zählgebiets uneingeschränkt als jene der BewohnerInnen der entsprechenden Gemeindebauten interpretiert werden. Ein wenig schwieriger ist dies jedoch im Fall des Zählgebiets 90501020. Dessen

Grenzen umfassen neben dem Reumannhof und dem Metzleinstaler Hof noch die Wohnhäuser an der Johannagasse direkt hinter dem Reumannhof. Da in diesem Gebiet aber erstens nach der Volkszählung von 2001 1715 Menschen leben und davon nur geschätzte 250 nicht in den beiden großen Gemeindebauten, sowie zweitens die Sozialstruktur dieser weiteren Wohnhäuser (überwiegend sozialer Wohnbau aus den 50er und 60er Jahren) sich vermutlich nicht drastisch von jener im Reumannhof und im Metzleinstaler Hof unterscheiden dürften, sollen hier, freilich mit gewissen Einschränkungen, die Ergebnisse der Analyse auch als jene eben dieser Gemeindebauten interpretiert werden.

Im Gegensatz zu den eigenständig erfassten Daten aus dem Wiener Adressverzeichnis von 1932 handelt es sich bei den von der Statistik Austria zur Verfügung gestellten Daten aus den Volkszählungen 1971 bis 2001 um Aggregatsdaten. Zusammenhänge der einzelnen Variablen konnten daher leider nicht untersucht werden. Auch eine nähere Untersuchung einzelner Fälle war nicht möglich. Allerdings scheint die Annahme berechtigt, dass Daten aus den Volkszählungen in einer so kleinen Einheit teilweise Aspekte eines rotierenden Panels aufweist. Schließlich behalten die meisten Menschen eine Gemeindewohnung sehr lange, dementsprechend gering ist die Fluktuation.

Das folgende Kapitel stellt den Versuch dar, eine kombinierte Analyse der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur der ausgewählten Gemeindebauten sowohl über die Zeit von vier Jahrzehnten, als auch zum jeweiligen Zeitpunkt verglichen mit den Daten des 5. Bezirks sowie der Stadt Wien insgesamt als Referenzen.

Sämtliche hier verwendete Daten stammen aus den Volkszählungen von 1971, 1981, 1991 und 2001.

Tabelle 12: Bevölkerungszahl

	1971	1981	1991	2001
Gebiet 1	1.719	1.744	1.697	1.715
Gebiet 2	1.873	1.677	1.526	1.708
Margareten	60.276	52.436	51.521	49.116
Wien	1.614.841	1.531.346	1.539.848	1.550.123

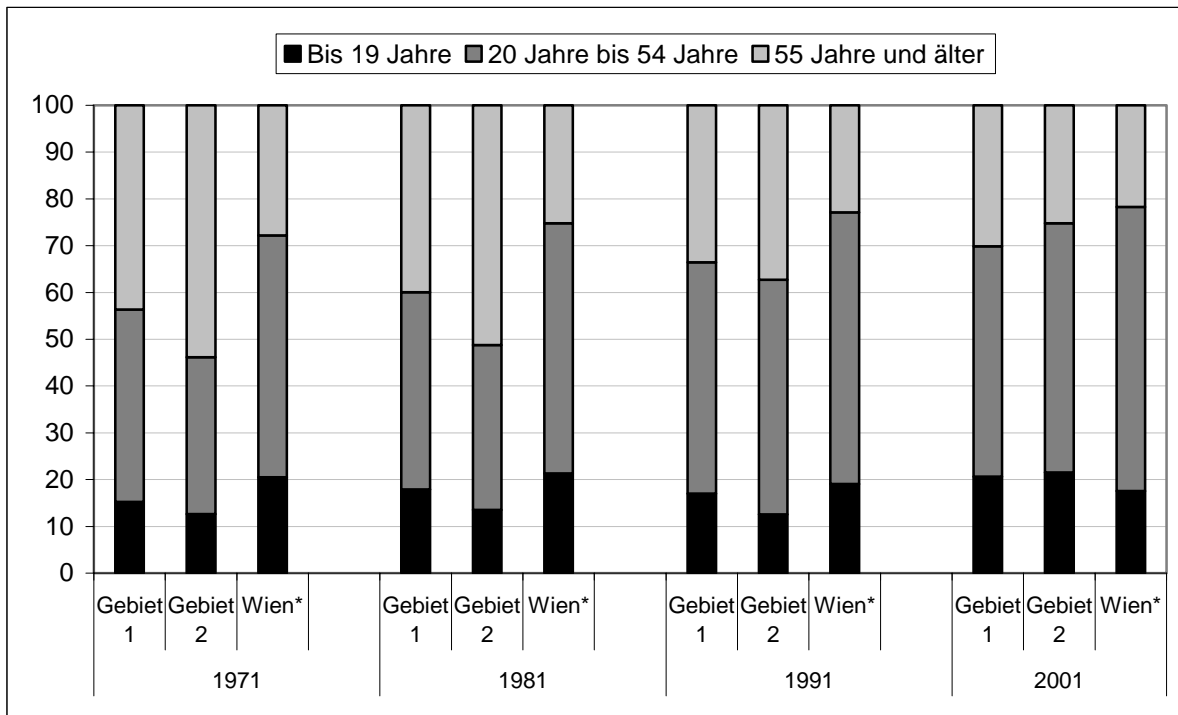
3.6.5 Ergebnisse der Untersuchung

3.6.5.1 Altersgruppen und Haushaltsgröße

Zu Beginn sei die Alterstruktur der Bevölkerung der Gemeindebauten im Vergleich mit jener Wiens dargestellt. Hervorstechend ist zunächst einmal die starke Überalterung der BewohnerInnenschaft der untersuchten Gemeindebauten. Und das, obwohl man in den 60er und 70er Jahren schon in Bezug auf die Bevölkerung Wiens in ihrer Gesamtheit von Überalterung sprach (Weigl 2003: 146). In den Anlagen Matteottihof, Herweghof und Julius-Popp-Hof war 1971 mit 53,8% mehr als die Hälfte der BewohnerInnenschaft über 55 Jahre alt. Es ist davon auszugehen, dass darunter noch etliche ErstbezieherInnen der Wohnungen aus den 20er und 30er Jahren waren. Ein häufiger BewohnerInnen-Typus dürfte die allein lebende Pensionistin gewesen sein. So gaben im Matteottihof, Herweghof und Julius-Popp-Hof 1971 21,5% aller BewohnerInnen „verwitwet“ als Familienstand an. Im anderen Zählgebiet waren es immerhin 14,8%, Wien-weit hingegen nur 12%. Auf der anderen Seite lebten damals mit 15,2% (Gebiet 1) und 12,7% (Gebiet 2) deutlich weniger unter 20-Jährige im Gemeindebau als im städtischen Durchschnitt (20,5%). Bis 2001 hat sich die Altersstruktur der Gemeindebauten mit jener des Wiener Durchschnitts allerdings sehr stark angenähert. Die Rate der bis 19-Jährigen ist mit 20,6% (Gebiet 1) bzw. 21,6% nun sogar etwas höher als im städtischen Mittel (17,5%).

Besonders von Überalterung betroffen war Ende der 70er Jahre Margareten, welches man zu den Bezirken mit hohem Durchschnittsalter rechnete. Über 31% der BewohnerInnen waren damals 60 Jahre oder älter (Klusacek et. al 2002: 184). Inzwischen hat sich die Situation radikal gewandelt und heute gilt der 5. Bezirk als ein Bezirk mit relativ niedrigem Altersdurchschnitt, nur 23% der BewohnerInnen sind über 60 Jahre alt (ebd.). Man kann sagen, dass sich hier die Gemeindebauten analog zum Bezirk entwickelt haben, jedoch wohnten dort sowohl in den 70er Jahren als auch heute mehr ältere Menschen als im Durchschnitt des Bezirks. Ein Grund dafür ist sicherlich die weitaus niedrigere Rate an MigrantInnen im Gemeindebau, die im Schnitt jünger sind als die Gesamtbevölkerung. Bei der weiteren Analyse muss mitbedacht werden, dass es sich – aufgrund des in den 60er und 70er Jahren noch sehr unterschiedlichen Altersaufbau der Gemeindebau-BewohnerInnenschaft – bei beobachteten sozialen Unterschieden (z.B. niedrigere Bildung) teilweise um Generationeneffekte handeln könnte.

Abbildung 4: Altersgruppen im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001



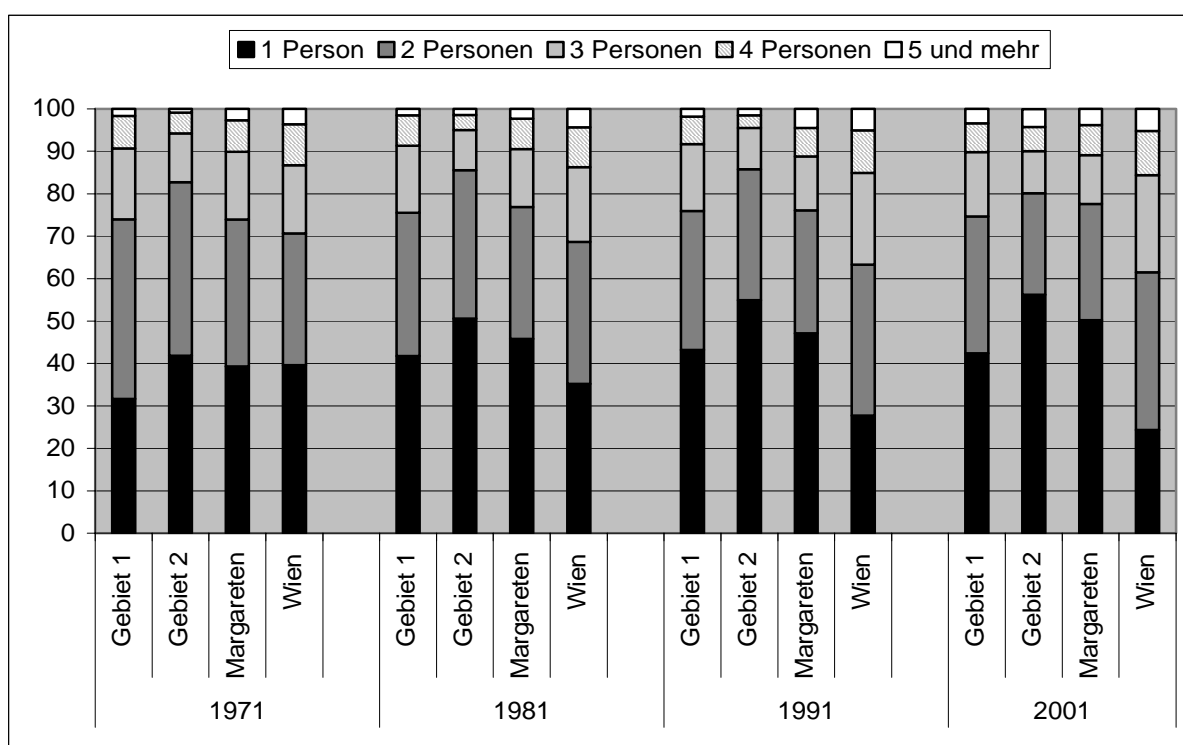
* Bei den Daten für Wien bezieht sich die letzte Kategorie nicht auf die über 55-Jährigen, sondern auf die über 59-Jährigen.

Bezüglich der Haushaltsgröße verhält es sich umgekehrt wie im Fall der Altersgruppen. Hier nämlich vergrößert sich der Unterschied zwischen dem städtischen Durchschnitt (und im geringeren Maße auch dem Durchschnitt des 5. Bezirks) und den untersuchten Gemeindebauten. Als Resultat sich verändernder sozialer Beziehungen, Rollenbilder und Formen des Zusammenlebens wird häufig eine Zunahmen an Single-Haushalten postuliert. Diese Entwicklung zeigt sich in den Daten allerdings nicht, zumal sich diese Hypothese in der Regel auch nur auf gewisse (junge) Altersgruppen und ganz bestimmte soziale Schichten bezieht. Das Gegenteil ist nämlich festzustellen. Die Anzahl an Ein-Personen-Haushalten hat sich von 39,6% aller Wiener Privathaushalte im Jahr 1971 auf 27,7% im Jahr 1991 und 24,3% im Jahr 2001 reduziert. Dies kann einerseits mit einem Rückgang der – häufig allein lebenden - Über 55-Jährigen von 27,8% 1971 auf 21,7% 2001 und andererseits wohl mit einer Zunahmen kinderreicher Familien mit Migrationshintergrund erklärt werden (so gibt es auch eine leichte Zunahme von Haushalten mit 4 sowie mit 5 und mehr Personen). In den fünf Gemeindebauten verhält es sich anders. Hier ist eine kontinuierliche Zunahme von Ein-Personen-Haushalten über die letzten Jahrzehnte hinweg festzustellen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße hingegen ist in diesem Zeitraum nahezu konstant geblieben; nach einem Rückgang in den 70er und 80er Jahren nimmt sie 2001 wieder fast denselben Wert an wie im Jahr 1971.

Tabelle 13: Durchschnittliche Haushaltsgröße im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001

	1971	1981	1991	2001
Gebiet 1	2,06	1,93	1,93	1,99
Gebiet 2	1,83	1,71	1,66	1,81
Margareten			1,90	1,89
Wien				1,98

Abbildung 5: Haushaltsgröße im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001



3.6.5.2 StaatsbürgerInnen

Abbildung 5 zeigt den massiven Anstieg ausländischer StaatsbürgerInnen an der Wiener Wohnbevölkerung zwischen 1971 und 2001, von rund 3,8% auf 16%. Dahingegen beträgt der Prozentsatz nicht-österreichischer StaatsbürgerInnen an den BewohnerInnen des Untersuchungsgebiets nur rund 8% - also die Hälfte. Allerdings zeigt sich in Gesprächen mit BewohnerInnen, dass der Anteil an AusländerInnen als weitaus höher wahrgenommen wird. Worin liegt diese frappante Differenz zwischen subjektiver Wahrnehmung und objektiven

Daten begründet? Die Antwort liefert Abbildung 6. Sie zeigt die Entwicklung des Anteils jener Personen mit nicht-deutscher Umgangssprache an der Wohnbevölkerung mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Hier hat sich das Bild zwischen 1991 und 2001 nahezu umgekehrt. Betrug dieser 2001 in Wien insgesamt nur 12,49% so hat er sich in den untersuchten Gemeindebauten zwischen 1991 und 2001 mehr als verfünffacht. Personen mit nicht-deutscher Umgangssprache werden – auch wenn sie ihre Umgangssprache ja eher im familiären Umfeld verwenden und nicht im Kontakt mit der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung – von vielen „autochthonen“ ÖsterreicherInnen als AusländerInnen wahrgenommen, ungeachtet ihrer eigentlichen Staatsbürgerschaft.

Insgesamt machten die ÖsterreicherInnen 2001 91,5% im Gebiet 1 und 92,4% im Gebiet 2 aus. Die größten MigrantInnengruppen waren jene aus Serbien (1,8% bzw. 1,4%), der Türkei (1,6% bzw. 1,3%), Polen (0,6% bzw. 0,4%) und Bosnien (0,4% und 0,2%). Der geringe Anteil ausländischer StaatsbürgerInnen, einer Gruppe, die in Wien überproportional auf die unteren Einkommenschichten verteilt ist und damit per definitionem Klientel für staatlich gefördertes Wohnen wäre, zeigt die systematischen Benachteiligung von Nicht-ÖsterreicherInnen im sozialen Wohnbau der Zweiten Republik, welche erst in den letzten Jahren ein aufgehoben wurde.

Abbildung 6: Anteil ausländischer StaatsbürgerInnen an der Wohnbevölkerung in % im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001

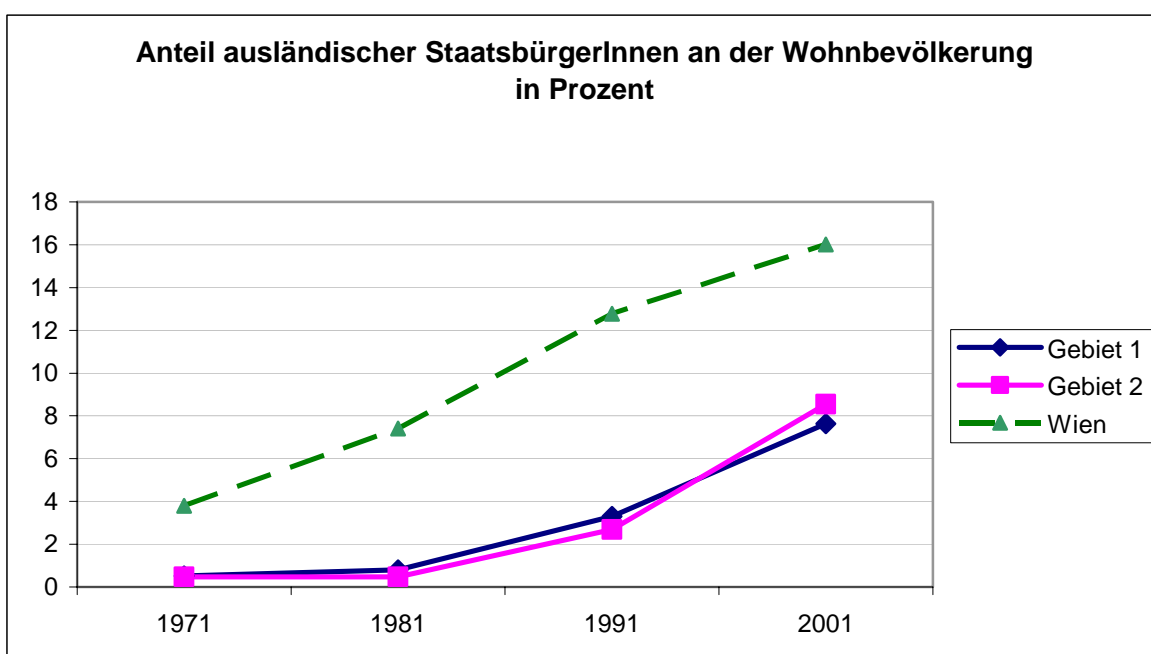
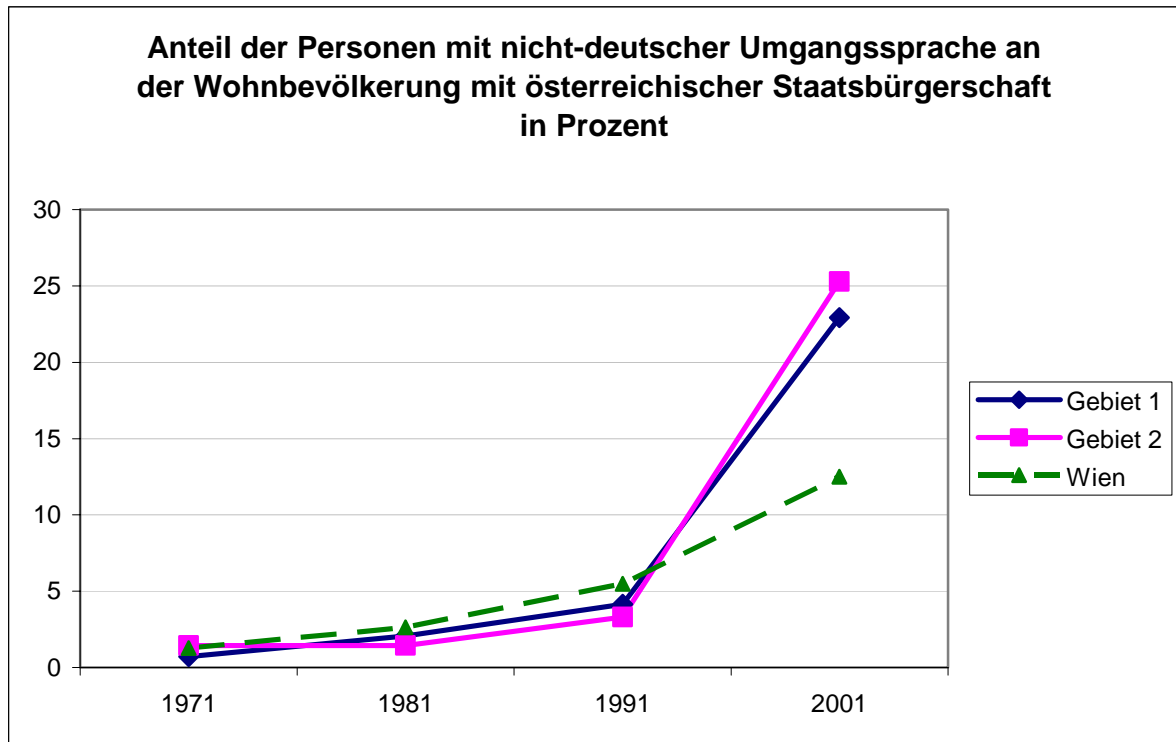


Abbildung 7: Anteil der Personen mit nicht-deutscher Umgangssprache an der Wohnbevölkerung mit österreichischer Staatsbürgerschaft im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001



3.6.5.3 Lebensunterhalt

Zwischen 1971 und 2001 ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung in Wien nahezu konstant geblieben. Auf der Ebene der Bezirks Margareten zeigt sich ein ähnliches Bild. Auch im Matteottihof, im Herweghhof und im Julius-Popp-Hof hat sich dieser Wert im selben Zeitraum nur wenig verändert. Anders hingegen im Metzleinstaler Hof und im Reumannhof (samt den hier leider mitgezählten angrenzenden kleineren Wohnbauten). Hier ist der Anteil von 35,1% im Jahr 1981 auf 41,6% im Jahr 2001 gestiegen. Ein Anstieg, der wohl zu einem guten Teil mit dem oben beschriebenen Generationeneffekt zu tun hat. Mit der Halbierung des Anteils an über 55-jährigen in diesen Wohnhausanlagen zwischen 1971 und 2001 sank logischerweise auch der Anteil der PensionistInnen. Dies zeigt sich auch in der Abbildung 8 sehr deutlich. Während 1981 noch rund 45% PensionistInnen in den entsprechenden Wohnhäusern lebten, waren dies 2001 nur mehr 22,9%.

Abbildung 8: Erwerbstätige in % der Wohnbevölkerung im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001

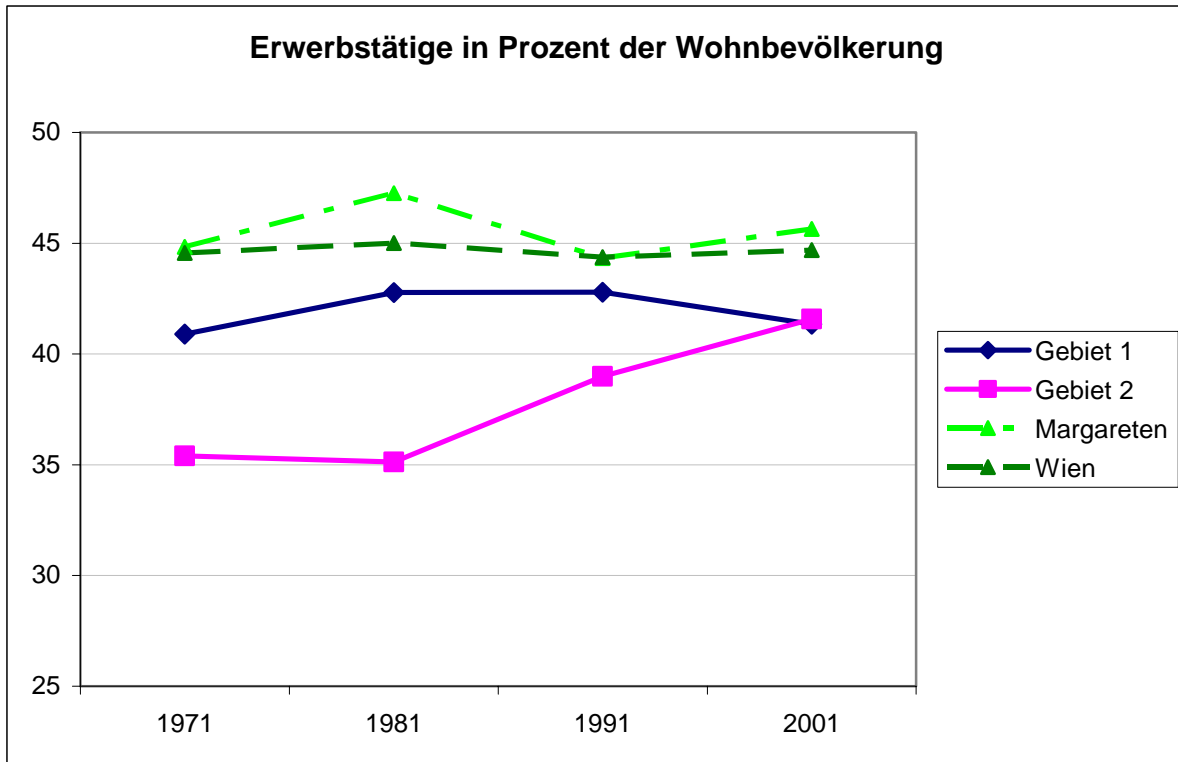
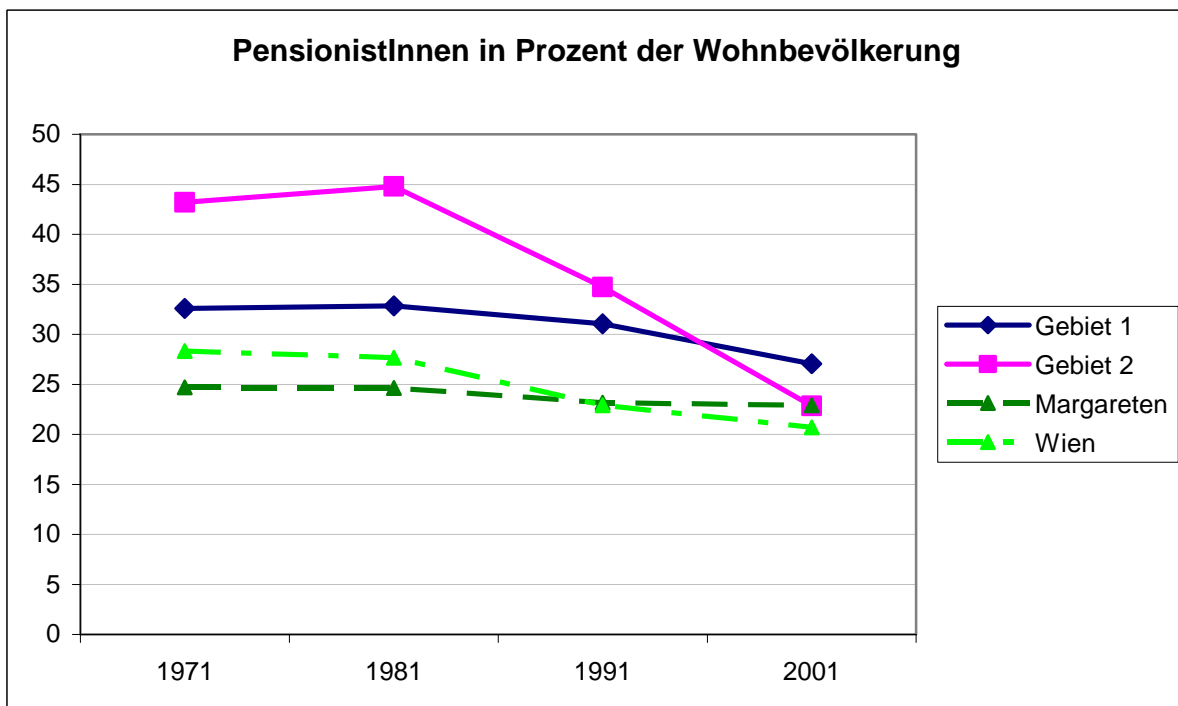
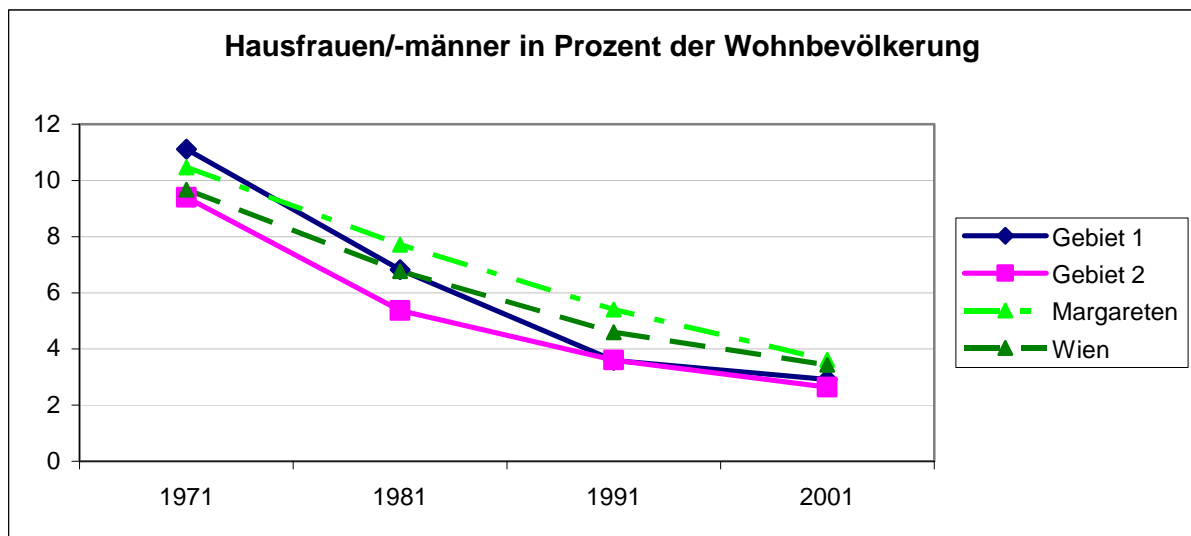


Abbildung 9: PensionistInnen in % der Wohnbevölkerung im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001



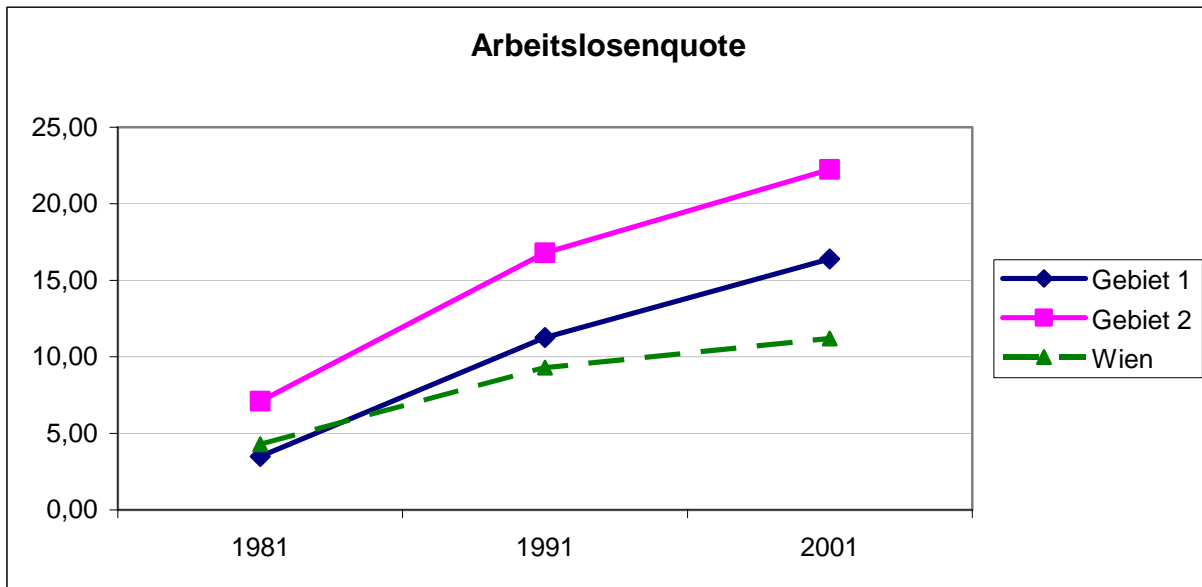
Ein anderer gesellschaftlicher Trend der letzten Jahrzehnte, der starke Rückgang an (Ehe-)PartnerInnen (in der Regel Frauen), die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und sich ausschließlich der Hausarbeit widmen, zeigt sich interessanterweise nahezu gleichförmig in den untersuchten Gemeindebauten wie auch in Margareten und in Wien insgesamt.

Abbildung 10: Hausfrauen/-männer in % der Wohnbevölkerung im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001



Ein wenig anders verhält sich die Sache im Fall der Arbeitslosenquote (hier: bezogen auf alle Erwerbspersonen). Der weiter oben beschriebene Anstieg der Arbeitslosenrate in Wien bedingt durch die rasche Umstrukturierung der Wiener Wirtschaft im Postfordismus (und verstärkt durch die „Ostöffnung“ Anfang der 90er Jahre) wird in Abbildung 10 deutlich sichtbar. Es zeigt sich, dass der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen zwar in Wien ebenso angestiegen ist, wie in den hier untersuchten Gemeindebauten, allerdings weniger stark. 1981 betrug die Arbeitslosenrate im Matteottihof, im Herwegghof und im Julius-Popp-Hof 7,1%, in ganz Wien 4,3%. Doch in den darauf folgenden zwei Jahrzehnten hat sich diese Differenz in etwa verdreifacht. Auch im Metzleinstaler Hof, im Reumannhof und den angrenzenden Wohnhäusern lag die Arbeitslosenquote, die 1981 noch auf dem Wiener Gesamtniveau war, 2001 deutliche höher.

Abbildung 11: Arbeitslosenquote im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001

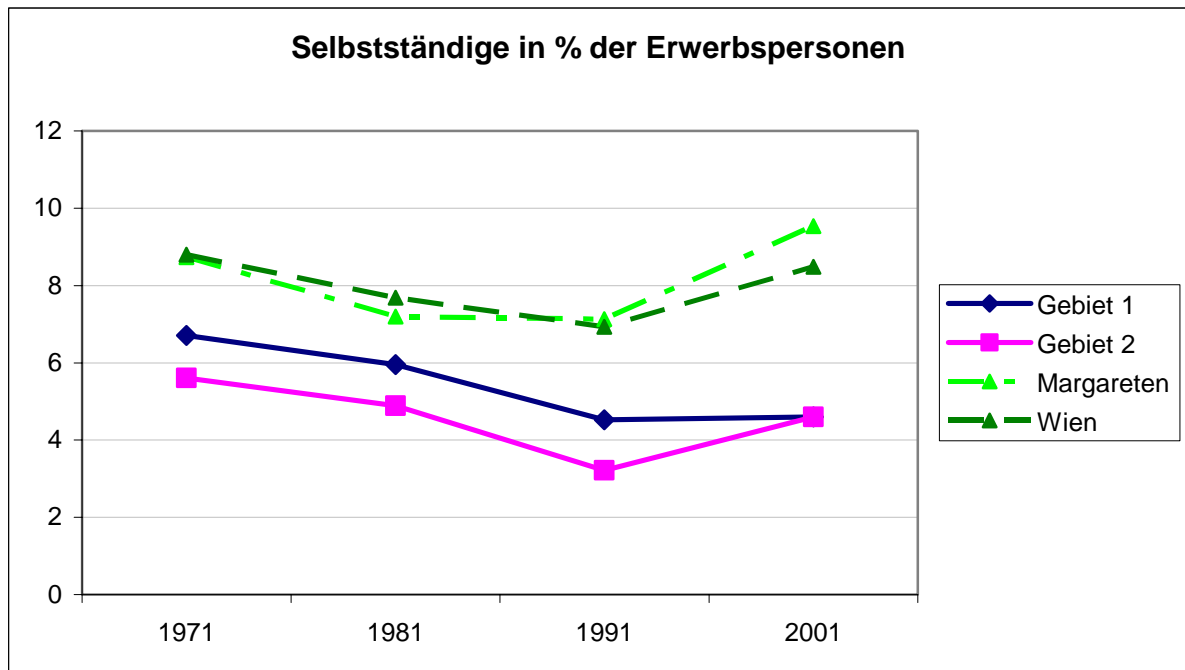


3.6.5.4 Erwerbspersonen

Besonders interessant sind natürlich die Daten über die Erwerbstätigkeit in den Gemeindebauten. Schließlich können – zumindestens bedingt – Kontrastvergleiche mit den Daten von 1932 getroffen werden.

In Bezug auf die Rate der Selbstständigen ergibt sich ein klarer Unterschied zwischen der Bevölkerungsstruktur der Gemeindebauten einerseits und jener des Bezirks sowie der Stadt andererseits. So gab es 2001 im gesamten 5. Bezirk fast doppelt so viele Selbstständige in Relation zur Erwerbsbevölkerung wie in den fünf Gemeindebauten. Und während der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen zwischen 1971 und 2001 hier tendenziell ganz leicht gesunken ist (von 6,7 bzw. 5,6% auf jeweils 4,6%), kann dies für Wien und den 5. Bezirk so nicht festgestellt werden. Schließlich erfolgte, nach einem Absinken in den 70er und 80er Jahren, in den 90ern wieder ein Anstieg der Selbstständigenquote, welcher einerseits mit der Zunahme neuer Beschäftigungsverhältnisse („neue Selbstständige“, „Scheinselbstständige“) und andererseits mit dem Wachstum migrantischer Ökonomien – dem Gegenteil zum „Greißlersterben“ – in Wien erklärt werden kann.

Abbildung 12: Selbstständige in % der Erwerbspersonen im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001



Die zusammengefasste Kategorie „Angestellte und Beamte“ ist für sich leider nur wenig aussagekräftig, die Interpretation muss, aufgrund der Heterogenität des Angestelltenstatus, gemeinsam mit den Werten für FacharbeiterInnen und sonstige ArbeiterInnen erfolgen. Interessant ist jedenfalls die Feststellung, dass der Anteil der Angestellten und Beamten, der im Gebiet mitunter deutlich höher ausfällt als im Gebiet 2, hier seit der Volkszählung von 1981 gesunken ist, während er im gleichen Zeitraum in Wien weiter zunahm und über 60% erreichte. Dieser „Knick“ zeigt sich auch in der Abbildung 12.

Während der Anteil an- und ungelerner ArbeiterInnen in Wien in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgeht, steigt er in den Gemeindebauten seit 1981 wieder an (und gleicht sich gleichzeitig in den beiden Zählgebieten an). Gemeinsam mit dem hohen Anstieg der Arbeitslosenrate ist dies ein deutliches Indiz dafür, dass die Gemeindebauten in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr überproportional von den Unterschichten bewohnt wurden.

Abbildung 13: Angestellte und Beamte in % der Erwerbspersonen im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001

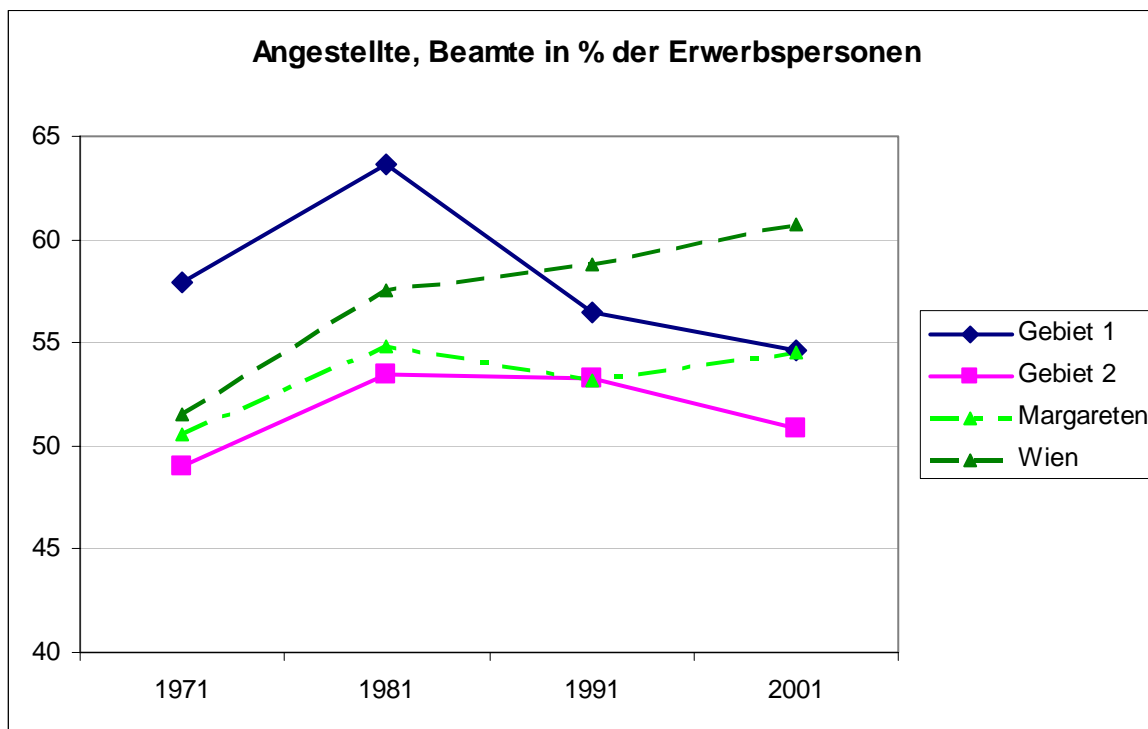


Abbildung 14: FacharbeiterInnen in % der Erwerbspersonen im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001

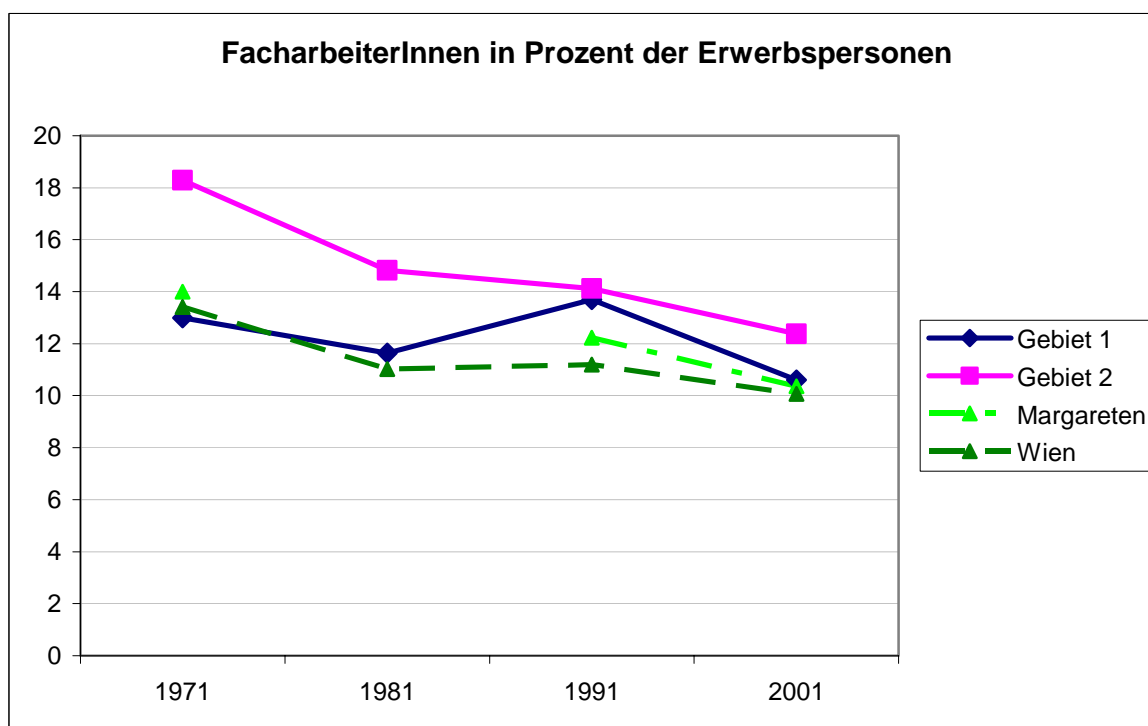
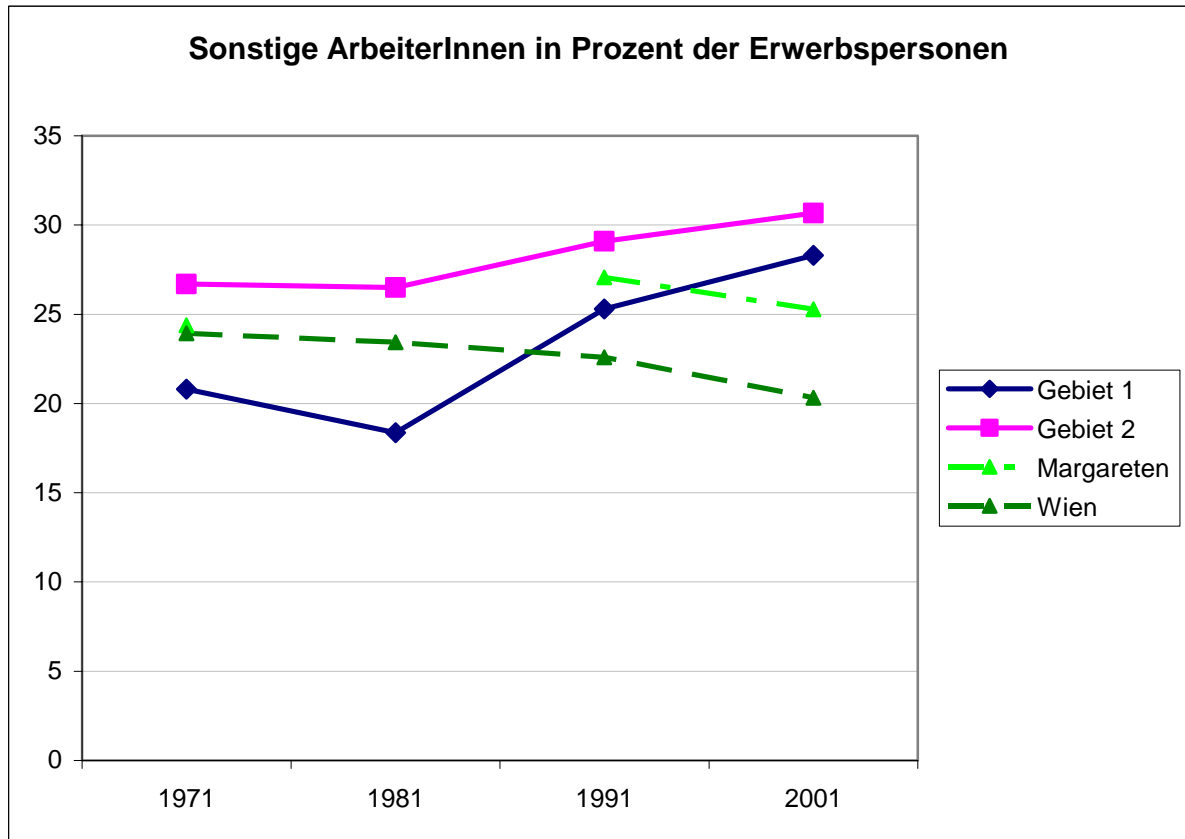


Abbildung 15: Sonstige ArbeiterInnen in % der Erwerbspersonen im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001



3.6.5.5 Bildung

Die These der stärkeren Verteilung unterer Schichten auf die Gemeindebauten gegenüber dem städtischen Durchschnitt lässt sich auch in Anbetracht der Bildungsabschlüsse der BewohnerInnen bestätigen. Einmal mehr zeigt sich hier auch die kombinierte aber ungleiche Entwicklung der Bevölkerungsstruktur der Gemeindebauten und der Stadt Wien im Gesamten. So ist die Bildungsexpansion seit den politischen Reformen der 70er Jahre sowohl in der gesamten Stadt wie im Bezirk Margareten, als auch in den Gemeindebauten bemerkbar. Allerdings hat besonders die Zahl der Personen mit Hochschulabschluss insgesamt *viel stärker* zugenommen als im Untersuchungsgebiet (daneben haben auch in dieser Hinsicht die beiden Zählgebiete über die letzten Jahrzehnte immer mehr angenähert). 2001 hatten bereits 11,3% der MargaretnrInnen einen Hochschulabschluss. Im Gemeindebau konnten nur 6% (Gebiet 1) bzw. 4,4% (Gebiet 2) diese Qualifikation aufweisen.

Abbildung 16: Personen mit Hochschulabschluss in % der Wohnbevölkerung über 15 Jahren im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001

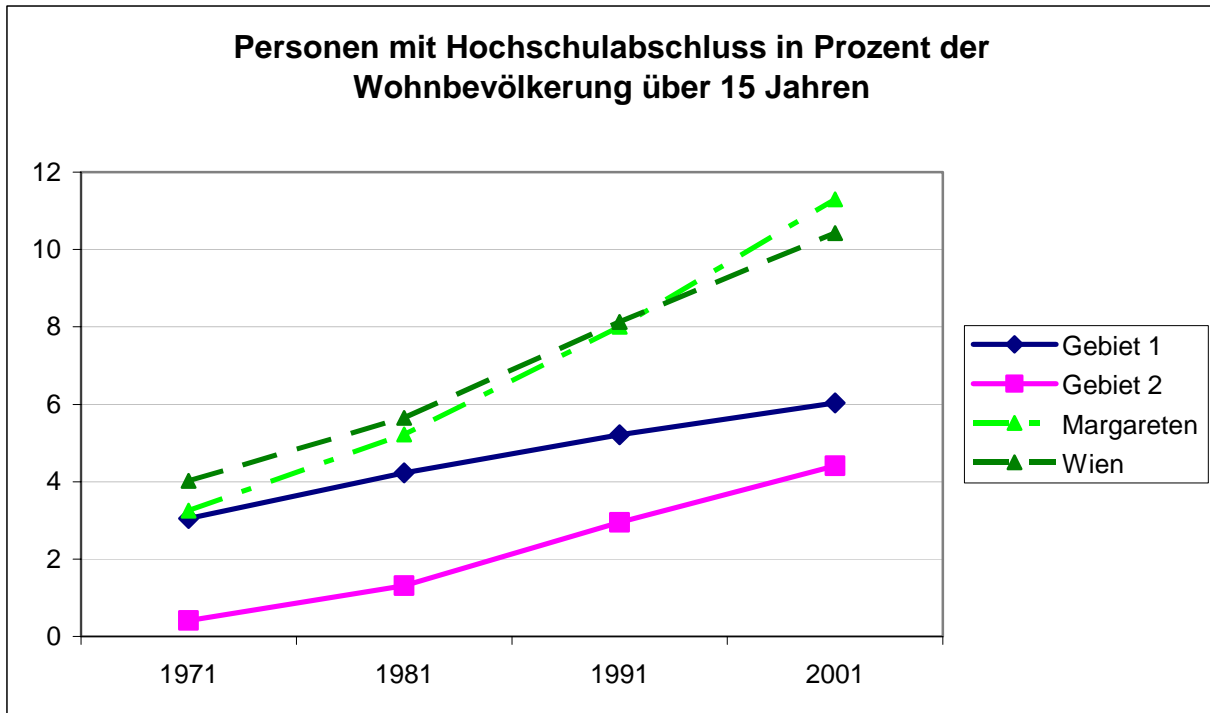
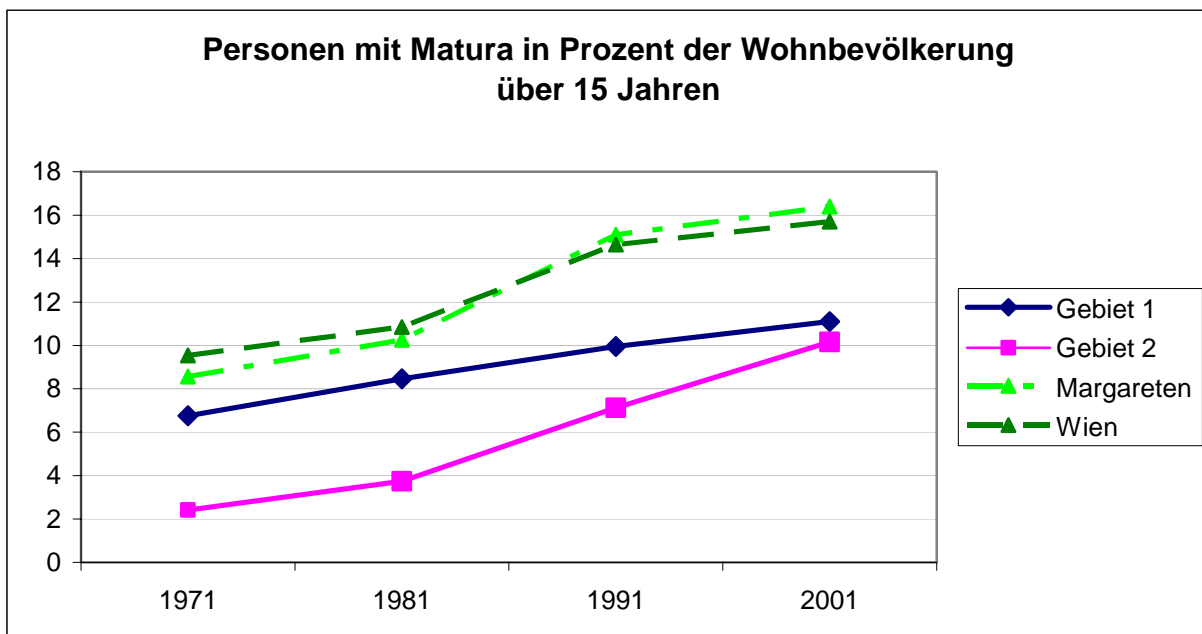


Abbildung 17: Personen mit Matura in % der Wohnbevölkerung über 15 Jahren im Untersuchungsgebiet 1971 bis 2001



4. Conclusio

4.1 Kontrastvergleich 1932 - 2001

Ein Vergleich der Bevölkerungsstruktur der Gemeindebauten in den frühen 30er Jahren mit jener der letzten Jahrzehnte ist natürlich in mehrerlei Hinsicht schwierig. Weder das Erhebungsinstrument, noch die verwendeten Kategorien der beiden Datensätze sind dieselben. Umso interessanter wäre jedoch ein direkter Vergleich, auch aufgrund des oben beschriebenen Mangels an Daten und Untersuchungen zur Sozialstruktur der BewohnerInnen der Wiener Gemeindebauten in der Zwischenkriegszeit. Ansätze eines solchen Vergleichs, auf welchen weitere Forschungsarbeiten aufbauen könnten, sollen hier – mit all ihren Einschränkungen – skizziert werden.

Aufgrund des vorhandenen Datenmaterials bietet sich ein Vergleich nach der Berufsgruppen-Klassifikation ISCO-88 an. Die Zahlen für 1932 beziehen sich auf sämtliche Einheiten der Stichprobe, die klassifiziert werden konnten. Rund 19,3% fehlende Werte wurden nicht mitbezogen. Wie weiter oben beschrieben, kann der Anteil der Handwerksberufe dadurch als etwas überschätzt gelten, jener der Bürokräfte hingegen als stark unterschätzt.

Aus diesem Grund sollte auch die geringe Differenz der Werte für 1932 und 2001 bei den Bürokräften nicht interpretiert werden. Ebenfalls sehr gering ist der Unterschied im Bereich der Dienstleistungsberufe. Größere Differenzen ergeben sich bei den oberen Kategorien der Berufsgruppenklassifikation. So lebten 1932 kaum Angehörige gesetzgebender Körperschaften, leitende Verwaltungsbedienstete oder Führungskräfte in der Privatwirtschaft in den untersuchten Gemeindebauten, 2001 aber immerhin rund fünf Prozent. Allerdings wurden kleine LadenbesitzerInnen 1932 nicht in der Kategorie 1, sondern der Kategorie 5 (Dienstleistungsberufe) zugeordnet. Nicht überraschend aufgrund der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte ist der höhere Anteil an AkademikerInnen im Jahr 2001 als im Jahr 1932 (wobei hier auch zwischen den beiden Zählgebiete Unterschiede bestehen).

Der deutlichste Unterschied besteht im Bereich der industriellen ArbeiterInnen (Kategorien 7 und 8). So war der (wahrscheinlich leicht überschätzte) Prozentsatz der ArbeiterInnen aus Handwerks- und verwandten Berufen 1932 etwa doppelt so hoch wie 2001. Dahingegen war der Anteil an Hilfsarbeitskräften damals sogar etwas niedriger als heute.

Tabelle 14: BewohnerInnen des Untersuchungsgebiets nach Berufsgruppe, 1932 & 2001

	Gebiet 1 - 2001	Gebiet 2 - 2001	Stichprobe 1932
1: Angehörige gesetzgebender Körperschaften, leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte in der Privatwirtschaft	4,66	5,91	0,9
2: Wissenschaftler (auch als Akademiker bezeichnet)	9,44	6,02	3,2
3: Techniker und gleichrangige Nichttechnische Berufe	14,71	15,23	10,4
4: Bürokräfte	14,22	12,73	9,3
5: Dienstleistungsberufe	22,92	23,18	19,8
6: Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei	0,37	0,11	0,4
7: Handwerks- und verwandte Berufe	19,73	19,20	39,8
8: Anlagen- und Maschinenbediener sowie Montierer	4,78	6,93	8,9
9: Hilfsarbeitskräfte	9,07	10,57	7,3
0: Soldaten	0,12	0,11	0,0

In Hinblick auf die Veränderung der ökonomischen Struktur Wiens und Margaretens in den letzten Jahrzehnten ist auch ein Vergleich für einzelne Berufsgruppen interessant. So arbeiteten etwa 2001 nur mehr 0,62% aller erwerbstätigen BewohnerInnen des Untersuchungsgebiets in der Textil- und Schuhbranche. In der Stichprobe der HauptmieterInnen von 1932 waren es noch 7,81% (und hier sind wie erwähnt vermutlich viele erwerbstätige Frauen nicht mitgezählt). Weiters arbeiteten 2001 nur mehr etwa halb so viele BewohnerInnen im Metallbereich als 1932 und weniger als ein Drittel in holzverarbeitenden Berufen. Vergleiche, die auf den Niedergang der Industrie und vor allem des handwerklichen Gewerbes in Wien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hinweisen und sich natürlich besonders deutlich in einem Wohngebiet für ArbeiterInnen inmitten eines traditionellen Gewerbe/Kleinindustrie-Stadtteils zeigen.

4.2 Vom avantgardistischen Quartier zum Wohngebiet der Deklassierten? Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Bei ihrer Entstehung waren die Gemeindebauten des Roten Wien eine enorme sozialpolitische Errungenschaft in einer Zeit großer ökonomischer Schwierigkeiten und Umbrüche, vor allem für die höheren Schichten der Wiener ArbeiterInnenschaft. Herwegghof, Matteottihof oder Reumannhof waren dabei nicht einfach nur Wohnhäuser, vielmehr standen sie im Zeichen einer großen politischen Idee des 20. Jahrhunderts. 1934 sollte diese Idee in Österreich militärisch besiegt werden. Bei den Februarkämpfen standen der Reumannhof und in geringerem Ausmaß auch der Matteottihof im Zentrum der Auseinandersetzungen. Auf das austrofaschistische Regime folgte die Diktatur des Nationalsozialismus. Neben tausenden anderen Opfern in ganz Wien wurden dadurch 31 jüdische MieterInnen aus den hier behandelten fünf Gemeindebauten delogiert. Mit dem Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg und der neuen Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien gerieten die Gemeindebauten des Roten Wien etwas in Abseits. Neben Wandlungen in der Sozialstruktur kam es auch zu einem Imagewandel der kommunalen Wohnbauten und zu einem Verlust ihrer Vorreiterstellung im sozialen Wohnbau.

Insgesamt leben im Gemeindebau heute viel weniger manuelle ArbeiterInnen als in den 30er Jahren. Diese Veränderung entspricht dem gesamtgesellschaftlichen sozioökonomischen Wandel in westeuropäischen Städten wie Wien der letzten Jahrzehnte. Allerdings vollzog sich dieser soziale Wandel im Gemeindebau weder synchron zum allgemeinen sozialen Wandel noch startete er vom selben Niveau aus. In den untersuchten Gemeindebauten lag der Anteil industrieller- bzw. handwerklicher ArbeiterInnen 1932 unter dem Wiener Durchschnitt, während er heute überdurchschnittlich ausfällt. Und während damals überdurchschnittlich viele BeamtInnen und Angestellte an der „Ringstraße des Proletariats“ wohnhaft waren, so leben dort heute weniger als im Wiener Schnitt.

Weitere allgemeine soziale Trends sind im Gemeindebau zu beobachten. Etwa im Bereich der Bildung. 1932 hatten nur knapp über 2% aller BewohnerInnen in den untersuchten Gemeindebauten einen universitären Abschluss (1,8% waren Doktor, 0,3% waren Magister – auffällig viele davon lebten allerdings, wie oben beschrieben, im älteren Teil des Metzleinstaler Hofes). 2001 hatten schon 6,04% (Gebiet 1) bzw. 4,41% (Gebiet2) einen Hochschulabschluss. Diese Werte liegen jedoch deutlich unter dem Wiener Durchschnitt. Überhaupt weisen die Gemein-

debauten in sämtlichen relevanten, ihre BewohnerInnenschaft beschreibenden, Merkmalen (Bildung, Arbeitslosigkeit, Berufsstatus etc.) niedrigere bzw. (im Fall von Arbeitslosigkeit: höhere) Werte als der Wiener Durchschnitt auf. In diesem Sinn kann heute von einem *größeren Anteil des Proletariats* – oben pragmatisch als Unterschicht definiert – in den Gemeindebauten gesprochen werden. Letztendlich ist auch der relativ hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ein Indiz für diese These, schließlich ist jene Personengruppe in Wien überproportional über die unteren sozialen Schichten verteilt.

Wie sieht es mit dem Anspruch des Projekts der „Ringstraße des Proletariats“ in der Zwischenkriegszeit aus? Hat die SDAP tatsächlich „die Wiener Proletarier aus den alten Wanzenburgen in die herrlichen Gemeindewohnungen geführt“?⁴⁰ Wie oben gezeigt wurde, lebten tatsächlich hauptsächlich ArbeiterInnen (im Sinn von LohnbezieherInnen) in den untersuchten Gemeindebauten. Allerdings waren die höheren Schichten der ArbeiterInnenschaft (darunter auch die „Arbeiteraristokratie“) überproportional vertreten. Qualifizierte FacharbeiterInnen, Angestellte und kleine BeamtenInnen wohnten zu übergroßen Teilen im Gemeindebau, HilfsarbeiterInnen hingegen waren unterrepräsentiert. Von einer „Ringstraße des Proletariats“ – im Sinne der Unterschichten – kann in den 30er Jahren also nur bedingt gesprochen werden. Die These von Sieder, wonach proletarische und subproletarische Schichten zwar die Hauptklientel der kommunalen Fürsorge war, der kommunale Wohnbau aber eher der Arbeiteraristokratie zur Verfügung stand, kann anhand dieses Beispiels wohl illustriert werden. Zudem wohnte auch aufgrund der quantitativen Beschränktheit des kommunalen Wohnbaus (Wohnungen für rund ein Achtel der damaligen Wiener Bevölkerung) ein Großteil der ArbeiterInnenschaft ohnehin weiter in den gründerzeitlichen „Wanzenburgen“.

Mit dem Projekt eine „Ringstraße des Proletariats“ zu errichten war auch der Anspruch verbunden, den ArbeiterInnen würdige Wohnverhältnisse zu schaffen. Architektonisch ist dies zweifelsohne gelungen. Doch nicht nur die Form, auch der Inhalt des kommunalen Wohnbaus war für seine Zeit außerordentlich fortschrittlich.

Wie oben beschrieben wies Margareten, obwohl ein innerstädtischer Bezirk, im Jahr 1900 die dritt schlimmsten Wohnverhältnisse in ganz Wien auf. Nicht einmal jede Wohnung verfügte über eine Küche, nur die allerwenigsten über Wasser, Gas und elektrisches Licht. Die Errichtung der großen Gemeindebauten in den 20er Jahren stellte somit einen enormen Fortschritt

⁴⁰ So lautete die Beschriftung einer Fotomontage aus der sozialdemokratischen Zeitschrift „Der Kuckuck“ (Der Kuckuck Nr. 15/1933, Seite 3)

für den Lebensstandard im 5. Bezirk dar – der jedoch nur einer Minderheit der ArbeiterInnen zu Gute kam. Allerdings richteten sich Gemeinschaftseinrichtungen wie das ehemalige Bezirksjugendamt im Julius-Popp-Hof oder der Kindergarten im Reumannhof nicht nur an den jeweiligen Bau, sondern an die gesamte Umgebung. Die „Ringstraße des Proletariats“ war zu dieser Zeit zweifelsohne ein „avantgardistisches Wohnquartier“ im 5. Bezirk, das zeigen auch Interviews mit Zeitzeugen wie Frau B., welche den Reumannhof als „Palais“ bezeichnet hat.

In der Zweiten Republik entstanden allerdings neue, moderne Gemeindebauten, daneben weiters viele Wohnbaugenossenschaften und gleichzeitig wurden ab den 80er Jahren vermehrt Altbauten aus der Gründerzeit saniert. Die hier untersuchten Gemeindebauten fielen hinter diese Entwicklung zurück und gehörten fortan nicht mehr zu den fortschrittlichen Wohnhäusern. So entsprachen etwa die Größe der Wohnungen oder verschiedene Gemeinschaftseinrichtungen (z.B. Badehäuser) nicht mehr den veränderten Wohn- und Freizeitbedürfnissen der BewohnerInnen. Einhergehend mit dem Wandel der Sozialstruktur ihrer BewohnerInnenenschaft wandelte sich auch ihre Attraktivität als Wohnadresse und somit auch ihr Image. Diese allgemeinen Trends, die sämtliche Gemeindebauten aus der Zwischenkriegszeit betrafen, wurden im Fall des Untersuchungsgebiets aufgrund dessen spezieller geographischer Lage – Wandel des Gürtels vom Boulevard zur meistbelasteten innerstädtischen Straße – noch einmal verstärkt. Mit den Sanierungsmaßnahmen in den 90er Jahren wurde versucht, die Gemeindebauten auf modernen Stand zu heben – soweit dies möglich war.⁴¹

Bezogen auf Wien sind die Wohnverhältnisse im 5. Bezirk heute immer noch unterdurchschnittlich. Fast jede siebente Wohnung hatte 2001 entweder keine Wasserentnahmestelle oder kein WC im Inneren.⁴² 11,9% aller Wohnungen entsprachen 2001 der Kategorie D, mehr als doppelt so viel wie im benachbarten „Nobelbezirk“ Wieden (5,0%). Der Wiener Durchschnitt lag laut den Statistischen Mittelungen der Stadt Wien bei 7,5%. Nur der 15., 16. und 17. Bezirk verfügten über weniger Kategorie A-Wohnungen. „Avantgardistische Quartiere“ sind die Gemeindebauten des Roten Wien heute nicht mehr, zu sehr haben sich sowohl die Nachfrage als auch das Angebot verändert. Als Monumente des Roten Wien stellen sie aber nach wie vor einen Fingerzeig für leistbares, gesundes und würdiges Wohnen dar.

⁴¹ So gab es beispielsweise eine Reihe an Wohnungszusammenlegungen, da die sehr kleinen Wohnungen nicht mehr den heutigen Bedürfnissen entsprechen.

⁴² ST.AT - Gebäude- bzw. Häuser- und Wohnungszählungen 1991 und 2001., Tabelle 2.3.4 - <http://www.wien.gv.at/statistik/daten/wohnungen.html>

5. Verzeichnis der verwendeten Literatur

- Banik-Schweitzer, Renate (1992): Wien, wie es wurde – Die Entwicklung einer Stadt, in: Banik-Schweitzer et. al.: Wien wirklich: der Stadtführer, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik
- Banik-Schweitzer, Renate (1982): Zur sozialräumlichen Gliederung Wiens 1869-1934, Wien: Institut für Stadtforschung
- Bauer, Otto (1919): Der Weg zum Sozialismus, Marxists' Internet Archive, verfügbar unter: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1919/weg/index.html>, zuletzt abgerufen am 17.03.2010
- Biermayr, Peter; Schriefl, Ernst; Baumann, Bernhard et al. (2005): Maßnahmen zur Minimierung von Reboundeffekten bei der Sanierung von Wohngebäuden (MARESI), in: Berichte aus Energie- und Umweltforschung 6/2005, Wien: Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum, in: Wentz, Martin (Hg.): Stadt- Räume. Frankfurt am Main/ New York, S. 26-34
- Bramhas, Erich (1987): Der Wiener Gemeindebau: vom Karl-Marx-Hof zum Hundertwasserhaus, Basel: Birkhäuser
- Danneberg, Robert (1930): Das neue Wien . 5., umgearbeitete. Aufl. . - Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlungen
- Dorau, Ralf (2005): Klassentheorie und Klassenanalyse, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 63, September 2005
- Eigner, Peter; Resch, Andreas (2003): Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert, in: Eder, Franz; Eigner, Peter; Resch, Andreas; Weigl, Andreas (2003): Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum, Wien: Studienverlag
- Ellmers, Sven (2009): Die formanalytische Klassentheorie von Karl Marx. Ein Beitrag zur 'neuen Marx-Lektüre', Duisburg: Universitätsverlag Rhein-Ruhr
- Exenberger, Herbert; Koß, Johann, Ungar-Klein, Brigitte (1996): Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938-1939, Wien: Picus
- Frei, Alfred Georg (1984): Rotes Wien. Austromarxismus und Arbeiterkultur. Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik 1919 – 1934, Berlin (West): DVK
- Fuchs, Christian (2001): „Leben und Selbstorganisation im postfordistischen, neoliberalen, informationsgesellschaftlichen Kapitalismus“, verfügbar unter: <http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/gesellschaft.html>, zuletzt abgerufen am 03.11.2009
- Galanda, Brigitte [Red.] (1981): Konferenz Arbeiterkultur in Österreich 1918-1945, Wien: Europaverlag

- Garstenauer, Michael (2007): Marginalisierung in der „Vorstadt“: Sozioökonomische Entwicklung Wiens und Madrids im 19. Jahrhundert, Diplomarbeit zur Erlangung des Grades einer Magistra der Philosophie an der Geistes- und Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien
- Gestring, Norbert; Janssen, Andrea (2005): Sozialraumanalysen auf stadtsoziologischer Sicht, in: Riege Marlo; Schubert, Herbert: Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 159 - 173
- Hautmann, Hans; Hautmann, Rudolf (1980): Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919 – 1934, Wien: Schönbrunn-Verlag
- Heinrich, Michael: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, Stuttgart: Schmetterling Verlag, 2005
- Institut für Soziologie der Universität Wien (2006): Zusammenleben im Gemeindebau: Konflikte und Potentiale, verfügbar unter: http://www.soz.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_sociologie/Reinprecht2.pdf, zuletzt abgerufen am 17.03.2010
- Jessop, Bob (1986): „Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus“, in: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Nr. 65
- John, Michael (1984): Wohnverhältnisse sozialer Unterschichten im Wien Kaiser Franz Josephs, Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 32, Wien: Europaverlag
- Kainrath, Wilhelm (1988): Verändert die Stadt. Texte 1971-1986, Wien: Picus
- Klusacek, Christine; Stimmer, Kurt (2002): Margareten zwischen gestern und morgen, Wien: Mohl
- Kocka, Jürgen (1986): Sozialgeschichte. Begriff - Entwicklung – Probleme, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Kofler, Sonja (2004): Wohnen im Karl-Marx-Hof 1930-1934. Der kurze Traum von einem besseren Leben , Diplomarbeit an der Universität Wien
- Kristan, Markus (2003): Hubert Gessner. Ein Baukünstler...: Nicht Modern, Nicht Antikisch, in: <http://www.gebietsbetreuung.wien.at/gbdocs/gb21/download/expertentexte/weihsmann.pdf>, zuletzt abgerufen am 17.03.2010
- Kulemann, Peter (1982): Am Beispiel des Austromarxismus: sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg: Junius
- Leichter, Käthe (1932): So leben wir... 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben; Eine Erhebung. Wien: Verlag Arbeit und Wirtschaft
- Leser, Norbert (1998): Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus in Theorie und Praxis, Wien: Boehlau

- Lévy-Vroelant, Claire; Reinprecht, Christoph; Wassenberg, Frank (2008): Learning from history: changes and path dependency in the social housing sector in Austria, France and the Netherlands (1889-2008), in: Scanlon, Kathleen; Whitehead, Christine (Ed.): Social Housing in Europe II. A review of policies and outcomes, London: LSE London
- Lichtenberger, Elisabeth (2002): Österreich. Geographie, Geschichte, Wirtschaft, Politik, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Lichtenberger, Elisabeth (1993): Vienna – bridge between cultures, London [u.a.]: Link Belhaven Press [u.a.]
- Lichtenberger, Elisabeth (1990): Stadtverfall und Stadterneuerung, Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Machart, Peter (1984): Wohnbau in Wien 1923-1983, Wien: Compress
- Magistrat der Stadt Wien (2003): Zeitreihen zu Ökologie, Soziales, Verwaltung und Freizeit 1945-2002
- Matis, Herbert; Eigner, Peter; Resch, Andreas (1999): Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme, verfügbar unter: www.demokratiezentrum.org
- Matuszak-Groß, Stephanie (2003): Von unter der Obhut der Vaterfigur Reumann im Ehrenhof spielenden „Fürstenkindern der Neuen Zeit“ zum Aufklärungstheater für den „Neuen Menschen“. Der Wiener Gemeindewohnbau der I. Republik als multifunktionaler Bedeutungsträger, in: <http://www.gebietsbetreuung.wien.at/gbdocs/gb21/download/expertentexte/matuszak.pdf>, zuletzt abgerufen am 17.03.2010
- Mayer, Petra (1997): Der Wiener Gemeindebau – eine soziodemographische Untersuchung. Diplomarbeit zur Erlangung des Grades einer Magistra der Philosophie an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien
- Mayer, Wolfgang (2009): Bezirksgeschichte. Geschichte der Vorstädte des heutigen 5. Gemeindebezirks Margareten, in: <http://www.bezirksmuseum.at/default/index.php?id=92&L=0>, zuletzt abgerufen am 01.09.2009
- Mayer, Wolfgang; Pittler, Andreas (1993): Lebenswertes Margareten - mit Tradition und Zukunft: Geschichte der Sozialdemokratie in Margareten, Wien: Verlag der SPÖ-Wien
- Nigg, Rosemarie (2006): Soziale Körper in Transformation. Eine empirische Untersuchung über Integration von ZuwanderInnen und Nachbarschaft in Wiener Gemeindebauten, in: SWS-Rundschau, Jg. 46, Nr. 2/2006, 150-173
- Nowy, Andreas; Radek, Vanessa; Jäger, Johannes; Hamdinger, Alexander (2001): The End of Red Vienna. Recent Ruptures and Continuities in Urban Governance, in: European Urban and Regional Studies, Vol. 8, No. 2, 131-144
- Öhlinger, Walter (1993, Red.): Das Rote Wien 1918 – 1934, Ausstellungskatalog des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien: Eigenverlag der Museen der Stadt Wien

- Opll, Ferdinand (2009): Wien - das Werden einer Metropole, in: <http://www.magwien.gv.at/kultur/archiv/geschichte/ueberblick/index.html>, zuletzt abgerufen am 17.03.2010
- Pelinka, Anton (1977): Kommunalpolitik als Gegenmacht. Das „rote Wien“ als Beispiel gesellschaftsverändernder Reformpolitik, in: Naßmacher, Karl-Heinz (Hrsg.): Kommunalpolitik und Sozialdemokratie. Der Beitrag des demokratischen Sozialismus zur kommunalen Selbstverwaltung, Bonn: Neue Gesellschaft
- Petrovic, Madeleine (1998): Der Wiener Gürtel: Wiederentdeckung einer lebendigen Prachtstraße, Wien: Brandstätter
- Podbrecky, Inge (2003): Rotes Wien: gehen & sehen, 5 Routen zu gebauten Experimenten von Karl-Marx-Hof bis Werkbundsiedlung, Wien: Falter-Verlag
- Reisberg, Arnold (1974): Februar 1934. Hintergründe und Folgen, Wien: Globus
- Reppé, Susanne (1993): Der Karl-Marx-Hof. Geschichte eines Gemeindebaus und seiner Bewohner, Wien: Picus
- Riemer, Hans (1945): Ewiges Wien. Eine Kommunalpolitische Skizze, Wien: Deutscher Verlag für Jugend und Volk
- Ritter, Gerhard A. [Hrsg.] (1979): Arbeiterkultur, Königstein
- Ronneberger, Klaus (2006): Von der Regulation zur Moderation, in: Haydn, Florian; Temel, Robert: Temporäre Räume, Basel: Birkhäuser
- Scharinger, Manfred [Red.] (1996): Trotzismus in Österreich, Teil 2: Interviews, Marxismus Nr. 10, verfügbar unter: http://www.sozialismus.net/alt/agm/home/vergrnr/m10_6_alois_etc.htm, zuletzt abgerufen am 17.03.2010
- Scharinger, Manfred (1995): Kapitalismus in Österreich - von den Anfängen bis heute, Marxismus Nr. 5, Wien: Arbeitsgruppe Marxismus, verfügbar unter: <http://www.agmarxismus.net/vergrnr/m5.htm>, zuletzt abgerufen am 17.03.2010
- Senoner, Alexandra (2002): Sozialer Wohnbau in Wien 1945 bis 1959, Diplomarbeit zur Erlangung des Grades einer Magistra der Philosophie an der Geistes- und Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien
- Sieder, Reinhard (1988): Zur alltäglichen Praxis der Wiener Arbeiterschaft im ersten Drittel des 20 Jahrhunderts, Habilitationsschrift an der Universität Wien
- Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (1926): Das Linzer Programm, in: Marxists' Internet Archive, verfügbar unter: <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/oesterreich/spoe/1926/linzerprog.htm>, zuletzt abgerufen am 17.03.2010
- Spira, Elisabeth T. (1992): Die dunkle Seite der Stadt. Der Gürtel, in: Banik-Schweitzer et. al. (1992): Wien wirklich: der Stadtführer, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik
- Spitznagel, Dagmar (2002): Wien-Margareten, Erfurt: Sutton

Statistisches Amt der Stadt Wien (1955): Die Wiener Gemeindewohnungen und ihre Bewohner, Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien, Sonderheft Nr. 2

Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, verschiedene Jahrgänge

Tabor, Jan (1988): Das Pathos des Kampfes, das Chaos des Kompromisses, das Weh als Erinnerung, in: Maimann, Helene: Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988, Wien: C. Brandstätter

Temel, Robert (2006): Das Temporäre in der Stadt, in: Haydn, Florian; Temel, Robert: Temporäre Räume, Basel: Birkhäuser

Vaskovich, Nadja (1998): Das Rote Wien. Modellversuch einer „proletarischen Gegenwelt“. Eine Untersuchung über die Hervorbringung einer „Arbeiterkultur“ am Beispiel einer milieuspezifischen Wohnkultur. Diplomarbeit zur Erlangung des Grades einer Magistra der Philosophie an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien

Vester, Michael (1998): Was wurde aus dem Proletariat?, in Jürgen Friedrichs, M. Rainer Lepsius, and Karl Ulrich Mayer (Hrsg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, Opladen: Westdeutscher Verlag, 164-206.

Wallerstein, Immanuel (1995): Die Sozialwissenschaft „kaputtdenken“. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts. Weinheim: Beltz Athenäum

Wehler, Hans-Ulrich (1980): Historische Sozialwissenschaft und Geschichtsschreibung, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

Weigl, Andreas (2003): „Unbegrenzte Großstadt“ oder „Stadt ohne Nachwuchs“? Zur demographischen Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert, in: Eder, Franz; Eigner, Peter; Resch, Andreas; Weigl, Andreas (2003): Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum, Wien: Studienverlag

Weihsmann, Helmut (2002): Das Rote Wien: sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934, Wien: Promedia

Weihsmann, Helmut (2003): Der Karl-Seitz-Hof - Nicht nur ein Zinshaus. Aspekte zum kommunalen Wohnbau einer sozialen Großstadt, in: <http://www.gebietsbetreuung.wien.at/gbdocs/gb21/expertentexte.html>, zuletzt abgerufen am 17.03.2010

Zednicek, Walter (2009): Architektur des Roten Wien, Wien: Verlag Walter Zednicek

Broschüren

Gemeinde Wien (1928a): Die Wohnhausanlage der Gemeinde Wien im V. Bezirk. Margaretengürtel 76, 78, 80, Margaretengürtel 8a, (Herwegh-Hof), Fendigasse 36, 37, (Matteotti-Hof), Wien

Gemeinde Wien (1928b): Reumannhof. Die Wohnhausanlage der Gemeinde Wien im V. Bezirk. Margaretengürtel, Brandmayergasse, Siebenbrunnengasse, Wien

Wiener Wohnen: Herwegghof

Wiener Wohnen: Wohnhausanlage Julius-Popp-Hof

Wiener Wohnen: Matteottihof

Wiener Wohnen: Metzleinstaler Hof

Wiener Wohnen: Reumannhof

Zeitschriften & Zeitungen

Schlager, Doris (2007): Aus für den Wiener Gemeindebau, verfügbar unter:
<http://www.mieterinnen.org/spip/spip.php?article15>, zuletzt abgerufen am 23.12.2009

Stachel, Clemens; Wiegner, Julia (2006): Durch die Quartiere des Elends und Verbrechens. Sozialer Wohnungsbau in Wien, in: Malmoe, Nr. 35

Marits, Mirjam (2007): Gemeindebau als Unterschicht-Ghetto, in: Die Presse, Print-Ausgabe, 15.06.2007

Ruff, Claudia (2007): Gemeindewohnungen für sozial Schwache, in: Der Standard, Juni 2007

Online

<http://www.dasrotewien.at> – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie

Audio

Ziganel, Michael (2007): Leerstellen im Superblock. Tonspur zu einer kritischen Wi(e)der-Begehung historischer Wohnanlagen des Roten Wien, verfügbar unter:
<http://www.awwa.at/pages/07.html>, zuletzt abgerufen am 17.03.2010

Muhr, Christian (1995): Leerstellen im Superblock. Tonspur zu einer kritischen Wi(e)der-Begehung historischer Wohnanlagen des Roten Wien, verfügbar unter:
<http://www.awwa.at/pages/07.html>, zuletzt abgerufen am 17.03.2010

Anmerkung: Ich habe mich bemüht, sämtliche InhaberInnen der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

6. Anhang

Abstract in deutscher Sprache

Die vorliegende Diplomarbeit untersucht den Wandel der Sozialstruktur der BewohnerInnen in fünf ausgewählten kommunalen Wohnhausanlagen Wiens, von deren Entstehung in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts. Sie stellt einen Versuch dar, eine Verbindung zwischen der historischen und der aktuellen Forschung zum Wiener Gemeindebau anhand einer Fallstudie zu schaffen. Die hier untersuchten Gemeindebauten – Reumannhof, Metzleinstaler Hof, Matteottihof, Herweghhof und Julius-Popp-Hof – bilden ein markantes Stadtviertel im 5. Wiener Gemeindebezirk (Margareten) und spielten bei ihrer Errichtung eine wichtige Rolle im sozialen Wohnbau des „Roten Wien“ als so genannte „Ringstraße des Proletariats“.

Empirische Basis der Untersuchung bilden einerseits Daten aus dem Wiener Adressverzeichnis von 1932, aus denen erstmals ein grobes Bild der Sozialstruktur einzelner Gemeindebauten im Wien der Zwischenkriegszeit erstellt wurde. Andererseits wurde für die Jahre 1971 bis 2001 auf Daten aus den Volkszählungen zurückgegriffen. Qualitativ ergänzt wurde die Untersuchung durch historische Materialien und ein ausführliches Interview mit einer Bewohnerin, die seit 1928 nahezu durchgehend im Reumannhof wohnt. Eingebettet wurde die Analyse in eine Darstellung der sozioökonomischen und städtebaulichen Entwicklung Wiens und besonders Margareten im 20. Jahrhundert, da theoretisch von einem engen Zusammenhang der Faktoren Politik, Ökonomie, Stadtentwicklung und Sozialstruktur ausgegangen wurde.

Innerhalb des HandwerkerInnen- und ArbeiterInnenbezirks Margareten waren die entsprechenden Gemeindebauten zur Zeit ihrer Errichtung „avantgardistische Quartiere“, die überwiegend von Angehörigen der Wiener „Arbeiteraristokratie“ bewohnt wurden. So lag der Anteil industrieller- bzw. handwerklicher ArbeiterInnen unter den BewohnerInnen damals unter dem Wiener Durchschnitt, während überdurchschnittlich viele BeamtInnen und Angestellte in den fünf Gemeindebauten wohnten. Von einer „Ringstraße des Proletariats“, im Sinne eines architektonisch repräsentativen Wohngebiets sozialer Unterschichten, kann bezüglich der 1930er Jahre nur bedingt gesprochen werden. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg verschob sich dieses Verhältnis deutlich, wodurch heute im Vergleich zur restlichen Stadt und in geringerem Ausmaß auch zum restlichen Bezirk, mehr Angehörige sozialer Unterschichten in den hier untersuchten Gemeindebauten wohnen.

Abstract in English

The diploma thesis at hand investigates the change in the social structure of the inhabitants of five selected municipal residential buildings from their origins in the 1920's to the beginning of the 21st century. The academic thesis attempts to link the historical and the current research on the “Gemeindebauten” (*municipality buildings*) of Vienna by means of a case study. The herein investigated “Gemeindebauten” – Reumannhof, Metzleinstaler Hof, Matteotihof, Herweghhof and Julius-Popp-Hof – constitute a characteristic quarter in the 5th district of Vienna (Margareten) and their construction played an important role within the social housing of “Red Vienna” known as the “Ringstraße des Proletariats” (*Ring road of the proletariat*).

On the one hand, data from the Viennese address directory of 1932 provided the empirical basis of the investigation. This data constituted the basis for a rough first-time picture of the social structure of particular “Gemeindebauten” in interwar Vienna. On the other hand, data from population censuses were used for the years from 1971-2001. Qualitatively the investigation was complemented by historic material and an extensive interview with a resident who has been living in the Reumannhof almost continuously since 1928. Due to the fact that on the theoretical level a close relation between the factors politics, economy, urban development and social structure was assumed, the analysis was embedded in a description of the socio-economic and urban development of Vienna in general and Margareten in particular in the 20th century.

At the time of their construction, the respective “Gemeindebauten” were “avant-garde accommodations” within the working class and artisan district of Margareten, which were predominantly occupied by members of the “working class aristocracy”. Thus the proportion of industrial and artisan workers respectively amongst the residents was below average compared to the entire city; while the proportion of civil servants and white-collar workers living in the five “Gemeindebauten” was above average. With regard to the 1930's it can therefore only be spoken of a “Ringstraße des Proletariats” – in the sense of an architecturally representative residential area of lower social classes – to a limited extent. In the decades following the Second World War a considerable shift in this proportion took place. Nowadays, compared to the rest of Vienna and to a lower extent also compared to the rest of the district of Margareten, there are more members of lower social classes living in the herein investigated “Gemeindebauten”.

Lebenslauf

STEFAN KALNOKY

Geboren am 25.09.1983 in Mödling

1994 – 2002: Bundesrealgymnasium in Berndorf, Naturwissenschaftlicher Zweig

2004 – 2005: Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien (angefangen)

2005 – 2010: Studium der Soziologie an der Universität Wien

2008: Mitarbeit an einem Forschungsprojekt (Sozialraumanalyse) des Instituts für Soziologie der Universität Wien im Auftrag der MA 18

2008/09: Auslandssemester an der Freien Universität Berlin

Anmerkungen zum Interview

Zur Validierung und Ergänzung der quantitativ-empirischen Analyse wurde ein Leitfadengesteuertes Interview mit Frau B. geführt, welche seit 1928 nahezu durchgehend im Reumannhof wohnt. Frau B. ist 1924 als Kind einer neunköpfigen ArbeiterInnenfamilie in Meidling zur Welt und zog in den späten 1920er Jahren als Pflegekind bei einer Kindergärtnerin in den Gemeindebau.

Das Interview fand am 25. Juni 2009 in der Wohnung von Frau B. im Reumannhof statt und dauerte rund 90 Minuten. Anwesend waren neben der interviewten Person zwei InterviewerInnen (eine interessierte Mitarbeiterin der Gebietsbetreuung und ich) sowie – auf Wunsch von Frau B. – ein weiterer Bewohner des Reumannhofs, der gemeinsam mit ihr im Mieterbeirat engagiert ist. Das Interview wurde per Laptop aufgezeichnet und anschließend transkribiert. Die Seitenzahlen zitierten Passagen beziehen sich auf das Dokument der Transkription.

Schicksale jüdischer MieterInnen in den fünf Gemeindebauten⁴³

<i>Name:</i> Choloney, <i>Gabriele</i> <i>Geburtsdatum, Beruf:</i> 20.7.1885 <i>Adresse:</i> Margarengürtel 94/4 (Metzleinstaler Hof) <i>Datum der Deportation:</i> Am 3.12.1941 nach Riga	Choloney, Dr. Friedrich 5.6.1881, Regierungsrat i.R. Margarengürtel 94/4 (Metzleinstaler Hof) Gestorben in Wien am 2.12.1938
Flaschner geb. Schuhmacher, <i>Frieda</i> 27.08.1900 Margarengürtel 82-88/4/9 (Herweghof) Am 23.10.1941 nach Litzmannstadt	Flaschner, Otto 6.9.1898, Handlungsgehilfe Margarengürtel 82-88/4/9 (Herweghof) Am 26.10.1939 nach Nisko
Frankenstein, Max 16.9.1888, Redakteur Fendigasse 36/6/4 (Matteottihof) Am 9.9.1942 von Drancy nach Auschwitz	Freudenfeld, <i>Alice</i> 20.12.1922 Margarengürtel 90/11 (Metzleinstaler Hof) Am 19.10.1941 mit ihren Eltern nach Litzmannstadt
Freudenfeld, <i>Cäcilie</i> 16.3.1898 Margarengürtel 90/11 (Metzleinstaler Hof) Am 19.10.1941 mit nach Litzmannstadt	Freundenfeld, Oskar 26.5.1888, Bankbeamter Margarengürtel 90/11 (Metzleinstaler Hof) Am 19.10.1941 mit nach Litzmannstadt
Gelb, David 27.9.1881, Etuimachergehilfe Margarengürtel 82-88/10/11 (Herweghof) Am 31.8.1942 nach Minsk	Jelinik, Adolf 22.1.1890, Vertreter Margarengürtel 102/11/16 (Reumannhof) Am 26.10.1939 nach Nisko

⁴³ Nach Exenberger et. al 1996

Kalmar, Max
17.7.1889, Vertreter
Margaretengürtel 82-88/8/9 (Herweghof)
Am 4.3.1943 von Drancy nach Majdanek

Kaufmann, *Hermine*
3.1.1871, Schauspielerin
Siebenbrunnengasse 92/14/17 (Reumannhof)
Am 14.7.1942 nach Theresienstadt, von dort am
23.9.1942 nach Treblinka

Kosidois, Jakob
28.3.1872, Malergehilfe
Brandmayergasse 39/3/25 (Reumannhof)
Gestorben in Wien am 8.2.1940

Mamber, Adolf
30.4.1897, Kaufmann
Margartengürtel 108/6/27 (Reumannhof)
Am 9.10.1939 in Buchenwald ermordet

Preiss, Julius
2.12.1873, Eisenwarenhändler
Siebenbrunnengasse 28-30/2/1 und ein Geschäft
(Matteottihof)
Gestorben in Wien am 8.2.1941

Reisz (geb. Weiss), *Katharina*
25.12.1883
Siebenbrunnengasse 28-30/1/18 (Matteottihof)
Am 26.1.1942 nach Riga

Rosenreich
2.8.1895, Tischlergehilfe
Margartengürtel 76-80/17/5 (Julius-Popp-Hof)
Am 26.1.1942 nach Riga

Rudich, *Adele*
10.6.1873
Siebenbrunnengasse 92/12/17 (Reumannhof)
Am 10.7.1942 nach Theresienstadt, von dort am
15.5.1944 nach Auschwitz

Schönfeld, Leo
2.5.1898, Handelsangestellter
Fendigasse 33/18/8 (Matteottihof)
Am 5.6.1942 nach Izbica, gestorben am 25.8.1942 in
Majdanek

Schwarz, Markus
27.4.1882, Ober-Revident der Bundesbahnen
Margaretengürtel 82-88/2/5 (Herweghof)
Am 15.2.1941 nach Opole

Spielmann, Adolf
29.10.1872, Beamter der Arbeiterkrankenkasse i.P.
Brandmayergasse 39/3/15 (Reumannhof)
Am 23.10.1941 nach Litzmannstadt

Kalmar, *Valerie*
17.7.1889, Vertreter
Margaretengürtel 82-88/8/9 (Herweghof)
Am 27.4.1942 nach Wlodawa

Kohl, Sigmund
Kaufmann
Siebenbrunnengasse 87/1 (Geschäft im
Metzleinstaler Hof)
Gestorben in Wien am 31.3.1940

Kosidois, *Judis*
10.5.1884
Brandmayergasse 39/3/25 (Reumannhof)
Am 12.5.1942 nach Izbica

Popiel, Dr. Simon
15.4.1865, Arzt
Margaretengürtel 94/6 (Metzleinstaler Hof)
Am 10.9.1942 nach Theresienstadt

Reisz (geb. Weiss), Geza
23.1.1879, Buchdrucker
Siebenbrunnengasse 28-30/1/18 (Matteottihof)
Gestorben in Wien am 13.8.1940

Rosenreich, *Helene*
2.4.1892
Margartengürtel 76-80/17/5 (Julius-Popp-Hof)
Am 26.1.1942 nach Riga

Rudich, Abraham
12.6.1872, Vollstreckungs-Oberoffizial i.R.
Siebenbrunnengasse 92/12/17 (Reumannhof)
Am 10.7.1942 nach Theresienstadt, dort am
19.5.1943 gestorben

Schneider, Josef
24.10.1874, Hilfsarbeiter
Siebenbrunnengasse 85/10/22 (Matteottihof)
Am 20.8.1942 nach Theresienstadt, dort am
29.7.1943 gestorben

Schwarz (geb. Krumholz), *Cäcilie*
Margaretengürtel 82-88/2/5 (Herweghof)
Gestorben in Wien am 21.4.1942

Sederl, *Marie*
9.9.1896
Siebenbrunnengasse 92/13/12 (Reumannhof)
Am 11.11.1943 nach Theresienstadt, von dort am
15.12.1943 nach Auschwitz

Beispiel der Vercodung des Datensatzes für 1932

Gemeindebau / Stiege	Person	Geschlecht	Titel	Beruf	Status	Bezeichnung im Adressverzeichnis
Matteottihof / 1. Stiege	162	1	0	7	5	Klaviermacher
	163		0		3	Pol. Beamter
	164	1	0	7	5	Buchbinder
	165	1	0	7	5	Zuschneider
	166	1	0		31	BBBediensteter
	167	2	0		61	Witwe
	168	1	0	5	31	Ob. Schaffner
	169	2	0	3	3	Lehrerin
	170	1	0	5	4	Opernangestellter
	171	1	0	7	5	Klaviermacher
	172	2	0		6	Pens.
	173	1	0	7		Schneider
	174	1	0	7		Pferdefleischhauer
	175	2	0	7	5	Näherin
	176	1	0	8	5	Monteur
	177	2	0		61	Witwe
	178	1	0	3	3	Musiklehrer
	179	1	0	7	5	Buchdrucker
	180	1	0	7	5	Mechaniker
	181	1	0		3	Beamter T.
	182	1	0		31	BBBediensteter
183	1	0	3	1	Musiker	
2. Stiege	184	1	0	8	5	Kraftw. Fhr.
	185	1	0		6	Pensionist
	186	1	0	7	5	Gürtler
	187		0	7		Papier
	188	1	0	5	31	Straßenbahn-Schaffner
	189	1	0	7	5	Kürschner
	190	1	0	5	31	BBOb.Schaffner
	191	1	0		6	Lok. Fhr. i. R.
	192	2	0	7	5	H.Arbeiterin
	193	1	0		32	BBeamter
	194	1	0	3	3	Oberrevident
	195	1	2	2	3	Prof.
	196	2	0		7	Private
	197	1	0		3	Beamter
	198	1	0		6	Pensionist
	199	1	0	7	5	Tischler
	200	1	0	4	4	Magazineur
201		0		31	Bbedienst.	
3. Stiege	202	1	0	5	3	Wachebmt.
	203		0		31	BBAngest.
	204	1	0	5	31	Straßenbahn-Schaffner
	205	1	0	7	5	H.Arbeiter
	206	2	0		7	Private
	207	1	0	7	31	BBLampist
	208	1	0		3	Inspektor
	209	2	0		61	Witwe
	210	2	0		7	Private
	211	2	0	9	5	

	212		0	7	5 Lederarb.
	213	1	0	7	5 H.Arbeiter
	214	1	0	8	5 Monteur
	215	2	0	7	5 Näherin
	216	2	0		7 Private
	217	1	0		4 Priv. Bmt.
	218	1	0	8	5 Monteur
	219		0	4	4 Hdls. Angest.
	220	1	0	7	5 Buchdrucker
	221	1	0	4	4 B.Angest.
	222	1	0	4	4 Buchhalter
	223	1	0	4	4 Kassier
4. Stiege	224	2	0	7	5 Bauarbeiterin
	225	1	0	7	Schuhmacher
	226	1	0	5	31 Straßenb.Bediensteter
	227	1	0	3	3 Stadtbaumeister
	228	1	0	8	5 Masch.Meister
	229	1	0		4 Angestellter
	230	2	0		61 Witwe
	231	1	0	4	4 Bankbeamter
	232	1	0	9	5 Aufleger
	233	1	0	7	Hutmacher
	234	1	0	7	Bäcker
	235	1	0	3	4 Polier
	236	1	0	7	5 Buchbinder
	237	1	0	5	3 Wachmann
	238	2	0	5	5 KassiererIn
	239	1	0	8	5 Maschinenarb.
	240	1	0	7	5 Tischler
	241	1	0		3 Beamter
	242	2	0		61 Witwe
5. Stiege	243	1	0	7	5 Tabakarbeiter
	244	1	0	7	5 Installateur
	245	1	0	4	4 Hdlsangest.
	246	1	0		6 Pensionist
	247	1	0	7	Tischlermeister
	248	1	0	7	5 Schriftsetzer
	249	1	0		3 Vizeinspektor
	250		0	1	Vorstand
	251	1	0	4	4 Inkassant
	252	1	0	7	4 Werkmeister
	253	1	0	5	31 Straßenb.Bediensteter
	254	1	0		6 Pensionist
	255		0		7
	256	2	0		6 Pens.
	257	1	0	8	5 Kraftw. Führer
6. Stiege	258	1	0	4	4 Magazineur
	259	1	0	7	5 Tischler
	260		0	5	1 Radioappar. T.
	261	1	0	2	4 Redakt.
	262		0		6 Pens.
	263	1	0	7	Selcher
	264	1	0	5	31 Straßb. Bed.
	265	1	0	7	5 Schriftsetzer
	266	1	0	7	Bäcker
	267	1	0	7	5 Schlosser

	268	1	0	7	5 Klaviermacher
	269		0	9	5 H.Arb.
	270		0		7
	271	1	0	5	31 Straßenbahnwächter
	272	1	0	7	Bäcker
	273		0	5	31 Eisenbahn.Bed.
	274		0	9	5 H.Arb.
	275	1	0	7	5 Maurermeister
7. Stiege	276	2	0	9	5
	277		0	5	31 BB Manipul.
	278	1	0	7	5 Modellmacher
	279	1	0	7	5 Gerüster
	280	1	0		63 Ober-Rechn. Rat. i. R.
	281	1	0	8	5 Eisengießer
	282	1	0	8	31 Wagenwärter
	283	2	0		7
	284	1	0		3 Beamter
	285	1	0	7	5 Schuhoberteilherrichter
	286	2	0		7 Private
	287	1	0	7	5 Masch.Schlosser
	288	1	0	5	31 Straßenb.Schaffner
	289	1	0	7	5 Anstreicher
	290	1	0	4	3 Amtsgehilfe
	291	1	0		3 Beamter
8. Stiege	292	1	0	5	3 Wachbmt.
	293	1	0	5	31 Straßenb.Bed.
	294	1	0	7	5 Dreher
	295	1	0	7	5 Klaviermacher
	296	1	0	8	5 Kraftw.Führer
	297	1	0		unlesbar
	298	2	0		7 Private
	299	2	0		5 Heimarbtrin
	300	1	0	7	Schuhm.
	301	1	0	7	5 Schlossermeister
	302	2	0	5	4 Verkäuferin
	303	1	0	7	5 Tischler
	304	1	0		6 Pensionist
	305		0		3 BBmt.
	306	1	0	7	4 Werkmeister
	307	1	0	9	Gaskassier
	308	1	0	7	5 Schriftenmal.
	309		0	4	4 Post-Angest.
	310	1	0	9	5 H.Arb.
	311		0	9	5 Magaz.Arb.
16. Stiege	312	2	0	9	5
	313	1	0	8	5 Werkführer
	314		0		7 Private
	315	1	0		31 BBBediensteter
	316	1	0	7	5 Mechaniker
	317	1	0	7	1 Kürschnermeister T.
	318		0	5	3 Gem. Wachm.
	319		0	7	1 Kürschnermeister T.
	320	1	0	7	Friseurstr.
	321	2	0		6 Pens.
	322	1	0	8	5 Kraftw. Führer
	323	1	0		3 Beamter

	324	1	0	8	5 Kraftw.Fhr.
	325		0	9	5 Markthelf.
	326		0		unlesbar
18. Stiege	327	1	0	5	31 Straßenb.Bediensteter
	328	1	0	7	Schneidermeister
	329		0	5	1 Gesch. Inh.
	330	1	0		6 Pensionist
	331	1	0	5	4 Kellner
	332	1	0	7	5 Elektrotechn.
	333	1	0		6 Befürsorgter
	334	1	0	7	5 Maler
	335	1	0	8	5 Monteur
	336	1	0	7	5 Facharb.
	337	1	0	9	5 Gesch.Diener
	338	1	0	8	5 Kraftw.Fhr.
	339	1	0		6 Pensionist
	340	1	0		6 Pensionist
19. Stiege	341	1	0	3	1 Musiker
	342	1	0	4	3 Postadjkt
	343	2	0		61 Witwe
	344	1	0	4	1 Kaufmann
	345	1	0		4 Priv.Bmt.
	346	2	0	3	Fürsorgerin
	347	1	0	7	5 Schriftsetzer
	348	1	0		4 Priv.Bmt.
	349	2	0	9	5 H.Arbeiterin
	350		0	7	5 Goldarb.
	351		0	5	31 Eisenb.Bed.
	352		0		4 Priv.Bmt.
	353		0	9	5 Gesch.Dien.
Reumannhof / 1. Stiege	354	1	0	7	Silberschmied
	355	1	0	7	5 Schmied
	356		0	5	31 Bahnbedienst.
	357		0	4	3 Post-Adjunkt
	358		0	4	3 Post-Ober-Adjunkt
	359	2	0		7 Private
	360	1	0	7	5 Schlosser
	361		0	7	5 Tapezier.
	362	1	0	9	Gaskassier
	363		0	3	Fürsorg.
	364		0		
	365		0	9	5 Spedit. Arb.
	366	1	0		4 Ver. Beamter
	367	1	0		4 Priv.Bmt.
	368	1	0	7	5 Mechaniker
	369		0	9	5 Bedien.
	370	1	0	7	5 Schlosser
	371	1	0	5	31 Straßenb.Schaffn.
	372	1	0		4 Angest.
	373	1	0	5	3 Ray.Inspektor
	374	1	0		3 Beamter
	375	1	0	7	5 Schriftsetzer
3. Stiege	376	1	0		3 Beamter
	377	1	0	9	Gaskassier
	378	1	0	7	Papier
	379	1	0	8	5 Maschinarb.

	380	1	0	5	1 Trafikant
	381	1	0	7	5 Maurer
	382	1	0	8	5 Kraftw. Fhr.
	383	1	0	5	Kutscher
	384	1	0		3 Beamter
	385	1	0	8	5 Kraftw. Fhr.
	386	1	0	7	5 Maler
	387	2	0	9	5 H.Arbeiterin
	388	1	0	3	5 Elektrotechn.
	389	1	0	5	31 Straßenb.Schaffn.
	390	1	0		3 Beamter
	391	1	0	7	5 Buchbinder
	392	1	0	7	5 Schmied
	393	1	0	7	5 Kürschnermeister T.
	394		0	9	5 H.Arb.
	395		0		7 Private
	396	1	0		5 Heeresarbeit.
	397	1	0	7	5 Schriftsetzer
	398	1	0		1 Kfm.
	399	1	0	5	5 Feuerwehrmann
	400	1	0	7	5 Schriftsetzer
	401	1	0	7	5 Kinderwag.Erzeuger
	402	1	0	7	Kürschnermeister T.
	403		0	3	4 Geb. Verw.
	404		0		6 Befürs.
	405	1	0	7	Tischlermeister
	406	1	0		3 Beamter
	407	1	0		4 Priv.Bmt.
	408	1	0	7	5 Tischler
	409	1	0	7	5 Bauarbeiter
	410		0		unlesbar
4. Stiege	411	1	0	4	3 Postoffizial
	412		0		7 Private
	413	1	0	5	4 Kellner
	414	2	0	5	4 Verkäuferin
	415	1	0		6 Bahninsp. i. R.
	416	1	0	7	5 Dreher
	417	1	0	5	3 Ray.Insp.
	418	1	0	9	5 Hilfsarbeiter
	419		0	5	4 Markör
	420	1	0	4	4 Sekretär
	421	1	0		Referent
	422	1	0	3	3 Ob. Offizial
	423	1	0	7	5 Tischler
	424	2	0	5	1 Strickmode T.
	425	1	0		3 Beamter
	426	1	0	9	5 Packer
	427	1	0	7	Schuhmacher
	428		0	4	4 Teleg. Angest.
	429	1	0	7	5 Tischler
	430	1	0	3	5 Maschinmstr.
	431		0		6 Altersrentn.
	432		0		62 Gesch. Frau
	433	2	0	5	Friseurin
	434	1	0	7	5 Metalldruck.
	435	1	0	5	Kutscher

	436	1	0	7	Schneider f. D.
	437	1	3	3	4 Ingenieur
	438	1	0	7	Etuimacher
	439	1	0	7	5 Tischler
6. Stiege	440		0		7 Private
	441	1	0	9	5 Zimmerputzer
	442	1	0		4 Priv. Beamter
	443		0		3 Vize-Inspektor
	444	1	0	7	5 Drechsler
	445	2	0		61 Witwe
	446		0	4	4 BAngest.
	447	1	0	7	5 Schriftsetzer
	448	1	0	7	5 Bauarb.
	449	1	0	5	4 Markör
	450	1	0		6 Pensionist
	451	1	0	7	Schneidermeister
	452	2	0		7 Private
	453		0		BInsp
	454	1	0	9	5 Bankgehilfe
	455	2	0	7	5 Schneiderin
	456	1	0	5	1 Gemischtwr.
	457	1	0	7	5 Tischler
	458		0		
	459	1	0	7	5 Metallarb.
	460	1	0	3	3 BBOffz.
	461	1	0	7	Anstreichermstr.
	462	1	0	7	5 Schleifer
	463	2	0	5	5 Kindergärtnerin
	464		0		
	465		0		4 Angest.
	466	1	0	7	5 Dachdecker
	467		0	9	5 Bedien.
	468		0	3	1 Schauspiel.
	469	1	0		6 Pensionist
	470	1	0		4 Priv. Beamter
	471		0		3 Mag. Bmt.
	472		0		4 Angest.
	473	1	0	4	3 Amtsdienner
9. Stiege	474	2	0	9	5 (Hausbesorgerin)
	475		0	4	4 Sekr.
	476	1	0	7	Schuhmmstr.
	477	1	0	5	4 Kellner
	478		0		32 BBBmt.
	479		0		7 Private
	480	1	0		3 Beamter
	481		0		6 Pens.
	482	1	0	7	5 Zimmerer
	483	2	0		62 Gesch. Frau
	484	1	0	5	3 Ray. Insp.
	485		0		unlesbar
	486		0		3 Beamter
	487		0		7 Private
	488		0		4 Priv. Bmt.
	489	1	0	7	5 Dreher
	490	1	0	4	3 Postbeamter
	491	1	0		6 Werkm. In R.

	492		0	4	4 Bankbmt.
	493	1	0	7	5 Schuhm.
	494		0		4 Angest.
	495	1	0	3	4 Zeichner
	496		0	4	4 Postangest.
	497		0		32 BBBmt.
	498	1	0	3	Bauwerkmeister
	499	1	0		4 Priv. Beamter
	500		0	4	3 Postbeamter
	501	1	0	7	Tischlermstr.
	502	1	0	5	3 Wachebeamter
	503	1	0	2	4 Chefredaktr.
	504	2	0		Malerin
	505		0		31 BBBediensteter
	506	1	0	5	4 Ob Kellner
	507	1	0	3	4 Konstrukteur
12. Stiege	508		0		unlesbar
	509		0		
	510	1	0	5	31 Straßb. Schaffn.
	511	2	0	3	1 Sängerin
	512	2	0		61 Witwe
	513	1	0	7	5 Bauarbeiter
	514	1	0	4	4 Bankbeamter
	515	1	0	7	5 Näherin
	516		0	5	Feuerwehrlin.
	517	1	0	5	1 Kaufmann
	518	1	0		3 Beamter
	519	2	0		62 Gesch. Frau
	520	2	0	5	1 Juwelier
	521	1	0	2	4 Prokurist
	522	1	0	8	31 Verschubmeister
	523	1	0		31 BB Bediensteter
	524	1	0	7	Schneidermstr.
	525		0	5	4 Markör
	526	1	0	5	4 Kellner
	527	1	0	7	5 Schmied
	528	1	0	7	5 Dreher
	529		0		32 BBBmt.
	530	1	0		3 Beamter
	531		0	5	31 BB Schaffner
	532	1	0	4	3 Amtsgehilfe
	533		0	3	4 bes. Zahntechn. T.
	534	1	0		4 Privatbeamter
	535		0		32 BB Beamter
	536		0	4	4 Gem. Angest.
	537		0	3	Hilfspädag.
	538	1	0	5	3 Wachebmt.
	539		0		7 Private
	540	1	0	8	5 Gießer